

Sonderthema:
Zehn Jahre 11. September
Der Terror und die Folgen SEITE 1-14

SPANNENDE WAHLEN

In Berlin und Mecklenburg-Vorpommern
werden die Landtage neu bestimmt SEITE 15

SCHÖNE WINDRÄDER

An Brücken und Fassaden soll Energie im
neuen Gewand erscheinen SEITE 16

Das Parlament

Berlin, Montag 29. August 2011

www.das-parlament.de

61. Jahrgang | Nr. 35/36 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Im Einsatz für den Frieden

Markus Kneip Wie gefährlich der Bundeswehreininsatz in Afghanistan ist, musste der 55-jährige Generalmajor am 28. Mai am eigenen Leib erfahren, als der ISAF-Kommandeur in Nord-Afghanistan bei einem Sprengstoffattentat verwundet wurde. Neben fünf Afghanen starben dabei auch zwei Bundeswehrangehörige. Insgesamt kamen beim Einsatz in Afghanistan 52 Soldaten der seit 2001 vom Bundestag an den Hindukusch entsandten Parlamentsarmee zu Tode. Davon sind laut Bundeswehr 34 „durch Fremdeinwirkung gefallen“. Kneip selbst bekannte sich Medienberichten zufolge nach dem Anschlag im Mai zu dem „ganz klaren Auftrag, (...) Frieden und Sicherheit in dieses Land zu bringen“, und bekräftigte: „Wir werden diese Erwartung erfüllen.“ **sto**



Einsatz in Afghanistan 52 Soldaten der seit 2001 vom Bundestag an den Hindukusch entsandten Parlamentsarmee zu Tode. Davon sind laut Bundeswehr 34 „durch Fremdeinwirkung gefallen“. Kneip selbst bekannte sich Medienberichten zufolge nach dem Anschlag im Mai zu dem „ganz klaren Auftrag, (...) Frieden und Sicherheit in dieses Land zu bringen“, und bekräftigte: „Wir werden diese Erwartung erfüllen.“ **sto**

ZAHL DER WOCHE

3,715

Milliarden Euro sieht der Etatentwurf des Bundesinnenministeriums für das kommende Jahr an Ausgaben für den Bereich der inneren Sicherheit vor. Das sind 60 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr und macht rund zwei Drittel des Gesamthaushaltes des Ressorts aus. Größter Einzelposten sind dabei die Ausgaben für die Bundespolizei mit rund 2,4 Milliarden Euro.

ZITAT DER WOCHE

»Heute sind wir alle Amerikaner.«

Peter Struck, damals SPD-Fraktionsvorsitzender, am 12. September 2001 in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag. Er bekommt fraktionsübergreifenden Beifall.

IN DIESER WOCHE

THEMA

Heidemarie Wiecek-Zeul über Entwicklungshilfe in Zeiten des Terrors **Seite 2**

Innere Sicherheit Wie der Rechtsstaat seine Bürger schützt **Seite 6 und 7**

Integration Der Bau einer Moschee hat einen Berliner Stadtteil entzweit **Seite 9**

Kontroverse Wolfgang Bosbach und Gregor Gysi über Deutschland nach 9/11 **Seite 10**

Afghanistan Immer mehr Parlamentarier drängen auf ein Ende des Einsatzes **Seite 11**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Die Fratze des Terrors

9/11 Seit den Anschlägen auf die USA sucht der Westen die richtige Antwort auf die islamistische Bedrohung

Es war einer der Tage, an die sich jeder bis an sein Lebensende erinnern wird, wie bei der Ermordung John F. Kennedys oder dem Fall der Berliner Mauer. Nichts wird mehr sein wie vorher, schreiben Leitartikel vor zehn Jahren, als in New York die Türme des World Trade Center binnen kürzester Zeit in sich zusammensackten. Hatte damals, am 11. September 2001, das neue Jahrhundert erst richtig begonnen?

Norwegens Ministerpräsident Jens Stoltenberg griff nach dem Bombenattentat in Oslo und dem Massaker auf der Insel Utøya zu ähnlichen Formulierungen. Die grauenvolle Tat, sagte er, werde das Land verändern. Es werde ein Norwegen vor dem Anschlag geben und ein Norwegen danach.

Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg waren die Großmacht USA und das kleine Norwegen im eigenen Land so verwundet worden. Insofern ist 9/11 mit Oslo vergleichbar. Zwei Horte der westlichen Zivilisation, die Zwillingstürme des World Trade Center, die wie Symbole des weltweit dominierenden US-Kapitalismus über Manhattan ragten, und Utøya, die friedliche Ferieninsel junger Europäer, verwandelten sich zur Hölle.

Pearl Harbour II Amerika hat den Anschlag 2001 wie ein zweites Pearl Harbour erlebt und wie damals militärisch reagiert – mit Kriegen gegen Afghanistan und den Irak. Norwegen reagierte besonnen, weil es erfahren musste, dass nicht nur irreführende Islamisten die westlichen Demokratien bedrohen, sondern auch irge Islamhasser. Terroristen, „Experten“, die in deutschen TV-Studios die Bombe von Oslo dem islamistischen Netzwerk Al-Qaida zuordneten, wurden als Wichtigtuer entlarvt. Der Reflex, den Terror mit dem Islam zu verbinden, belegt, wie verfestigt der Antisemitismus auch in Deutschland ist. Auch die Millionenaufgabe des Buches von Thilo Sarrazin erklärt sich nur als Ausdruck einer weit verbreiteten, diffusen Furcht vor dem Islam.

Natürlich gab es Anlässe genug, um hinter den neuen Anschlägen muslimische Fanatiker zu vermuten. Auf New York folgten Anschläge in Madrid, London, Moskau, Mumbai; zu den Attentaten bekannten sich Islamisten. Auch die Kriege in Afghanistan und Libyen mit norwegischer Beteiligung oder die dänischen Mohammed-Karikaturen boten Anreiz für Spekulationen.

Aber dann war das Gesicht des Bösen ein blonder Norweger, der das christliche Abendland bedroht sieht durch Islam und multikulturelle Gesellschaft. Es wäre verarmlosend, den Attentäter Anders Behring Breivik als Wahnsinnigen abzustempeln. Er handelte aus ähnlichen Motiven wie Timothy McVeigh, der 1995 in den USA mit einer Bombe 168 Menschen tötete. Hier wie dort entlud sich die Aggression gesellschaftlicher Außenseiter, die sich bedroht fühlen – auch und gerade von Zuwanderern, die das gewohnte Lebensmilieu verändern.

Ernüchterung allenthalben Nach der Schreckenstat von Oslo können die Europäer manchen Fehler vermeiden, den sie nach dem 11. September 2001 begangen haben. Nicht schon wieder müssen Freiheitsrechte im Namen der Sicherheit eingeschränkt, Telefone und Computer überwacht, Daten auf Vorrat gespeichert und Migranten unter Generalverdacht gestellt werden. Recht und Gesetz sind nicht mit Mitteln zu verteidigen, die Recht und Gesetz verletzen. „Wir werden unsere Werte nicht aufgeben“, sagte Jens Stoltenberg nach dem Attentat, „unsere Antwort lautet: mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit“. Das klang vor zehn Jahren anders, mehr nach Vergeltung und weniger nach Freiheit. 47 Staaten folgten US-Präsident George W. Bush in seinen „Krieg gegen den Terror“, und 20 zogen gegen Iraks Diktator Saddam Hussein in einen Feldzug, der lügenhaft begründet war und schnell seine moralische Legitimation verlor.

Auch wenn Afghanistans Taliban die Macht genommen, Saddam Hussein hingerichtet



Urknall des 21. Jahrhunderts: Am 11. September 2001 rasen zwei Flugzeuge in das World Trade Center. Bei den Anschlägen auf die USA starben rund 3.000 Menschen.

und Osama Bin Laden liquidiert wurde, herrscht heute allenthalben Ernüchterung: Diktaturen von Stammesfürsten und religiösen Fanatikern lassen sich nicht mit Gewalt zu Demokratien machen. Staaten nach westlichem Vorbild aufzubauen, als Ergebnis einer Intervention von außen, erweist sich als Illusion. Militärische Macht allein reicht nicht, um Länder wie Afghanistan und Irak zu befrieden. Die USA und ihre Verbündeten verlieren Sympathien, Glaubwürdigkeit und viel Geld, das daheim dringend gebraucht würde.

Der 11. September 2001 wurde, weil er in Planung und Ausmaß so schrecklich war, von Anfang an als politischer Konflikt religiös überladen: als „Clash of Civilizations“, wie ihn der US-Politologe Sam Huntington als Bruchlinie des 21. Jahrhunderts markierte, als globaler Kulturkampf mit einem extrem aggressiven Islam, der von Al-Qaida und anderen als ideologische Waffe benutzt wird, um den vermeintlich verkommenen Westen zu bekämpfen – mit all seinen Freiheitsideen, seiner zügellosen Marktwirtschaft und einer religionsfernen Politik.

Es geht in diesen Kriegen nicht um territoriale Eroberung, es geht um einen Konflikt der Weltanschauungen, einen Kampf um die Zukunft verschiedener Lebensweisen. Diesen Konflikt bestehen müssen die Politiker, nicht Polizei und Militär. Aber die Politik hat noch keine schlüssige Antwort auf den Terror gefunden. Die Welt ist nicht besser und auch nicht sicherer geworden. War die zurückliegende Dekade wirklich ein „Jahrzehnt der Hölle“, wie das US-Magazin „Time“ schrieb? Aus amerikanischer Sicht vielleicht. Das Amerika der freien Marktwirtschaft und liberalen Demokratie, das die Welt lange Zeit militärisch, kulturell und ökonomisch beherrschte, verfiel unter Bush in einen rachsüchtigen Nationalismus, der die USA dem postnationalen Westen entfremdete. Doch inzwischen ist das ideologische Fundament des „Krieges gegen den Terror“ brüchig; die Bereitschaft der USA, sich in fernen Ländern militärisch zu engagieren, ist geschwunden. Die große Mehrheit der US-Bürger wollte das Ende der

Kriege, und Präsident Barack Obama hat dem entsprochen. Auch der Tea-Party-Flügel der Republikaner argumentiert extrem isolationistisch. Mit Bushs Kreuzzugsmentalität ist keine Wahl mehr zu gewinnen.

Kollektives Trauma Das 9/11-Trauma hat die Amerikaner kollektiv erfasst. Sie sind zu tiefst verstört und unsicher, wie sie dem Rest der Welt begegnen sollen. Nun kann es nicht Ziel einer Weltmacht sein, geliebt zu werden. Aber es war eine große Sympathiewelle, die Obama ins Weiße Haus trug. Die Amerikaner wählen ihn, weil sie ein anderes Amerika wollten – ein Amerika, das seinen Bürgern ihre Freiheit sichert und mit anderen Völkern und Kulturen behutsamer umgeht. Doch die Finanzmarktkrise, der Crash amerikanischer Großbanken und seine Folgen haben die USA stärker erschüttert

als 9/11. Der US-Dollar ist ein großer Verlierer der vergangenen Jahre, mehr Leidens- als Leitwährung. Die Schulden gehen ins Uferlose, die Zahl der Arbeitslosen steigt; Amerikas Traum, dass es der nachfolgenden Generation jeweils besser geht als den Vätern, ist ausgeträumt.

Mit dem 11. September 2001 hat das nichts zu tun. Er hat nicht die Welt verändert, wohl aber das Lebensgefühl in den westlichen Ländern – wie die Finanzmarktkrise und die Atomkatastrophe von Fukushima das auch getan haben. Die Anschläge und Folgekriege haben tausende Menschenleben gekostet. Mit Kriegen demonstriert eine Weltmacht wie die USA imperiale Größe. Die Terror-Gefahr bannt sie damit nicht. Nach den Debakeln in Somalia, Irak und Afghanistan wäre es klüger, aus dem Aufbruch in Nordafrika die richtigen Lehren zu ziehen.

Statt mit Despoten zu kungeln, sollte der Westen auf junge Demonstranten setzen, die in Tunis, Kairo und Tripolis auf die Straße gehen, das eigene Leben riskieren, um ein besseres Leben für die nachfolgende Generation zu erkämpfen.

Europa kann viel bewirken, wenn es klüger als vor zehn Jahren auf die arabische Welt reagiert, wenn es auf Bevormundung und Erniedrigung verzichtet. Wenn es den Menschen in Nordafrika und Nahost eine Zukunft bietet, kann es dem islamistischen Terror das Fundament entziehen. Dieser Terror ist nicht Produkt einer fanatisierten Religiosität, sondern Produkt einer falschen Politik. **Hans Werner Kitz**

Der Autor war von 1990 bis 1994 Chefredakteur des „Spiegel“ und von 1996 bis 2010 der „Süddeutschen Zeitung“.

EDITORIAL

Leben mit dem Risiko

VON JÖRG BIALLAS

Kaum ein Tag in der jüngeren Zeitgeschichte hat sich so nachhaltig in das Gedächtnis der Menschheit gebrannt wie der 11. September 2001. Als Terroristen vollbesetzte Linienflugzeuge in das World Trade Center in New York und auf das Pentagon in Washington krachen ließen, hat die Welt aus Fassungslosigkeit vor derart skrupellosem Wahnsinn den Atem angehalten. Was niemand für möglich gehalten hatte, war geschehen: Islamistische Fanatiker erklärten der westlichen Welt den Krieg. Und leiteten damit ein Jahrzehnt ein, das von Blutvergießen, Angst vor weiteren Anschlägen und Vergeltungsdrang geprägt war.

Heute, zehn Jahre später, haben wir gelernt, mit der ständigen Bedrohung durch Terrorismus zu leben. Nicht zuletzt deshalb, weil es Polizei und Geheimdiensten in Deutschland und anderswo bislang gelungen ist, ähnlich verheerende Anschläge wie seinerzeit in den USA zu verhindern. Und deshalb, weil die anfängliche Hysterie einer selbstbewussten Besonnenheit gewichen ist, die nicht so leicht zu erschüttern ist. Die bei aller Betroffenheit überwiegend unaufgeregten Reaktionen nach den schrecklichen Attentaten in Norwegen haben das erst kürzlich gezeigt. Dennoch nach die Erkenntnis, dass dem Terrorismus allenfalls vorgebeugt, dieser aber nicht

verhindert werden kann, weiterhin an unserem Sicherheitsgefühl. Die 9/11-Mörder haben bewiesen: Es gibt keinen unverwundbaren Staat. Wie tief der Stachel, den die Terrorflieger in die Seele der USA gestoßen haben, auch nach zehn Jahren noch sitzt, war jüngst an der amerikanischen Begeisterung über die erfolgreiche Jagd auf Osama bin Laden zu sehen. Trotz der Verachtung für das Werk des Al-Qaida-Führers: Volksfestartige Jubelzelen anlässlich des Todes eines Menschen wirken in einem demokratisch aufklärten Rechtsstaat befremdlich.

Der 11. September 2001 begleitet uns. Mit vergleichsweise banalen Dingen wie etwa dem Umstand, dass in Flugzeugen keine größeren Mengen Flüssigkeit im Handgepäck befördert werden dürfen. Aber auch mit sehr ernst Konsequenzen, allen voran die Entscheidung deutscher Soldaten nach Afghanistan. Bisher hat dieses Sicherheitspaket seinen Zweck erfüllt. Dennoch ist es bedenklich, wenn die Freiheit unter dem Druck der Terrorgefahr leidet. Die Politik ist gefragt, den Bogen zwischen möglichst großer Sicherheit einerseits und möglichst kleiner Belastung selbstbestimmten Lebens andererseits zu spannen. Keine leichte Aufgabe angesichts des Risikos, das seit 9/11 jedem Bürger, jeder Bürgerin bewusst sein muss.

Die anfängliche Hysterie ist einer selbstbewussten Besonnenheit gewichen.

GASTKOMMENTARE

VERLÄNGERUNG DER ANTI-TERROR-GESETZE

Richtige Entscheidung

PRO



Joachim Riecker »Märkische Allgemeine«, Potsdam

joachim.riecker@MAZonline.de

Das Bundeskabinett hat jetzt beschlossen, dass die meisten der nach dem 11. September 2001 erlassenen Sicherheitsgesetze um vier Jahre verlängert werden sollen.

Ungeprüft verlängert

CONTRA



Christian Bommarius DuMont Redaktionsgemeinschaft

christian.bommarius@dumont-redaktion.de

Weil auch der Staat nicht hellsehen kann, ist er zum Schwarzsehen verurteilt. Weil er nicht weiß, ob und welche Terroristen welches Attentat zu welchem Zeitpunkt an welchem Ort mit welchen Mitteln planen, muss er einerseits Gesetze schaffen, die seine Sicherheitsbehörden in die Lage versetzen, durch immer versierterer technische Informationsbeschaffung die Bürger vor Anschlägen zu schützen.

Frau Wieczorek-Zeul, was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie von den Anschlägen auf New York und Washington erfahren haben?

Mein damaliger Büroleiter kam zu mir – ich saß gerade an einer Rede – und sagte, es sei ein Flugzeug in das World Trade Center geflogen. Ich brauchte nicht einmal die Bilder zu sehen, um zu wissen, dass das ein schwerer Angriff auf die USA war.

Als Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung waren sie Mitglied im Bundessicherheitsrat – einem Kabinettsausschuss zur Koordinierung der deutschen Sicherheitspolitik –, der unmittelbar nach den Anschlägen zusammentrat. Wie haben Sie die Sitzung erlebt?

Wir haben am 11. September selbst und auch am nächsten Tag zusammengesessen. In der ersten Sitzung ging es – soweit ich mich erinnere – noch nicht um konkrete Beschlüsse. Aber natürlich war klar, dass die Aktivierung von Artikel 5 des Nordatlantikvertrags, also die Bündnisverpflichtung, ein Punkt sein würde. Wir waren alle zutiefst bedrückt – aber auch entschlossen.

Entschlossen zu was?

Wir mussten Entschlossenheit zeigen, terroristische Netzwerke zu zerschlagen. Das bedeutete auch Unterstützung durch das Militär. Auf der anderen Seite war klar, dass es dabei nicht bleiben darf. In meiner Rede vor dem Bundestag am 16. November 2001, als die Entscheidung über die Operation Enduring Freedom anstand, habe ich es so formuliert: „Der Terrorismus braucht aber auch weitergehende Antworten, er braucht die Antwort einer weltweiten Koalition für Gerechtigkeit und Solidarität.“

Wie weit sind wir auf dem Weg dorthin gekommen?

Es sind immer nur Schritte, die man machen kann, zum Beispiel bei der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele. Schließlich existierte die Sorge, man könnte nach den Anschlägen statt einer gerechteren Weltordnung eine neue Weltunordnung erleben. Und in der Tat: Die Strategie von George W. Bush eines „Krieges gegen den Terror“ hat lange Zeit die Welt geprägt.

Was bedeutete die Anti-Terror-Operation in Afghanistan für Ihr Ressort?

Bei meinem ersten Besuch in Afghanistan 2001 beeindruckte mich vor allem, wie begeistert Kinder, zumal Mädchen, wieder in die Schule gegangen sind und wie erleichtert alle waren. Ich musste oft versprechen, dass wir das Land nicht im Stich lassen würden. Die EU-Entwicklungsminister haben zudem einen Stufenplan zur Steigerung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit beschlossen – mit dem Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens dafür aufzuwenden.

Rückblickend mit zehn Jahren Abstand: Hätten Sie nach 2001 in Ihrem Ressort etwas anders gemacht?

Im Ressort selbst nicht. Ich glaube, da haben wir die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Die größten Schwierigkeiten waren die unzureichende Ausbildung von Polizei und

»Zeit für politische Lösungen«

HEIDEMARIE WIECZOREK-ZEUL

Die SPD-Abgeordnete fordert mehr Engagement im Kampf gegen Armut, Entrechtung und für Demokratie



durchgesetzt, dass es eben nicht um einen militärischen Sieg geht, sondern dass wir Zeit für politische Lösungen finden müssen.

Haben die rot-grüne und die schwarz-rote Bundesregierung in Afghanistan zu viel Gewicht auf den Bundeswehr-Einsatz am Hindukusch und zu wenig Gewicht auf den zivilen Wiederaufbau gelegt?

Nein. Aber im öffentlichen Bewusstsein spielt das Militär eine stärkere Rolle. Und natürlich sind die Kosten höher.

Im Januar 2010 hat Schwarz-Gelb angekündigt, die Mittel für den zivilen Wiederaufbau Afghanistans bis 2013 pro Jahr auf bis zu 430 Millionen Euro zu erhöhen. Ist das der richtige Weg?

Wenn man sich den jüngsten Fortschrittsbericht des Afghanistan-Beauftragten der Bundesregierung anschaut, sieht man, dass in weiten Teilen Afghanistans die Mittel aufgrund der Sicherheitslage gar nicht umgesetzt werden können.

Wie kann man verhindern, dass Islamisten Entwicklungszusammenarbeit behindern?

Beim Beispiel Somalia muss der internationale Druck so erhöht werden, dass der Zugang möglich wird. Unabhängig von Somalia kann es auch notwendig sein, solche Prozesse militärisch abzusichern. Es gibt die Verantwortung zu schützen und mein Eindruck ist, dass – siehe das Verhalten der Bundesregierung im UN-Sicherheitsrat zu Libyen – mancher in der deutschen Politik das noch lernen muss.

Welche Schwerpunkte muss die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik also im zweiten Jahrzehnt nach 9/11 setzen?

Was Afghanistan angeht, ist es das Wichtigste, politische Lösungen zu finden, die Länder der Region in den Prozess einzubeziehen, die Frauenrechte zu erhalten und Respekt für die Verfassung zu schaffen. Über Afghanistan hinaus wird es in den kommenden Jahren darauf ankommen, existierende Konflikte, wie den Nahost-Konflikt, so zu lösen, dass es keine Mobilisierbarkeit von Gewalttätern mehr gibt.

Kann Entwicklungszusammenarbeit helfen, die Entstehung islamistischer Strukturen zu vermeiden?

Der stärkste Schlag gegen Al-Qaida waren die Demokratisierungsprozesse in Nordafrika – und die können außen- und entwicklungspolitisch unterstützt werden. Das heißt aber auch: keine doppelten Standards. Es geht nicht, dass Deutschland zurecht die Demokratisierung in Nordafrika unterstützt und gleichzeitig Saudi-Arabien Panzer liefert, die möglicherweise gegen Demonstranten eingesetzt werden.

Das Interview führte Tatjana Heid.

Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) ist seit 1987 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1998 bis 2009 war sie Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

die internationale Koordinierung des Wiederaufbaus. Man kann nicht sagen, dass es eine koordinierende Hand gab – auch nicht die UN. Umgekehrt war Afghanistan noch nicht so weit, Eigenverantwortung zu übernehmen.

Ganz eindeutig. Ein weiterer Teil der Probleme liegt darin begründet, dass in der Regierungszeit von Präsident Bush die Strategie nicht auf die Eindämmung der Taliban, sondern auf einen militärischen Sieg ausgelegt war. Das hat dazu geführt, dass in der afghanischen Bevölkerung der Eindruck entstand, eine Besatzungsarmee im Land zu haben. Erst mit Obama – und das war vielleicht zu spät – hat sich unsere Überzeugung auch auf der amerikanischen Seite

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Transatlantiker aus Leidenschaft: Harald Leibrecht

Born in the USA: Der FDP-Bundestagsabgeordnete Harald Leibrecht kam 1961 als Sohn deutscher Eltern in Evanston bei Chicago zur Welt. Deshalb besitzt er die deutsche und die amerikanische Staatsangehörigkeit. Aber auf die Frage, ob er sich mehr als Deutscher oder als Amerikaner sehe, antwortet Leibrecht: „Ich fühle mich in erster Linie als Europäer“ – und als Deutscher, fügt er hinzu, denn „in Deutschland bin ich aufgewachsen, habe hier Freunde und Familie“.

Seit Juli dieses Jahres ist Harald Leibrecht zusätzlich zu seinem Bundestagsmandat ehrenamtlich Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit des Auswärtigen Amtes. Sein Ziel ist es, Brücken zu bauen. „Wir dürfen nicht meinen, dass die Amerikaner nur andere Europäer sind. Sie sind ein Land mit eigener Kultur, mit eigener Geschichte.“ Er will die Kommunikation zwischen beiden Ländern verbessern und so das gegenseitige Verständnis vertiefen: „Wenn Deutschland einmal anders entscheidet als Amerika, dann ist das ja nicht falsch. Wir müssen nur den Amerikanern, unseren wichtigsten Verbündeten außerhalb Europas, unseren Standpunkt deutlich machen.“ Seine beiden Brüder, die in den USA leben, vermitteln ihm die amerikanische

Sicht der Dinge, die oftmals ihre eigene sei. Doch infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 waren sie „gelassener“ als die Amerikaner, erinnert sich Leibrecht. „Sie kannten das, Terroranschläge im eigenen Land, durch die RAF.“ An diesem 11. September saß Leibrecht in seinem Büro in Ingersheim in der Region Stuttgart. Ein Mitarbeiter informierte ihn über die Anschläge. „Und dann haben wir mit 25 Mitarbeitern ferne-



»Wir dürfen nicht meinen, dass die Amerikaner nur andere Europäer sind.«

sehen und waren alle furchtbar erschüttert.“ Immerhin konnte er bald in Erfahrung bringen, dass Familie und Freunde wohlauf sind. Aber er habe auch Bekannte, die jemanden bei den Anschlägen verloren haben. „Das ging mir plötzlich schon ganz nahe.“ Harald Leibrecht war früher selbst beruflich häufig im World Trade Center tätig. Ein Freund hielt sich einen Tag vor den Terroranschlägen in einem der beiden Türme auf. Angst, in die USA zu reisen, hat Leibrecht aber nicht. Im Gegenteil: „Ich freue mich jedes Mal, das Land besuchen zu dürfen.“ Nach wie vor ist er regelmäßig, wie er sagt, „in den Staaten“.

Seit 2002 sitzt Harald Leibrecht für die FDP im Deutschen Bundestag. Seiner Partei trat er 1984 unter Außenminister Hans Dietrich Genscher bei. Im gleichen Jahr wurde er Geschäftsführer der „Schiller International University“, einer privaten Hochschule, die heute Standorte in London, Paris, Madrid, Heidelberg und in Largo (Florida) hat. Gegründet wurde sie 1964 von seinem Vater Walter Leibrecht in den USA; zuerst als Austauschprogramm für US-Studenten, um denen Deutschland näherzubringen und um zu zeigen, dass „wir eine starke Demokratie sind“.

Leibrechts Leidenschaften, Amerika und Bildung, ziehen sich durch seine politischen Tätigkeiten: In der aktuellen Legislaturperiode ist er Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, stellvertretendes Mitglied des Auswärtigen Ausschusses sowie des Finanzausschusses. Und er ist Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg seiner Fraktion. Denn Leibrechts Heimat – das hört man – ist Baden-Württemberg. Sein Wahlkreis Neckar-Zaber liegt im Norden Ludwigsburgs. Hier im „Ländle“ ist er zur Schule gegangen. Heute lebt er, wenn er nicht gerade in Berlin oder jenseits des Atlantiks weilt, gemeinsam mit Frau und vier Kindern in Klein-Ingersheim nahe Brackenheim, dem Geburtsort des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss (FDP). Sein „Lebensmittelpunkt soll Deutschland bleiben“, sagt Leibrecht, aber mit der neuen Aufgabe als Koordinator wird er weiterhin „viel Zeit in Amerika verbringen“. Verena Renneberg

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 X

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Chefredakteur Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure Dr. Bernard Bode (bob)

Claudia Heine (che) Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd Michael Klein (mik)

Hans Krump (kru), Cvd Hans-Jürgen Leersch (hle) Jörg Müller-Brandes (jmb) Monika Pilath (mpi)

Dr. Verena Renneberg (ver) Helmut Stoltenberg (sto) Alexander Weinlein (aw)

Fotos Stephan Roters Redaktionszettel 26. August 2011

Konzept Tatjana Heid

Dr. Bernard Bode Helmut Stoltenberg Alexander Weinlein

Druck und Layout Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH

Anzeigen-/Vertriebsleitung Frankfurter Societäts-Medien GmbH

Leserservice/Abonnement Frankfurter Societäts-Medien GmbH

Anzeigenverkauf Frankfurter Societäts-Medien GmbH

Hans Krump (kru), Cvd Hans-Jürgen Leersch (hle) Jörg Müller-Brandes (jmb) Monika Pilath (mpi)

Dr. Verena Renneberg (ver) Helmut Stoltenberg (sto) Alexander Weinlein (aw)

Fotos Stephan Roters Redaktionszettel 26. August 2011

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €

Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 €

Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.

Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Halbmast vor dem Reichstagsgebäude nach den Terroranschlägen. In einer Sondersitzung des Bundestags am 12. September 2001 gedenken Abgeordnete und Regierungsmitglieder, darunter Schily, Fischer und Schröder (v.l.), den Opfern.

Der Tag des Schreckens

BUNDESTAG Der Schockstarre nach den Anschlägen in Amerika folgen Schulterchluss und Solidarität

Als Vizepräsident Rudolf Seiters (CDU) um kurz nach 11 Uhr die 185. Sitzung des Bundestages eröffnet, rechnen die Abgeordneten mit einem Tag der Zahlen und des Schlagabtausches. Es ist Haushaltswoche in Berlin, Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) will dem Hohen Haus begründen, warum er im folgenden Jahr knapp zwei Prozent mehr ausgeben will. Doch es werden nicht die 2.798 Seiten des Haushaltsgesetzentwurfs sein, die die Parlamentarier an diesem Tag bewegen, ja, bis ins Mark erschüttern. Es ist Dienstag, der 11. September 2001, der sich als „Tag des Schreckens“ ins Gedächtnis graben wird. Die CSU-Haushaltsexpertin Gerda Hasselfeldt hat gerade ihr Plädoyer für ehergeizigeres Sparen beendet, als Vizepräsidentin Anke Fuchs (SPD), die inzwischen den Vorsitz übernommen hat, die Abgeordneten um 15.34 Uhr über die Ereignisse in den USA in Kenntnis setzt.



»Schock und tiefe Bestürzung waren unsere ersten Reaktionen.«

Gerda Hasselfeldt (CSU)

worden. „Die Lage in Amerika hat sich verschärft“, sagt Fuchs. Nach einer Viertelstunde schließt sie die Sitzung angesichts „der Dramatik der Ereignisse“. Gerda Hasselfeldt, heute CSU-Landesgruppenchefin, erinnert sich an die dramatischen Stunden: „Ich bin zurück in mein Büro und vor den Fernseher geilt. Gemeinsam mit meinen Mitarbeitern habe ich die Bilder verfolgt. Sprachlosigkeit, Schock und tiefe Bestürzung waren unsere ersten Reaktionen“, sagt sie. Auch Dieter Wiefelspütz, Innenexperte der SPD-Fraktion, sind die Ereignisse gegenwärtig. „Ich werde diese Bil-

der mein Lebtag nicht vergessen“, betont er, „das war jenseits dessen, was ich mir bis dahin unter einem terroristischen Anschlag vorstellen konnte.“ Vor den Fernsehgeräten im Reichstag stehen am Nachmittag des 11. September zahlreiche Abgeordnete, verfolgen fassungslos die immer neuen Schreckensbilder. In Pennsylvania ist eine weitere Passagiermaschine abgestürzt, der Südturm des Welta Handelszentrums in New York eingestürzt. Die deutschen Fahnen auf dem Reichstag werden auf Halbmast gesetzt. In Berlin gilt Sicherheitsstufe eins. Das Reichstagsgebäude wird für Besucher geschlossen. Wenige Schritte weiter im Kanzleramt hat Hausherr Gerhard Schröder (SPD) kurzfristig für 17 Uhr den Bundessicherheitsrat einberufen (siehe Seite 2). Eine Dreiviertelstunde später tritt der Regierungschef, sichtlich mitgenommen, im ersten Stock des Kanzleramtes vor die Presse. Die Anschläge seien eine „Kriegserklärung gegen die gesamte zivilisierte Welt“, sagt Schröder. Er habe US-Präsident George W. Bush, die „uneingeschränkte Solidarität“ Deutschlands zugesichert. „Uns war schnell klar, dass die gezielten terroristischen Anschläge auch die Weltpolitik verändern würden“, sagt Hasselfeldt heute rückblickend. Die Annahme wird schnell zur Gewissheit: Am Abend des 12. September wird bekannt, dass die Nato die Anschläge erstmals in ihrer Geschichte als Bündnisfall einstuft, wenn auch mit der Einschränkung, „sofern die Terrorangriffe von außen gegen die USA gerichtet waren“.

Im Bundestag dominieren am Tag Eins nach den Anschlägen Trauer und Entsetzen. Das Parlament in Schockstarre: Alle Ausschuss-sitzungen und Arbeitskreistagungen sind für die ganze Woche abgesagt, der Alltagsstreit ruht. Geplant war für diesen Tag die „Elefantenrunde“, die Debatte um den Kanzleretat, die die Opposition traditionell für eine Generalabrechnung mit der Regierung nutzt. Doch all das interessiert am 12. September niemanden. Die Etablierungen werden 14 Tage später fortgesetzt. **Tief empfundene Anteilnahme** Um Punkt neun Uhr eröffnet Parlamentspräsident Wolfgang Thierse (SPD) die Sondersitzung. Kaum ein Platz im Halbrund des Plenarsaals ist frei geblieben, auch die Regierungsbank ist voll besetzt. Die Abgeordneten, Minister und auf der Besuchertribüne der neue US-Botschafter in Berlin, Dan Coats, erheben sich zu einer Schweigeminute für die Opfer der Anschläge. „Wir sind alle miteinander sehr bedrückt gewesen. Es gab eine tief empfundene Anteilnahme und Trauer“, erinnert sich Wiefelspütz. Die ganze Sitzung dauert nur 33 Minuten. Bevor – wie am Abend zuvor verabredet – alle Fraktionsvorsitzenden und CSU-Landesgruppenchef Michael Glos ans Rednerpult treten, gibt Schröder eine achteinhalbinütige Regierungserklärung ab. Der Kanzler bekräftigt die „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA. Noch sind konkrete Konsequenzen nicht abzusehen. Es ist die Stunde des Schulter-

schluss der Demokraten, einer der seltenen Momente im Bundestag, in denen die Abgeordneten auch dem politischen Gegner applaudieren. Selbst Roland Claus von der PDS erhält im ganzen Haus Beifall, als er sich „über alle politischen Differenzen hinweg“ zur Solidarität mit Amerika bekennt. „Die schrecklichen Anschläge haben nicht nur unsere amerikanischen Freunde getroffen, sie haben uns alle getroffen“, sagt Unions-Fraktionschef Friedrich Merz (CDU). „Heute sind wir alle Amerikaner“, fügt sein SPD-Amtskollege Peter Struck (SPD) hinzu. Viele Parlamentarier werden später sagen, Struck habe ihnen mit diesem Satz aus der Seele gesprochen. Und heute? Hasselfeldt antwortet entschlossen: „Heute erinnert uns der 11. September daran, wie wichtig es ist, unsere Freiheit, Sicherheit und Demokratie zu verteidigen und politischem Terrorismus entschieden entgegenzutreten.“ Auch für Roland Claus „ist und bleibt“ der 11. September „ein historisches Mahnmal“. Allerdings sei damals nicht der Krieg in Afghanistan „ein falscher Weg beschritten“ worden, sagt Claus. Heute sei es „an der Zeit, friedlichen Konfliktlösungen zum Durchbruch zu verhelfen“. Wiefelspütz findet entscheidend, dass es gelungen sei, „Deutschland als Reaktion auf 9/11 im Kampf gegen den Terrorismus aufzurüsten, ohne den Rechtsstaat zu verbiegen“. Deutschland sei „ein sehr freies Land geblieben“. Das sei der eigentliche Sieg, fügt der SPD-Abgeordnete nach kurzem Nachdenken hinzu. *Monika Pilath*

TERRORANSCHLÄGE

Übersicht ausgewählter Terroranschläge mit islamistischem Hintergrund seit 1993:

26. Februar 1993 Bei einem Bombenanschlag auf das World Trade Center in New York sterben sechs Menschen, mehr als 1.000 werden verletzt. Der Anschlag wird mit der terroristisch-islamistischen Organisation Al-Qaida in Verbindung gebracht.



7. August 1998 Die US-Botschaften in Dar-essalam (Tansania) und Nairobi (Kenia) werden Ziel von Anschlägen. 223 Menschen sterben, mehr als 4.000 werden verletzt. Die Anschläge werden regionalen Al-Qaida-Strukturen zugeschrieben.

11. September 2001 Bei mehreren Anschlägen auf die USA werden rund 3.000 Menschen getötet und etwa 6.000 verletzt. **8.45 Uhr (Ortszeit):** Ein Flugzeug rast in den Nordturm des World Trade Center in New York. **9.05 Uhr:** Ein weiteres Flugzeug fliegt in den Südturm. **9.39 Uhr:** Ein drittes Flugzeug stürzt in Washington in das Pentagon, den Sitz des US-Verteidigungsministeriums. **10.05 Uhr:** Der Südturm bricht zusammen. **10.10 Uhr:** Südöstlich von Pittsburgh im Bundesstaat Pennsylvania stürzt ein viertes Flugzeug ab. Berichten zufolge sollte es Camp David oder das Weiße Haus treffen. **10.28 Uhr:** Der Nordturm stürzt ein.

11. April 2002 Bei einem Anschlag auf eine Synagoge auf der tunesischen Insel Djerba kommen 21 Personen ums Leben, 24 Menschen werden verletzt. Al-Qaida bekennt sich im Juni 2002 zu dem Anschlag. **12. Oktober 2002** In Kuta auf der Insel Bali (Indonesien) sterben rund 200 Menschen bei einem Anschlag auf eine Diskothek und ein Café. Mehr als 330 werden verletzt. Verantwortlich sein soll Al-Qaida.

28. November 2002 Bei einem Selbstmordanschlag auf ein Hotel in Mombasa in Kenia sterben 16 Menschen, 80 werden verletzt. Das Hotel wurde überwiegend von israelischen Touristen besucht. Hinter dem Anschlag wird Al-Qaida vermutet.

16. Mai 2003 In Casablanca (Marokko) werden 41 Personen durch verschiedene Sprengsätze getötet, 100 werden verletzt. Verantwortlich sein soll eine nordafrikanische Terrorzelle der Al-Qaida.

5. August 2003 Im indonesischen Jakarta verüben Terroristen, die in Verbindung zu Al-Qaida stehen, einen Bombenanschlag auf ein Hotel. Bei diesem Angriff starben 13 Menschen, rund 150 werden verletzt.

11. März 2004 191 Tote und rund 1.600 Verletzte – das ist die Bilanz der Sprengstoffanschläge auf vier Pendlerzüge in Madrid. Nachdem die Vereinten Nationen zunächst die ETA hinter den Anschlägen vermuteten, werden schließlich 21 Mitglieder einer islamistischen Zelle mit Kontakt zu Al-Qaida verurteilt.



7. Juli 2005 Bei Selbstmordanschlägen auf einen Bus und drei Metro-Züge in London werden 56 Menschen getötet, weitere 528 verletzt. Die britische Regierung vermutet, dass die vier verantwortlichen Terroristen einen islamistischen Hintergrund hatten.

2. Juni 2008 Einem Bericht der UN-Menschenrechtskommission zufolge führte die Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung im Februar 2008 zu einem Anstieg terroristischer Drohungen gegenüber Dänemark. Im Juni wird die dänische Botschaft in Islamabad in Pakistan angegriffen. Acht Menschen sterben bei dem Selbstmordanschlag.

25. bis 29. November 2008 Die Stadt Mumbai in Indien ist Ziel von Geiselnahmen und Bombenanschlägen der pakistanischen islamistischen Organisation Lashkar-e-Taiba („Armee der Reinen“). 172 Menschen sterben, 295 werden verletzt.

28. Mai 2010 Nach UN-Angaben kommen mindestens 70 Menschen bei Angriffen auf zwei Moscheen im pakistanischen Lahore ums Leben. Mehr als 110 werden verletzt. Die Verantwortlichen sollen in Verbindung zu den Taliban und Al-Qaida stehen. *jok*

Blick vom Balkon aufs brennende World Trade Center

NEW YORK Ein deutscher Journalist macht sich auf den Weg zur Arbeit – und landet in einem Berichtsmarathon über die Attaken vom 11. September

Es begann kurz vor 15 Uhr deutscher Zeit am 11. September 2001. Meine Frau hatte mich am amerikanischen Morgen gegen 8.50 Uhr auf den Balkon unserer Wohnung in Manhattan gerufen. Von der 35. Etage aus hatte sie an jenem herbstlichen Sonntag bei freiem Blick in Richtung Süden den Nordturm des World Trade Center brennen gesehen – genauer sein oberes Drittel. Ich wollte gerade mit dem Aufzug in die Lobby fahren und mich auf den Acht-Minuten-Fußweg ins New Yorker ARD-Studio machen. Der Griff zum Telefon führte noch vor den 15-Uhr-Nachrichten in Deutschland zum ersten Radio-Bericht im WDR2-Mittagsmagazin. Auf die Frage des Moderators nach dem möglichen Grund für den Brand waren von mir allerdings vor allem Spekulationen zu vernehmen. Die Erinnerung an das verheerende, bei Renovierungsarbeiten entstandene Feuer auf dem Düsseldorfer Flughafen hatte sich aufgedrängt; die immer wieder in den USA von Selbstmördern (nicht Selbstmordattentätern) in Gebäude gelenkten Kleinflugzeuge fielen mir ein.

Zwei Wünsche Dass es eine stattliche Zivilmaschine war, hatte ich vom Balkon aus nicht sehen können. Noch oder schon wieder auf dem Sender, sah ich wieder nur das Resultat: Das zweite Flugzeug war in den

Südturm gerast und hatte dessen Glas-Stahl-Körper diagonal aufgeschlitzt. In diesen Momenten hoffte ich nur, dass nicht ein weiteres Flugzeug nun in das von uns etwa 600 Meter entfernte Empire State Building fliegen würde und dass unser Festanschluss durchhalten möge – und nicht, wie bereits beim Handy, die telefonische Kommunikation im Keim erstickt würde. Beide Wünsche gingen in Erfüllung. Erst zweieinhalb Stunden nach den Anschlägen verließ ich meine „Dauersprechstelle“ auf dem Balkon und machte mich auf den Weg ins ARD-Studio. Dort hatte mein Radio-Kollege Carsten Vick den ersten Berichtsmarathon hinter sich. Der Fernsehmannschaft hingegen fehlte der Korrespondent. Er war in Kanada und konnte nicht zurückfliegen, weil der Luftraum über New York großflächig gesperrt worden war. So absolvierte ich wechselweise Auftritte in deutschen Radio- und Fernsehprogrammen und weiß seitdem, was es heißt, bimedial im Dauerstress zu sein. Unsere TV-Producerin Annemarie Kammerlander vollbrachte ein wahres Wunder: Mit zunehmendem Chaos wegen mangelnder Informationszufuhr bei stetig steigender Berichtsnachfrage aus Deutschland praktizierte sie gelebte Gelassenheit und zog mich mit in diese vermeintliche Ruhestellung.

Für eigene Recherchen war zunächst keine Zeit – zumal umgehend die Straßen und später ganze Viertel um Ground Zero herum hermetisch abgeriegelt wurden. Nachhaltig bis heute wirken die Eindrücke von zwei Orten, die zumindest für Journalisten erreichbar waren. An einer Stelle war man freilich fast allein; man traf in den Krankenhäusern Manhattans zwar zuhauf Personal,

aber kaum Patienten an: Die der Trümmerlandschaft entkommen waren, bedurften erstaunlicherweise nur selten ärztlicher Hilfe; für die fast 3.000 anderen war es zu spät. Der andere Ort war die kleine St. Paul's Chapel, die in unmittelbarer Nähe des World Trade Centers unversehrt geblieben war und als Rückzugsort für übermüdete Feuerwehrleute und andere Helfer diente.



Der Autor bei der Live-Berichterstattung vom Privatbalkon vor den rauchenden Türmen

Das 1776 erbaute Gotteshäuschen sollte einst allen Trost spenden, die fern der Heimat waren. Der Zufluchtsort galt schon damals als „Kapelle der Erleichterung“. Noch Wochen nach der Katastrophe war der kleine Garten der Anlage von dickem Staub und Betonbrocken bedeckt. Zur Tagesordnung übergegangen ist die Berichterstattung in der für mich faszinierendsten Stadt der Welt auch zehn Jahre danach noch nicht. Natürlich wird 9/11 nicht erwähnt, wenn es um die Wall Street geht, um die UN oder die New Yorker Fashion Week. Spätestens aber in Reports über den Arbeitsmarkt und die Immobilienbranche fehlt selten die neue Zeitrechnung: before or after – vor oder nach 9/11. Schließlich markiert jener Tag auch eine Wende in New Yorks Dasein als Touristenziel. Nicht, dass niemand mehr käme; die Anziehungskraft der Metropole ist ungebrochen. Allerdings nicht mehr ihre Gelassenheit. Dafür sorgen schon die sich häufig martialisch gebenden Polizisten und anderen allgegenwärtigen Sicherheitskräfte. Vielleicht sollten die sich von meiner ehemaligen Kollegin im ARD-Studio New York, Annemarie Kammerlander, mal coachen lassen. *Thomas Nehls*

Der Autor war von 1998 bis 2003 Leiter des ARD-Hörfunkstudios New York.

DIE TÄTER

Die Flugzeugentführer

19 Männer waren an der Entführung der Flugzeuge beteiligt. Vier von ihnen gelten als Haupttäter, die die Maschinen gesteuert haben sollen: Der Ägypter Mohammed Atta gilt als Entführer und Pilot des American Airline Flugs 11 und steuerte das Flugzeug in den Nordturm des World Trade Center. Als Pilot des United Airlines Flugs 175, der den Südturm traf, gilt Marwan al-Shehhi, der in den Vereinigten Arabischen Emiraten geboren wurde. Der aus Saudi-Arabien stammende Hani Handschur gilt bei den US-Behörden als Anführer der Terrorzelle, die eine Boeing 757 ins Pentagon steuerte. Der Libanese Ziad Jarrah soll das vierte entführte Flugzeug gesteuert haben, das über Shanksville abstürzte. Sowohl Atta, Jarrah als auch al-Shehhi hatten vor dem Attentat in Hamburg gelebt und dort die Anschläge geplant.

Die Drahtzieher

Am 2. Mai dieses Jahres wurde Osama bin Laden in Abbottabad in Pakistan von US-Spezialkräften getötet. Der Anführer des Terrornetzwerks Al-Qaida galt als meistgesuchter Mann der Welt. Der als Planer der Anschläge vom 11. September geltende Pakistani Chalid Scheich Mohammed wurde bereits im März 2003 in Pakistan festgenommen. Der vermutlich 46-Jährige, der unter mindestens 27 verschiedenen Namen bekannt ist, lebte Mitte der 1980er-Jahre in den USA und ging dann nach Afghanistan, Bosnien und auf die Philippinen, um muslimische Kämpfer zu unterstützen. Er wird nicht nur für die Planung der Flugzeugentführungen verantwortlich gemacht, sondern auch für den ersten Anschlag der Al-Qaida auf das World Trade Center 1993, die Ermordung des US-Journalisten Daniel Pearl und die Anschläge auf Bali und in Istanbul 2002 und 2003.

Auch Ramzi Binalshibh, der neben Mohammed Atta als Führungsfigur der Hamburger Terrorzelle gilt, wurde im September 2002 in Pakistan festgenommen und wird derzeit in Guantanamo gefangen gehalten. Auch der Ägypter Mohammed Atef wird für die Planung der Anschläge verantwortlich gemacht. Er gehörte zur Führung der ägyptischen Terrororganisation Al-Dschihad und schloss sich Al-Qaida Anfang der 1990er-Jahre an. Atef wurde bei einem US-Raketenangriff in Afghanistan getötet. Der deutsche Staatsbürger syrischer Herkunft Muhammad Haidar Zammar soll die Attentäter von 9/11 rekrutiert haben. Zammar wurde Ende 2001 in Marokko festgenommen und an die CIA übergeben, die ihn vermutlich nach Syrien brachte. Dort wurde er 2007 wegen der Mitgliedschaft in der verbotenen Muslimbruderschaft zu einer zwölfjährigen Haftstrafe verurteilt.

Prozesse

Bislang wurden in Deutschland zwei Prozesse gegen vermeintliche Beihilfer der Anschläge geführt: Im Februar 2003 verurteilte das Oberlandesgericht Hamburg den Marokkaner Mounir al-Motassadeq wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Beihilfe zum Mord in 246 Fällen zu einer 15-jährigen Haftstrafe. Dieses Urteil wurde im März 2004 durch den Bundesgerichtshof aufgehoben, im Januar 2007 aber erneut bestätigt. Nachdem das Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde Motassadeqs 2007 ablehnte, stehen ihm in Deutschland keine rechtlichen Möglichkeiten mehr zur Verfügung.

Ebenfalls in Hamburg stand von 2003 bis 2004 der Marokkaner Abdelghani Mzoudi vor Gericht. Das Oberlandesgericht Hamburg sprach ihn schließlich frei. Mzoudi hatte eingeräumt, mit Mohammed Atta befreundet gewesen zu sein, bestritt aber, von den Anschlagplänen gewusst zu haben. In den USA wurde im Mai 2006 der Franzose marokkanischer Herkunft Zacarias Moussaoui nach seinem Geständnis, an der Planung der Anschläge beteiligt zu sein, zu lebenslanger Haft verurteilt.

Aussicht

Die USA bereiten sich derzeit auf den größten Terrorprozess gegen die Drahtzieher der Anschläge vor. So sollen Chalid Scheich Mohammed und seine Helfer Ramzi Binalshibh, Ali Abdel Asis Ali, Mustafa Ahmed al-Hawawji und Walid bin Attash angeklagt werden. Im April 2011 entschied die US-Regierung, dass sie sich vor einem Militärtribunal im Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba verantworten müssen. Alle fünf Terroristen haben angekündigt, sich schuldig bekennen zu wollen. Beobachter schätzen daraus, dass sie schnell zum Tode verurteilt und so zu Märtyrern des islamistischen Kampfes werden wollen.



Scheich Mohammed



Osama bin Laden und Ayman al-Zawahiri an einem unbekanntem Ort in Afghanistan. Al-Zawahiri gilt als Nachfolger bin Ladens. Die Aufnahme soll kurz nach den Terroranschlägen 2001 entstanden sein.

Der große Irrtum

AL-QAIDA Die islamische Welt hat sich dem »Heiligen Krieg« verweigert. Ein Glaubenskampf ist entstanden

Osama bin Laden wurde am 2. Mai 2011 getötet. In einer ersten Reaktion betonte US-Präsident Barack Obama: „Der Gerechtigkeit wurde Genüge getan.“ Er hatte den Befehl gegeben, den Massenmörder zu liquidieren und der Hydra so einen Kopf abzuschlagen. Es gebe keinen Zweifel, dass Al-Qaida weitere Terroranschläge durchführen wolle, betonte Obama. Der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus sei noch nicht zu Ende. Vor 15 Jahren, am 23. August 1996, hatte Osama bin Laden den USA förmlich den „Heiligen Krieg“ erklärt. Die Supermacht war so dreist gewesen, Saudi-Arabien „zu besetzen – das Land der beiden heiligen Stätten“. Außerdem rief bin Laden seine Glaubensbrüder auf, sich gegen „die Koalition der Juden und Kreuzfahrer“ zusammenzuschließen und die „Angreifer“ zurückzudrängen, denn sie verübten „Massaker an den Muslimen“. Gleichzeitig versuchte der islamistische Gotteskrieger mit den Terrorangriffen vom 11. September 2001 eine Eskalation hin zu einem globalen Glaubenskrieg zu erreichen: Washington sollte zu Vergeltungsschlägen in Afghanistan provoziert werden, um so mehr als eine Milliarde Muslime in einen „Heiligen Krieg“ gegen den Westen hineinzuziehen.

Verweigerung des Heiligen Krieges Zehn Jahre später wissen wir: Osama bin Laden hat versagt, seine Rechnung ist nicht aufgegangen. Die islamische Welt, die Umma, verweigerte sich seinem einseitig prokla-

mierten „Heiligen Krieg“. Obwohl es Experten gab, die nach dem 11. September einen Anstieg der religiösen Rebellion und eine Globalisierung der religiösen Gewalt vorausgesagt hatten. Tatsächlich waren jedoch der Krieg der USA im Irak, die ungelöste Palästina-Frage und die ungerechten sozialen Verhältnisse in der islamischen Welt für die höhere Gewaltbereitschaft verantwortlich. Die überwältigende Mehrheit der Muslime will jedoch in Frieden leben, kein islamischer Staat hat sich an bin Ladens globalem Religionskrieg beteiligt. Auch bin Ladens Idee eines „weltweiten Martyriums der Muslime“ ist gescheitert: So forderte der 11. September die Frustration in der Umma weit stärker als vom Terror-Paten erwartet. Obwohl in der Folge zu allem entschlossene Terroristen durch eine Welle medienwirksam inszenierter brutaler Anschläge von sich reden machten, kommt dieser blutige Dschihad insgesamt einer Niederlage gleich. Zu Recht weisen die Islam-Experten Gilles Kepel und Kai Hafez darauf hin, dass es Osama bin Laden nicht gelang, die Umma für seinen „Heiligen Krieg“ zu gewinnen. Nimmt man allein die Zahl der bei Terrorakten ermordeten Menschen, stellt man fest, dass das angestrebte Martyrium zu einem innerislamischen Glaubenskrieg führte: Heute stehen Säkularisten gegen Islamisten, Reformen gegen Konservative, Schiiten gegen Sunniten – und die Terroristen sind isoliert. Bislang konnten die Terroranschläge in Europa nur einzelne Muslime und Konvertiten für das „Heilige Kalifat“ mobilisieren. Nicht zuletzt deshalb kritisiert Islam-Ken-

ner Olivier Roy die Überbetonung der Bedeutung Al-Qaidas als der globalen Gefahr des 21. Jahrhunderts. Laut Roy war es ein zentraler Fehler, dass der US-Regierung nach dem 11. September quasi eine Blankovollmacht erteilt wurde, die emotionale (Über-)Reaktionen einschloss. Damit er-

linken oder extremen rechten Szene eingeschlossen hätten. Die zu beobachtende Radikalisierung der in den westlichen Gesellschaften lebenden jungen Muslime ist zuerst eine Folge der Globalisierung, die ihnen mehr Probleme bereitet als ihren einheimischen Altersge-

und Moschee vermittelt werden, andererseits das westliche Wertefundament, das ihnen im Alltagsleben begegnet. Dieser offenkundige Widerspruch bringt junge islamische Neofundamentalisten hervor, deren sich Osama bin Ladens Nachfolger Ayman al-Zawahiri in den sozialen Netzwerken nur zu bedienen braucht; ein islamisch motivierter Terrorismus besteht fort. Allerdings ist auch richtig, dass die Millionen Muslime, die jüngst in der arabischen Welt demonstrierten, nicht im Namen bin Ladens auf die Straße gingen, sondern für Menschenrechte, Freiheit, Gerechtigkeit, demokratische Reformen und bessere Lebensbedingungen. Die junge Generation der Umma sieht die Al-Qaida als das, was sie ist: eine kleine Sekte, deren Ziele sie nicht ansprechen.

Gefahr Einzeltäter Laut US-Präsident Obama geht die größte Gefahr eines terroristischen Angriffs heute von einem Einzelgänger aus, „einem einsamen Wolf“. Einen massiven, gut koordinierten Terrorangriff schließt er aus. Die bedrohten westlichen Staaten konnten durch ihre Anti-Terrormaßnahmen die Operationen islamistischer Organisation auf ihren Territorien nahezu vollständig unterbinden. Auch die von der rot-grünen Bundesregierung 2001 beschlossenen Anti-Terror-Gesetze trugen dazu bei, dass in Deutschland bis heute kein Terroranschlag gelungen ist. Nur in der virtuellen Welt können sich die Terroristen noch frei bewegen. *Aschot Manutscharjan*

Der Autor ist freier Publizist und Autor und lebt in Berlin.



Jubel am Ground Zero in New York: Amerikaner feiern den Tod Osama bin Ladens.

reichte der Westen das Gegenteil: Anstatt eine kleine Terrorbande zu vernichten, gewann Al-Qaida an Einfluss. Im Zuge der Kriege im Irak und in Afghanistan brachte Europa eine neue Welle von Terroristen hervor, allesamt europäische Konvertiten, die sich vor dreißig Jahren eher der extremen

nossen. Sie müssen ihre Entwurzelung in der Fremde verkraften. Niemand ist schon deshalb integriert, weil er die Sprache des Gastlandes versteht. Außerdem klaffen die Wertesysteme weit auseinander: Einerseits die Traditionen vorindustrieller Gesellschaften, die jungen Muslimen in Familie

Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzen

TERRORISMUS Ein Vergleich zwischen Al-Qaida und RAF lohnt sich: Es gibt viele Gemeinsamkeiten, aber auch etliche Unterschiede

In der Gefühlswelt der Menschen ist die Sachlage relativ eindeutig: Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid im Sommer 2007 hielten fast drei Viertel der Deutschen den islamistischen Terror für gefährlicher als den der Roten Armee Fraktion (RAF) in den 1970er-Jahren. Immer dann, wenn bekannt wird, dass Anschläge geplant, aber verhindert wurden, steigt die gefühlte Bedrohung an – heute wie auch vor 40 Jahren, als die Zeitungen mit Schlagzeilen zu Anschlägen der linksrevolutionären Terrorgruppe aufmachten. Die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen: Das ist das große Ziel von Terroristen, egal welcher Couleur. Und so groß die Unterschiede zwischen RAF und Al-Qaida etwa hinsichtlich Ideologie und Opferzahlen sind, so starke Übereinstimmungen finden sich in Strategie und Aktion. In ihrem Buch „Was Terroristen wollen“ kommt Louise Richardson, Politik-Professorin an der renommierten Harvard-Universität, zu dem Schluss, allen Terroristen gehe es letztlich um drei Motive: Rache, Ruhm und Reaktion. Egal, ob es sich wie bei der RAF um eine sozialrevolutionäre Gruppe handelt, die den Kapitalismus abschaffen will, oder wie bei Al-Qaida um Terroristen, die eine religiös begründete Ideologie verfolgen, laut Richardson denken alle ähnlich wie die At-

entäter, die im Sommer 2005 Bombenanschläge in der Londoner U-Bahn verübten: „Indem sie ihr Leid zufügten, dachten sie vermutlich, zwangen sie die britische Öffentlichkeit, das zu ernten, was sie in der muslimischen Welt gesät hatte.“ Auch wenn die Opferzahlen der RAF-Anschläge nicht an die des Al-Qaida-Terrors heranreichen, ging es beiden Gruppen darum, im Namen politischer Zwecke gewalttätig gegen Menschen vorzugehen. Während Al-Qaida-Chef Osama bin Laden ganz offen schrieb, es sei die Pflicht eines jeden Muslims, „die Amerikaner und ihre Alliierten, Zivilisten und Soldaten gleichermaßen zu töten“, versuchte die RAF nach außen hin, ihren Kampf auch damit zu legitimieren, dass sie bei der Auswahl ihrer Opfer zwischen unbeteiligten Zivilisten und Repräsentanten des Staates unterschied. „Doch dabei darf man der RAF nicht auf den Leim gehen“, sagt der Medienwissenschaftler Andreas Elter, „die Leibwächter von Hanns-Martin Schleyer sind ja auch ohne Hemmungen ermordet worden.“

Veihikel Massenmedien Für Elter besteht die größte Gemeinsamkeit der beiden Terrorgruppen jedoch nicht in der Skrupellosigkeit ihres Mordens, sondern im Einsatz einer medialen Strategie. So habe die RAF

immer bewusst auf die Massenmedien gesetzt, die über jeden Aspekt im Wirken der Gruppe berichtet hätten. Genau das mache auch die Al-Qaida, wengleich sie Dank der heutigen technischen Möglichkeiten leichter geheim operieren und gleichzeitig die Öffentlichkeit über ihre Taten in Kenntnis setzen könne. Elter ist sicher: „Hätte es zu den Zeiten der RAF die Möglichkeiten des Internets gegeben, hätten Andreas Baader und Ulrike Meinhof dieses Medium genauso genutzt wie die heutigen Terrorgruppen.“ Es sind sicher auch die weniger entwickelten technischen Voraussetzungen, unter denen Meinhof & Co agierten, die Autoren wie den Politikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar zu dem Schluss kommen lassen, im Vergleich zu Al-Qaida sei die RAF „provinziell“ gewesen. Obwohl man angesichts der Geiselnahme Schleyers und der Entführung der Lufthansa-Maschine gedacht habe, es gebe keine Steigerungsformen mehr, hätten die Anschläge islamistischer Terroristen dies rückblickend relativiert. Diese gelten zudem grundsätzlich als Form eines international agierenden Terrorismus, der von großer globaler Mobilität gekennzeichnet ist und sich vermehrt neuer Anschlagformen bedient. Auch die Strukturen der Gruppen sind für diese Wahrnehmung ausschlaggebend: Während es sich bei der RAF um eine streng

hierarchy gegliederte Gruppe aus maximal 20 Personen handelte, ist die Al-Qaida zu einer Art Franchise-Unternehmen geworden, dessen Label sich jeder bedienen kann – und soll –, der etwas zum Kampf gegen die Unterdrückung der Muslime beitragen will. Das erlaubt es der Al-Qaida auch, Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund für ihre Ideologie zu gewinnen. Obwohl es

bei Al-Qaida durchaus Diskussionen um die richtige Ideologie und Strategie gebe, lasse sie letztlich ihre Ziele bewusst so offen, „dass es theoretisch immer möglich ist, irgendwo auf der Welt Unrecht auszumachen, das von Ungläubigen verübt wird – und so Personal zu rekrutieren“, so Elter. „Die RAF konnte dagegen diejenigen, für die sie vermeintlich als Avantgarde kämpfte, nie überzeugen und an sich binden.“

Ungeheuer überschätzt Dennoch reagiert der Staat auf die Bedrohung durch die RAF mit aller Härte – die wiederum in der Antwort auf den islamistischen Terror noch gesteigert wurde. Für viele Experten war genau das der falsche Weg: Die RAF „so ungeheuer durch den Staat zu überschätzen, war ein Riesenfehler“, sagt Andreas Elter, „damit hat man diesen Leuten genauso in die Hände gespielt, wie man es jetzt tut, wenn man zunächst bei jedem Anschlag einen islamistischen Hintergrund vermutet.“ Auch Louise Richardson warnt davor, angesichts terroristischer Bedrohungen demokratische Werte einzuschränken. Genau diese Prinzipien zählten „zu den stärksten Waffen in unserem Arsenal. Wir müssen uns nur daran erinnern.“ *Susanne Kailitz*

Die Autorin ist freie Journalistin in Dresden.



„Spiegel“-Titel vom 12. September 1977

Als am 2. März 2011 ein in Deutschland lebender Kosovo-Albaner zwei US-Soldaten am Frankfurter Flughafen ermordete und zwei weitere verletzte, nahm die deutsche Öffentlichkeit dies erst mit einigen Tagen Verspätung und ohne großes Echo als Anschlag eines islamistischen Terroristen gegen US-Soldaten wahr. Für viele war es ein Verbrechen, das sie nicht als ein politisches einstufen. Tatsächlich war es jedoch der erste islamistische Mordanschlag in Deutschland, der ausgeführt werden konnte. Schon öfter stand Deutschland kurz vor einem Anschlag. Die beiden spektakulärsten Attentatsplanungen waren die der beiden Kofferbomber, die im Juli 2006 zwei Regionalzüge im Großraum Köln in die Luft sprengen wollten, und die so genannte Sauerland-Gruppe, also jene vier Islamisten, die im September 2007 im Sauerland bei der Vorbereitung von Anschlägen festgenommen wurden. Die Liste frühzeitig aufgedeckter Taten ist noch länger. Auch wurden Anschläge in Deutschland vorbereitet, die anderswo verübt wurden. Die Bedrohung ist allgegenwärtig. Im November 2010 hat der damalige Innenminister Thomas de Maizière (CDU) eine konkrete Terrorwarnung erlassen, da die damals vorliegenden Erkenntnisse befürchten ließen, dass ein Anschlag unmittelbar bevorstehen könnte. Als Folge der intensivierten Fahndung wurde eine Gruppe in Düsseldorf und Bochum festgenommen. Doch obwohl die konkrete Warnstufe wieder heruntergefahren wurde, gilt: Die Gefahr ist dauerhaft vorhanden. Über 100 in terroristischen Ausbildungslagern im pakistanischen Waziristan trainierte junge Männer leben hierzulande. Zum Vergleich: Die Kommandoebene der RAF umfasste rund 20 Personen.

Zwei Täterprofile Die Bedrohung kommt von zwei Seiten: Zum einen planen Akteure wie die Sauerland-Gruppe mit Unterstützung oder auf Anweisung von terroristischen Vereinigungen in Waziristan Anschläge, die aufgrund ihrer Größe und des Planungsaufwandes eher als andere zu entdecken sind. Zum anderen tauchen immer wieder Einzeltäter auf, die sehr schwer vorab auszumachen sind, weil sie kleine Anschläge planen – die trotz gravierender Auswirkungen haben können – und wenig Kommunikation betreiben. Als Beispiele dienen die beiden Kofferbomber und der Täter von Frankfurt, gegen den die Bundesanwaltschaft im Juli Anklage erhoben hat. Die Täter kommen aus unterschiedlichen Regionen. Die Kofferbomber kamen aus dem Libanon, der Frankfurter Attentäter aus Deutschland. Die Terrorplaner der Sauerland-Gruppe hatten alle einen deutschen Pass, zwei von ihnen sind gebürtige Deutsche. Sie sind radikalisiert worden, im Wesentlichen im damaligen Multi-Kulti-Haus in Neu-Ulm, das später von der bayerischen Landesregierung geschlossen wurde, und in einer Moschee in Bonn-Beuel. In Moscheen wie jener in Bonn – aber auch in Hamburg, Braunschweig und Berlin – finden am Rande der normalen Aktivitäten Seminare statt, auf denen jene Thesen vorgetragen werden, die besonders bei jungen Männern, zunehmend aber auch bei Frauen, zum Abgleiten in den Terrorismus führen. Sie kommen in Ausbildungslagern, um ideologisch und militärisch auf ihre Terrorkarriere vorbereitet zu werden. In der Regel sind junge Menschen anfällig, die in ihrem Leben den Halt verloren haben, die in Familie oder Beruf keine Perspektive sehen.



Willkommen: Die Haustür der drei in Medebach-Oberschledern festgenommen Männer der sogenannten Sauerland-Gruppe (unten)

Nette Nachbarn

DEUTSCHLAND Islamistische Attentäter sind oft völlig integrierte junge Männer. Am unberechenbarsten sind Einzeltäter

Oft sind es junge Männer, die völlig integriert waren. Ein besonders gutes Beispiel dafür sind die Bonner Brüder Mounir und Yassin Choutka, die immer wieder in Propaganda-Videos für den Heiligen Krieg werben. Die beiden waren in ihrem Bonner Umfeld angesehen und beliebt. Yassin wurde an seiner Schule zum beliebtesten Abiturienten gewählt. Nach Ableistung des Grundwehrdienstes und einer Ausbildung traten sie für ihr Umfeld völlig überraschend den Weg nach Afghanistan an. Manch einer, der nach seiner Ausbildung in Waziristan nach Deutschland zurückkam, bleibt zunächst im Verborgenen. Es gibt keine organisatorische Zusammenfassung der „Waziristan-Veteranen“. Jeder geht seinem Leben nach. Ob und wie sie dann zu

einem Kommando zusammengestellt werden, wird entweder von Waziristan aus gesteuert – oder einer, der von der Gruppe in Pakistan zum „Emir“ ernannt wurde, stellt sich die Gruppe zusammen. Internationale Verbindungen haben diese islamistischen Terroraktivisten wenig. Zwar gibt es immer mal wieder Hinweise von ausländischen Diensten – auch von deutschen an ausländische Behörden. Aber eine enge Zusammenarbeit gibt es kaum, wenn man davon absieht, dass sich in Deutschland Terroristen auf ihre Taten in anderen Ländern vorbereitet haben. Der spektakulärste Fall der Tatvorbereitung in Deutschland ist die Planung eines Anschlags auf den Straßburger Weihnachtsmarkt, der am 23. Dezember 2000 verübt werden sollte, aber vorher auf-

gedeckt wurde. Insofern stellt auch Deutschland eine Drehscheibe für den internationalen Terrorismus dar. Die Tatsache, dass der Anschlag in Straßburg im Jahr 2000 geplant war, zeigt, dass schon vor dem 11. September 2001 der islamistische Terrorismus eine Bedrohung war – auch hierzulande. Er ist international durch die Anschläge auf New York und Washington ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit gelangt. Da Deutschland mit Ausnahme des Anschlages im März dieses Jahres bisher verschont wurde, ist dieses Bewusstsein bei uns wieder abgeflacht. **Rolf Clement**

Rolf Clement ist Redakteur beim Deutschlandfunk und Autor des Buches „Die Terroristen von nebenan“.

Drohungen im Netz

INTERNET Islamistische Propaganda nutzt modernste Mittel

„Kommt zum Dschihad! Das ist der Weg zum Paradies!“ Dieser schlichte Slogan aus einem deutschsprachigen Propaganda-Video steht stellvertretend für eine Entwicklung, die in den ersten Jahren nach dem 11. September 2001 undenkbar schien. Doch längst ist der „virtuelle Dschihad“ auf den Computern deutscher oder deutschsprachiger Jugendlicher angekommen. Mit technisch hoch anspruchsvollen Videos, die Stilelemente der Reportage mit Koranrezitationen und Vorträgen verbinden, berichten Kämpfer aus dem Kriegsgelände. Authentisch sollen die Videos wirken. Offenbar sind sie es auch. Denn bei vielen Produktionen unterstützen die Analytiker deutscher Ermittlungsbehörden tatsächlich, dass sie mitten aus den Kampfgebieten kommen. Etwa aus Afghanistan, dem Irak, Jemen oder Somalia. Deutsche Videos gibt es vor allem aus Waziristan, dem Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan. Von hier berichten die deutschen Kämpfer über ihre Erfolge im Kampf gegen die „Ungläubigen“, worunter sie nicht nur die Bundeswehr, die Amerikaner und andere westliche Bündnispartner verstehen, sondern auch die „Heuchler“ der afghanischen Armee, die für die gemeinsame Sache mit dem Westen bekämpft werden.

sen Überfall so plastisch schildern konnte, wenn er gar nicht stattgefunden habe, wollte die zweifelhafte Vorsitzende Richterin Angelika Blettnner vom Angeklagten wissen. Özdemir konterte: „Ich kenne den Überfall aus Videos.“

Sessel-Dschihadisten Das ist nicht ausgeschlossen: Inzwischen sind es weltweit Tausende Videos, die Angriffe, Anschläge und Attentate zeigen oder mit Bildern von toten und verstümmelten Kindern und anderen Gräueltaten zur Unterstützung der gewaltbereiten Islamisten aufrufen. Dafür werden verschiedene Wege gezeigt. „Wenn ihr nicht kommen könnt, schickt uns euer Vermögen“, forderte etwa Eric Breining in einem Video. „Sessel-Dschihadisten“ nennen deutsche Ermittler diejenigen, die solche Propaganda im Internet vertreiben. Über eigene Kanäle auf Videoplattformen wie YouTube. In großem Stil hat die

Längst ist der virtuelle Dschihad auf den Computern Jugendlicher angekommen.

„Globale Islamische Medienfront – deutsche Sektion“ (GIMF) solche Videos ins Internet gestellt – unter anderem 19 Hinrichtungsvideos, die die Enthauptung von Geiseln teils detailliert zeigen. Relativ neu ist das Hochglanzmagazin „Inspire“. Es kursiert als PDF-Dokument im Layout einer professionellen Zeitschrift. Es ist auf englisch geschrieben und vereint in jeder Ausgabe mehrere Themen: Bauleitungen für Sprengsätze, Verherrlichung von Märtyrern, religiöse Unterweisungen, blutige Reportagen über die unschuldigen Opfer der westlichen Aggressoren – das Standardthema der islamistischen Propaganda. Ideologisch interessant ist, dass sich die sonst fundamentalistisch gebenden und jede Modernität ablehnenden Ideologen nicht scheuen, modernste Kommunikationsformen und Mittel zu benutzen. Videos erscheinen im Stil von MTV und Viva, Inspire lehnt sich an westliche Hochglanzmagazine an und das Video mit der Bombenbauanleitung für die Kofferbomber von 2006 enthält Hollywood-Musik. Jedem Musikverbot der radikalen Islamisten zum Trotz.

»Wenn ihr nicht kommen könnt, schickt uns euer Vermögen.«

Aus einem islamistischen Propagandavideo

Und so wundert es nicht, dass auch das soziale Netzwerk Facebook bei deutschen Islamisten immer beliebter wird. Der mutmaßliche Flughafentäter Arid U. hatte beispielsweise maßgebliche Propagandisten der Frankfurter Szene als virtuelle Freunde auf Facebook gewonnen, bevor er am 2. März 2011 zum Frankfurter Flughafen fuhr, um gezielt amerikanische Soldaten zu erschließen. Arid U. soll bei seinen Vernehmungen angegeben haben, kurz vor der Tat habe ihn ein Video derart empört, dass er sofort handeln musste. Denn er habe in dem Video gesehen, wie amerikanische Soldaten muslimische Frauen vergewaltigten. Das Bundeskriminalamt glaubt, das Video inzwischen identifiziert zu haben. Es soll aus einem amerikanischen Spielfilm stammen. **Holger Schmidt**

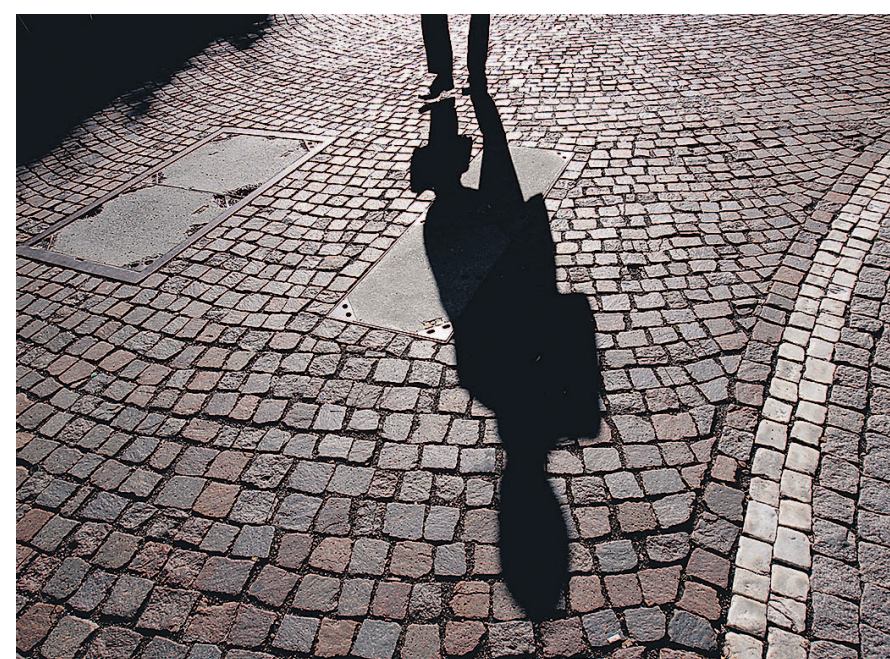
Der Autor ist Redakteur beim SWR und ARD-Terrorismusexperte.

Nur die Stimme ist geblieben

AUSSTEIGER Yannick Nasir hat sich als bislang einziger deutscher Gotteskrieger von der Islamistszene gelöst

Als die Frage kommt, was er sich von der Zukunft erhofft, schweigt Yannick Nasir lange. „Mein Traum für die Zukunft ist“, sagt er schließlich zögernd, „dass ich ein ruhiges und sicheres Leben habe. Dass ich einfach in Sicherheit leben kann, ohne mir ständig irgendwelche Gedanken machen zu müssen.“ Yannicks Stimme ist klar und deutlich. Man spürt, das ist ein ernsthafter junger Mann, der genau darüber nachdenkt, was er sagt. Einer, der es ehrlich meint. Einer, dem man gern in die Augen sehen möchte. Aber das geht nicht. Yannick heißt nicht mehr Yannick. Er sieht wohl auch nicht mehr so aus, wie ihn seine Familie und seine Freunde in Erinnerung haben. Und er lebt nicht mehr dort, wo man ihn kennt. Yannick musste verschwinden. Weil er leben möchte. Nur seine Stimme ist geblieben. Der Radioreporter Holger Schmidt hat sie aufgenommen, im vergangenen Jahr, als er sich dreiviertel zu langen Gesprächen mit Yannick traf. In unterschiedlichen Städten, in anonymen Hotelzimmern. Ein Radiofeature ist daraus entstanden über den ersten und bislang einzigen deutschen Aussteiger aus der Islamistszene. Es erzählt die Geschichte eines heute 24-jährigen Mannes, der sich von seinen radikalen Freunden löste und mit der eigenen Familie brach. Der vor Gericht als Kronzeuge ausgesagt und dadurch seinen Stiefvater, der ein Mitglied der Terrororganisation Al-Qaida war, für acht Jahre hinter Gitter gebracht hat. Der deshalb im Zeugenschutzprogramm des Landeskriminalamts (LKA) Rheinland-Pfalz ist. „Für

mich hat sich das in keinster Weise gelohnt“, sagt er. Er habe sehr viel einbüßen müssen, sehr viel Lebensqualität verloren. „Aber ich bin trotzdem froh, es getan zu haben. Und ich bereue es keine Sekunde.“ Vor ein paar Jahren noch hätte Yannick es sich nicht träumen lassen, einmal gegen seine Freunde und seine Familie zu stehen. Da war er selbst ein radikaler Gotteskrieger, der mit dem Gewehr in Afghanistan gegen die Ungläubigen und Amerika kämpfen wollte. **Überzeugter Dschihadist** Im Juli 2002 hatte diese Entwicklung begonnen. Damals siedelt er mit seiner Mutter und den beiden Halbschwestern von Deutschland nach Lahore in Pakistan um. Der Vater will das so, ein radikaler Moslem aus Pakistan. Aleem Nasir heißt er, er ist heute 49 Jahre alt. Am 11. September 2001, als ein Al-Qaida-Kommando Passagierflugzeuge in die New Yorker Twin Towers und das Pentagon steuerte, hörte Yannick seinen Stiefvater jubeln. „Al-lahu Akbar“ habe er gerufen, Allah ist groß, und „Darabu Amrika“, sie haben Amerika geschlagen, erinnert sich Yannick. Zu dieser Zeit war sein Stiefvater längst in der Islamistszene in Deutschland unterwegs, sammelte Geld für die pakistanische Terrorgruppe Lashkar-e-Taiba. 2008 machte die Organisation Schlagzeilen, weil sie hinter dem blutigen Anschlag auf die indische Hafenstadt Mumbai gesteckt haben soll. Als Yannick mit seiner Mutter und den beiden Halbschwestern nach Pakistan geht, ist er 15 Jahre alt. Seinen Realschulabschluss hat er noch nicht gemacht, aber für den



Der Weg in eine neue Welt: Der Bruch mit der Islamistszene erfordert Mut.

Stiefvater spielt das keine Rolle. Er schickt den Jungen auf eine islamische Religionschule mit eigenem Internat. 2003 bringt er ihn dann in ein Ausbildungslager der Lashkar-e-Taiba. Für die Organisation ist der Stiefvater da noch eine Art Statthalter in Europa. Und ihn habe er zu seinem Stellvertreter machen wollen, erinnert sich Yannick später. „Er wollte, dass ich anfangs, so zu denken wie er.“ Anfangs hat der Stiefvater damit Erfolg. Yannick ist 2003, 2004 ein überzeugter Gottes-

krieger. Aber Lashkar-e-Taiba ist ihm damals nicht mehr radikal genug. Weil ihr Anführer im Gefängnis sitzt, beteiligt sich die Gruppe nicht mehr am Dschihad in Afghanistan. Als der Stiefvater dann von einem Al-Qaida-Funktionär erfährt, dass die in Europa gesammelten Spenden von Lashkar-e-Taiba längst nicht mehr an die Kämpfer weitergeleitet werden, ist er empört. Aleem Nasir tritt nun in die Dienste von Al-Qaida ein. Seine Familie holt er nach Deutschland zurück. Yannick bekommt

mit, wie sein Stiefvater von der Wohnung in Gernersheim aus Geld, Laptop, Schusswaffen, Zielfernrohre und Ferngläser ins pakistanisch-afghanische Grenzgebiet schmuggelt und für Al-Qaida-Kämpfer rekrutiert. **Ein deutscher Soldat** Wieder in Deutschland, scheint Yannick der Dschihad weit weg. Und auch mit dem Stiefvater kommt er immer weniger zurecht. Der regiert die Familie mit harter Hand, schlägt Frau und Töchter. Auch Yannick wird regelrecht ausgebeutet. Als er in den Ferien bei Daimler arbeitet und mehrere Tausend Euro verdient, nimmt ihm der Stiefvater das Geld ab. Dann kommt es im September 2005 zur direkten Konfrontation zwischen den beiden. Yannick kommt spät in der Nacht nach Hause, nachdem er sich mit einem Mädchen getroffen hatte. Der Vater schlägt ihn zusammen, will den Namen des Mädchens aus ihm herausprügeln. Schließlich kommt die Polizei, bringt Yannick, der massive Verletzungen hat, ins Krankenhaus. In ihm reift der Entschluss, die Familie zu verlassen. Er weiß, es ist eine Abkehr für immer. Er will in die USA, doch ohne Green Card geht das nicht. Dann stößt er auf die französische Fremdenlegion. Die bieten Geld und eine neue Identität – beides braucht er, um die Familie zu verlassen. 2007 meldet er sich bei der Fremdenlegion an, schafft aber nicht alle Prüfungen. Bei der Bundeswehr hat er mehr Glück: Er verpflichtet sich für zwei Jahre bei der Marine, fährt zum Einsatz vor die Küste Libanons. Mit dem Dschihad hat Yannick da

nichts mehr am Hut. Er ist nun ein deutscher Soldat, stolz und selbstbewusst, akzeptiert von den Vorgesetzten, die wissen, aus welch komplizierten Verhältnissen er stammt. „Die Bundeswehr war jetzt meine Familie“, blickt Yannick zurück. Eines Tages will ihn das Landeskriminalamt (LKA) Rheinland-Pfalz zu seinem Stiefvater befragen. „Da habe ich tief Luft geholt und gesagt, ich sage alles, aber nur, wenn ich meinen Job behalten kann.“ Und er packt aus: über die Geschäfte seines Vaters, die Kontaktpersonen, die Vertriebs- und Kommunikationswege zur Al-Qaida. Für die Ermittler ist der ehemalige Gotteskrieger in Bundeswehruniform eine Goldgrube an Informationen. In den folgenden Jahren wird er in mehreren Terroristenprozessen in Deutschland als Kronzeuge aussagen. Die Zusage mit dem Job aber können die Fahnder nicht einhalten – weil die Bundeswehr nicht den Schutz vor Racheakten der Islamisten gewährleisten kann, wird Yannick vorzeitig entpflichtet. Er kommt in das Zeugenschutzprogramm des LKA. „Mein Ziel war ja einfach nur, ich sage aus und gehe weiter militärisch meinen Weg“, sagt Yannick im vergangenen November, als er sich ein letztes Mal mit dem Radioreporter trifft. „Ich hatte ein neues Leben. Doch das musste ich dann von heute auf morgen alles aufgeben.“ **Andreas Förster**

Das Radiofeature unter radiofeature.ard.de

GESETZE

Nach dem 11. September 2001 wurden in Deutschland zahlreiche Gesetze verabschiedet, die auf den Terroranschlag zurückgingen. Eine Übersicht.

Sicherheitspaket I

Nach dem 11. September reagierten Bundesregierung und Parlament schnell: Am 9. November 2001 wurde das Religionsprivileg aus dem Vereinsrecht gestrichen und der Paragraph 129 b ins Strafgesetzbuch eingefügt. Damit ist die Mitgliedschaft in und die Unterstützung von terroristischen Vereinigungen auch dann strafrechtlich verfolgbar, wenn diese nicht in Deutschland ansässig sind. Gleichzeitig wurden Tabak- und Versicherungssteuer für Sicherheitsaufgaben erhöht.

Terrorismus-Bekämpfungsgesetz

Am 14. Dezember 2001 verabschiedete der Bundestag ein zweites Sicherheitspaket. Es sollte den Informationsfluss zwischen unterschiedlichen Behörden verbessern und die Kompetenzen der Sicherheits-

behörden ausbauen, um etwa die Einreise extremistischer Straftäter nach Deutschland zu verhindern. Die Verfassungsschutzbehörden erhielten die Möglichkeit, bei Banken oder Luftfahrtunternehmen Kundendaten anzufordern. Ein Teil der Regelungen des Gesetzes war zunächst auf fünf Jahre befristet. Das Terrorismusbekämpfungsgesetz, das am 10. Januar 2007 im Bundesgesetzblatt verkündet wurde, verlängerte diese Befugnisse um weitere fünf Jahre. Im Juni 2011 hat sich die Regierung auf eine erneute Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze um vier Jahre verständigt (s. Gastkommentare auf Seite 2). Dabei sollen die Möglichkeiten, Auskünfte über den Postverkehr und Postfächer einzuholen, auslaufen. Gleichzeitig ist geplant, dass die Geheimdienste Flugdaten künftig zentral bei den Buchungssystemen der Flugbetreiber abfragen dürfen und zudem auch Kostendaten anfordern können, ohne vorher die entsprechende Bank befragen zu müssen.

Behördengründungen

Zum 1. Mai 2004 wurden die Aufgaben der Zentralstelle für Zivilschutz auf das neue Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe verlagert. Das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum in Berlin nahm im Dezember 2004 die Arbeit auf und soll seither „Analyse Spezialisten des Bundeskriminalamts und des Bundesamtes für Verfassungsschutz“ zentral zusammenführen. Eingebunden sind auch Bundesnachrichtendienst, die Verfassungsschutzämter der Länder, die Bundespolizei, das Zollkriminalamt und der Militärische Abschirmdienst.

Luftsicherheitsgesetz

Am 15. Januar 2005 trat das umstrittene Luftsicherheitsgesetz in Kraft. Es sollte Anschläge wie den vom 11. September verhindern, indem es als letzte Maßnahme den Abschuss einer gekidnappten Maschine erlaubte. Das Bundesverfassungsgericht entschied am 15. Februar 2006, dass diese Ermächtigung nicht vereinbar ist mit dem Grundgesetz. Das Gesetz ist damit nichtig.

**Gemeinsame-Dateien-Gesetz**

Am 1. Dezember 2006 stimmte der Bundestag dem Gemeinsame-Dateien-Gesetz zu. Dieses lieferte die Grundlage zur Schaffung einer gemeinsamen Anti-Terror-Datei verschiedener Ermittlungsbehörden. Die Datei enthält zusätzlich zu Angaben wie Namen, Alter und Geschlecht auch Telefon- und Bankverbindungen, Religionszugehörigkeit und besuchte Orte sowie Angaben zu bestimmten Gruppierungen, die zur Abwehr einer akuten Gefahr weitergegeben werden dürfen. Kritiker befürchten, dass so die grundgesetzlich gebotene Trennung von Polizei und Geheimdiensten hinfiel.

Vorratsdatenspeicherung

Am 9. November 2007 wurde das „Gesetz zur Neuordnung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG“ beschlossen, das die Vorratsdatenspeicherung zuließ. Damit wurden Anbieter von Telefondiensten verpflichtet, mindestens sechs Monate lang verschiedene Verbindungsdaten zu speichern und Behörden für die Strafverfolgung Auskunft zu erteilen. Im März 2010 kippte das Bundesverfassungsgericht die Regelung; im Juni 2011 stellte Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) einen neuen Entwurf vor, nach dem Daten nur nach einem konkreten Anfangsverdacht gespeichert werden sollen. suk

Der Guerillakämpfer besetzt das Land, der Terrorist besetzt das Denken. Der Terrorist okkupiert nämlich die Schaltzentralen der Legislative und der Exekutive, er verseucht den Geist der Gesetze und verdirbt das Vertrauen in den Rechtsstaat. Die islamistischen Terroristen haben mit ihren Attentaten die Parlamente der demokratischen Staaten dazu getrieben, Grundrechte einzuschränken; sie haben deren Sicherheitsorgane dazu verleitet, an der Grenze und jenseits der Legalität zu operieren; sie haben die Rechtsstaaten dazu gebracht, ihre Prinzipien in Frage zu stellen. Und sie tun es immer noch. Terrorismus hat Langzeitwirkung.

Beherrschender Einfluss Überall in den Ländern der westlichen Welt wurden und werden vergiftete Paragraphen und Gesetzesartikel produziert, rechtsstaatliche Grundsätze geopfert, die Privatsphäre der Bürger missachtet. Die Terroristen sind zwar nicht, wie nach dem 11. September 2001 befürchtet, in Atomkraftwerke und Wasserversorgungsanlagen eingedrungen, nicht dort haben sie Unheil angerichtet. Sie haben es auf andere, subtil-gefährliche Weise getan. Sie nahmen beherrschenden Einfluss auf die Apparate und Brain-Trusts, in denen das Recht produziert wird, sie veränderten die Sicherheitsarchitektur grundlegend, sie verkürzten die Freiheitsrechte, sie entwerteten das klassische Strafrecht. Der 11. September 2001 ist ein Schreckensdatum. Und die zehn Jahre seitdem waren keine guten Jahre für die Bürgerrechte.

Unter der Herrschaft des Terrorismus verändert sich das aufgeklärte Strafrecht in fundamentaler Weise. Um Terroristen auf die Spur zu kommen (die unauffällig als „Schläfer“ unter der Bevölkerung leben), wird die Gesamtbevölkerung subtil ausgeforscht – mit Abhöraktionen, mit Überwachungs- und Datenspeicherungsmaßnahmen, mit der Kontrolle der Bankkonten, mit ausgeklügelten Kontrollarrangements und Datensammlungen, bei denen Geheimdienste und Polizei kooperieren und die darauf zielen, Mobilität und Informationsverhalten der Bürger kontrollieren zu können. Es wird national und international eine Infrastruktur der Überwachung etabliert.

Verändertes Strafrecht Vom normalen Strafrecht wird mehr und mehr ein Feindstrafrecht abgespalten, in dem Dinge erlaubt werden, die ansonsten nicht erlaubt sind; und das verbleibende normale Strafrecht wandelt sich in ein Gefahrenabwehrrecht: Je größer die Gefahr ist oder erscheint, um so einschneidender werden die Maßnahmen, die (auch gegen völlig Unverdächtige) ergriffen werden in der Hoffnung, so die Gefahr zu bannen oder zu minimieren; das führt etwa zur staatlich angeordneten Speicherung aller Telekommunikationsdaten auf Vorrat, das führt zu immer umfassenderer Kontrolle. Das Bundesverfassungsgericht hat sich redlich bemüht, „Stopp“ und „Halt“ und „So nicht“ zu rufen – ohne den Gesetzgeber wirklich zum Umdenken zu bringen.

In den längsten Phasen der Menschheitsgeschichte sind Täter, die tatsächlich oder vermeintlich die staatliche Rechtsordnung oder ihre Repräsentanten angegriffen haben, als Feinde und damit als rechtlos behandelt worden. Womöglich geht nun die kurze Geschichte zu Ende, in denen Staaten auch ihre Feinde dem Recht entsprechend behandeln, und sich, auch deswegen, Rechtsstaaten nannten. Innere Sicherheit wächst damit nicht. Die Garantien des Strafrechts sind keine Garantien mehr, wenn sie



Infrastruktur der Überwachung: Um möglichen Attentätern auf die Spur zu kommen, wird modernste Technik eingesetzt.

Das Gift wirkt

INNERE SICHERHEIT | Demokratien dürfen ihre Prinzipien trotz Terrorgefahren nicht preisgeben – eine Brandrede

gerade dann nicht mehr gelten sollen, wenn es darauf ankommt. Wer nichts zu verbergen hat, der hat nichts zu befürchten: Das ist der erste Hauptsatz der inneren Sicherheit. Mit ihm begründen Politiker in ganz Europa jede neue Maßnahme, jedes neue Gesetz. Von jeder dieser neuen Maßnahmen und jedem dieser neuen Gesetze hängt angeblich die Zukunft der inneren Sicherheit ab: So war und ist es beim biometrischen Personalausweis; bei der zentralen Speicherung von klassischen und digitalisierten Fingerabdrücken; bei der staatlich verordneten Gesichtsvermessung; beim heimlichen Abhören. Wer nichts zu verbergen hat, der hat ja, angeblich, nichts zu befürchten – auch nicht bei der heimlichen Überwachung von Telefonen, nicht bei der Rasterfahndung, nicht bei der Videoüberwachung des öffentlichen Raums, nicht

bei der staatlichen Speicherung von Telefon- und Internetdaten auf Vorrat, wie dies in ganz Europa üblich geworden ist. Auch nicht bei der Abfrage von Kontodaten durch Steuerbehörden, Sicherheitsbehörden und Sozialbehörden, und auch nicht beim Zugriff der Geheimdienste auf private Bankkonten, wie dies in Deutschland zur Terrorabwehr erlaubt worden ist.

Potenziell verdächtig Seit dem 11. September 2001 ist die Politik der westlichen Welt dabei, ihre Rechtsstaaten in Präventionsstaaten umzubauen: Das Recht wird verdünnt, um so angeblich besser mit den globalen Risiken fertig zu werden. Die Berühmungsformel dabei lautet, wie gesagt: Wer nichts zu verbergen hat, der hat nichts zu befürchten – allenfalls, ja nun, dass er, sein Telefon oder sein Konto ab und zu heimlich

„verdachtsunabhängig“ kontrolliert wird, insbesondere, wenn er nicht so aussieht oder sich nicht so verhält, wie sich ein Polizist, ein Grenz- oder Verfassungsschützer einen braven Bürger vorstellen. Es kann auch passieren, dass man ins Schleppnetz einer Fahndung gerät, die im Ungewissen nach Daten und Fakten fischt. Aber solche Kontrollen müsse man, meinen die Politiker, im Interesse von mehr innerer Sicherheit in Kauf nehmen.

Im fürsorglichen Präventionsstaat sind die Grenzen zwischen Unschuldigen und Schuldigen, zwischen Verdächtigen und Unverdächtigen aufgehoben. Bisher hat das Recht hier sehr genau unterschieden, bisher hat es Beweise, konkrete Fakten gefordert, um jemanden verdächtigen zu können. Nun aber gilt jeder Einzelne zunächst einmal als Risikofaktor und muss es sich gefal-

len lassen, dass er – ohne einen konkreten Anlass dafür geliefert zu haben – „zur Sicherheit“ überwacht wird. Wenn sich dann ergibt, dass der so Beobachtete, Registrierte, Belauschte und Geprüfte nicht gefährlich ist, wird er wieder zum Bürger. Bis dahin gilt jeder Einzelne als potenziell verdächtig – so lange, bis sich durch die Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen seine Entlastung ergibt. Bisher war das umgekehrt: Wer keinen Anlass für staatliches Eingreifen gegeben hatte, wurde in Ruhe gelassen. Jeder konnte also durch sein eigenes Verhalten den Staat auf Distanz halten.

Umfassendes Frühwarnsystem Präventive Logik ist expansiv: Wer vorbeugen will, weiß nie genug. Deshalb wird der Staat, im Namen der Sicherheit, immer mehr in Erfahrung bringen wollen – und immer weiter in die Intimsphäre eindringen, um am Tatort zu sein, bevor der Täter da ist; um einzugreifen, bevor aus dem Gedanken die Tat geworden ist, ja schon bevor der Gedanke daran manifest geworden ist; um also Gewalt gar nicht erst aufkommen zu lassen, um sie zu verhindern statt zu bestrafen. Es geht der neuen Politik der inneren Sicherheit vor allem darum, ein Frühwarnsystem, ohne konkreten Anlass und ohne konkreten Anhaltspunkt, solche Mittel (wie das heimliche Abhören oder heimliche Kontrollen) potenziell gegen jedermann zum Einsatz gebracht, die bisher im Strafrecht nur gegen Verdächtige möglich waren. Weit im Vorfeld einer Straftat sollen also geringere Anforderungen an den massiven Grundrechtseingriff gelten als dann, wenn der Täter schon konkret zur Tat angesetzt hat.

Wachsamkeit versprechen Wir reden, wenn es um innere Sicherheit geht, viel vom starken Staat. Wie sieht ein wirklich starker Staat aus? Ein starker Staat ist der Staat, der seine Regeln verteidigt und nach ihnen handelt, nicht der, der sie aufgibt. Stark ist nicht der Staat, der seinen Bürgern mit einem Generalverdacht gegenübertritt und grundsätzlich jedem misstraut. Stark ist der Staat, der weiß, dass die Menschen- und Bürgerrechte noch immer die besten Garanten der inneren Sicherheit sind. Stark ist der Staat, der seine Prinzipien mit kühlem Kopf und mutiger Gelassenheit verteidigt. Dieser Staat muss seinen Bürgern alle Wachsamkeit versprechen – und dieses Versprechen halten. Und er muss seinen Bürgern die Wahrheit sagen, dass er, bei aller Wachsamkeit, Risiken nicht ausschalten kann und den Terrorismus nicht ersticken kann.

Was dürfen die Sicherheitsapparate? Die Sicherheitsapparate eines Polizeistaats dürfen alles, was sie können. Die Sicherheitsapparate eines Rechtsstaats können alles, was sie dürfen. Die Sicherheitsapparate eines Rechtsstaats dürfen und können ziemlich viel, aber das hat eine Grenze. Das galt vor dem 11. September 2001, und das muss auch nachher so sein. Diese Grenze zu zeigen ist Aufgabe der Politik, die Aufgabe der höchsten Gerichte, die Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Und diese Grenze zu befestigen – das ist Prävention. *Heribert Prantl*

Der Autor ist Mitglied der Chefredaktion der „Süddeutschen Zeitung“ und leitet das Ressort Innenpolitik.

Der nächste Anschlag kommt bestimmt

USA Die Bürger haben gelernt, mit der Bedrohung umzugehen. Ein Land zwischen erhöhten Sicherheitsstandards, Populismus und Freiheit

Die USA sind heute ein anderes Land als vor dem Schicksalstag 2001. Die Bürger leben im Gefühl, der nächste Anschlag komme bestimmt; es sei nur eine Frage der Zeit. Aber sie haben gelernt, mit der Bedrohung umzugehen. Wer Regierungsgebäude oder Museen in Washington betreten will, muss Taschen und Rucksäcke für eine Kontrolle öffnen und durch einen Metalldetektor gehen. Ähnliches gilt für die meisten öffentlichen Gebäude in New York und anderen Millionen-Städten. Viele Forschungseinrichtungen sind jetzt durch Metallzäune geschützt.

Früher durfte zum Beispiel jeder das Gelände der National Institutes of Health betreten und befahren. Dort wird unter anderem an gefährlichen Viren geforscht. Besucher haben weiter Zutritt – darunter Patienten aus allen Landesteilen, die an seltenen oder schwerwiegenden Krankheiten leiden und auf Heilung durch neue Therapien hoffen. Sie müssen sich nun aber ausweisen, ihre Autos werden auf Sprengstoff untersucht. Wer in die USA einreist, muss am Flughafen seine Fingerabdrücke und ein Porträtfoto hinterlassen. Wer abfliegt, muss bei der Sicherheitskontrolle die Schuhe ausziehen.

»Live free or die« Andererseits soll man sich die Veränderungen durch 9/11 nicht zu umfassend und schon gar nicht flächendeckend vorstellen. Sie sind vor allem in den Metropolen sichtbar und an Orten, die schon immer einen höheren Sicherheits-

standard hatten wie Flughäfen, Regierungsgebäude und militärische Einrichtungen. Der Großteil Amerikas ist davon nicht betroffen. Fern der Hauptstadt Washington und des Finanzzentrums Manhattan leben die Bürger so unbesorgt wie eh und je. Das Capitol in Concord, der Hauptstadt New Hampshire, kann man weiterhin ohne jede Kontrolle betreten, obwohl das Parlament und der Gouverneur dort ihren Sitz haben.

Der Neuenglandstaat ist generell eine trotzige Bastion der Bürgerfreiheiten. „Live free

or die“, steht als Wahlspruch auf den Autokennzeichen. Auch in Cheyenne, Wyoming, ist man stolz darauf, dass jeder ungehindert Zutritt zum Capitol hat und dass die Tür zum Amtszimmer des Gouverneurs offen steht. Wer nicht nur New York und Washington, Los Angeles und San Francisco besucht, sondern sich in die Weiten der USA aufmacht, nach Montana und North Dakota, nach Iowa und Missouri, nach Arizona und Texas, der wird vom Einfluss des Terrorangriffs vom 11. September auf den Alltag wenig spüren.

Joe Average, der Durchschnittsamerikaner, fühlt sich von der Verschärfung der Sicherheitsgesetze, den erweiterten Abhörmöglichkeiten und der Praxis der Terrorabwehr persönlich nicht sehr stark betroffen. Die meisten der 309 Millionen Einwohner glauben nicht, dass ihre Telefonate und E-Mails überwacht werden. Ihre Namen rutschen nicht versehentlich auf No-Fly-Listen, die sie am Fliegen hindern. Und sie haben keine Angehörigen in Guantanamo.

Robuste Abwehrmaßnahmen Der Rückblick der Amerikaner auf die letzten zehn Jahre ist vergleichsweise milde. Mag sein, dass ihr Land aus heutiger Sicht damals überreagiert hat. Aber unter dem Schock des Anschlags konnte niemand wissen, wie groß die Gefahr war. 9/11 war der erste Angriff auf amerikanisches Territorium seit 60 Jahren – seit dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbor 1941. Das Wichtigste für die Bürger ist, dass seit 2001 kein weiterer Terroranschlag mit unzähligen Toten in den USA gelungen ist. Versuche dazu gab es, doch das Land hatte Glück: etwa in den Weihnachtstagen 2009, als ein Kenianer Sprengstoff in seiner Unterwäsche an Bord eines US-Flugzeugs von Amsterdam nach Detroit schmuggelte. Oder am 1. Mai 2010, als eine am New Yorker Times Square deponierte Autobombe nicht explodierte. Für die Zeit um den Jahrestag 2011 warnen Experten vor Angriffen auf Züge und Ölraffinerien. Deshalb hat eine Mehrheit der Bürger



In die USA einreisende Flugpassagiere müssen ihre Fingerabdrücke abgeben.

wenig dagegen einzuwenden, wenn der Staat zu robusten Abwehrmaßnahmen greift. Ein Teil der Methoden, die Bush eingeführt hatte, erklärten Gerichte später für rechtlich bedenklich. Auch das bereitet den meisten Bürgern wenig Gewissensbisse. Sie sehen darin vielmehr den Beleg, dass ihr System von „Checks and Balances“ funktioniert. Anwaltsverbände und Bürgerrechtsgruppen erzwingen diese Korrekturen.

Die öffentliche Stimmung der Angst vor neuen Anschlügen lebte freilich fort und auch der Populismus der meisten Abgeordneten. Sie stimmten 2006 lieber für ein neues Gesetz zum Umgang mit Terrorverdächtigen, das immer noch eine Reihe fragwürdiger Bestimmungen enthielt, als sich dem Vorwurf auszusetzen, sie seien „zu weich“ und „zu liberal“ bei der Terrorabwehr. Bei dieser Feigheit der Parlamentarier vor den Bürgern ist es bis heute geblieben. Sie ist das Haupthindernis für Präsident Obamas Pläne, Guantanamo zu schließen. Der Kongress legte ihm immer neue Hindernisse in den Weg – und zwar nicht erst, seit die Republikaner im November 2010 die Mehrheit zurück erobert haben. Auch in den Jahren 2006 bis 2010, in denen die Demokraten das Parlament dominierten, hatten die Versuche, Amerika von den überzogenen Reaktionen auf 9/11 zu befreien, wenig Erfolg. *Christoph von Marshall*

Der Autor ist USA-Korrespondent der Zeitung „Der Tagesspiegel“.



Mit taktischem Geschick den Gegner schlagen: Nach 9/11 trieb die deutsche Politik mit dem Bundeskriminalamt (BKA), dem Bundesnachrichtendienst (BND) und dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) den Umbau der Sicherheitsarchitektur voran.

Alles andere als »Stasi 2.0«

INNERE SICHERHEIT II Nach 9/11 hat der deutsche Rechtsstaat seine Prüfung bestanden – eine Würdigung besonnener Politik

Der 11. September 2001 hat auch Deutschland hart getroffen. Denn es stellte sich heraus, dass mehrere der Terrorflieger lange in der Bundesrepublik gelebt hatten, darunter der Kopf der Bande, Mohammed Atta. Die „Hamburger Zelle“ war eine wichtige Zwischenetappe auf dem Weg zu den Anschlägen. Das nicht erkannt zu haben, war ein Versagen der Terrorabwehr. Auch deutsche Sicherheitsbehörden tragen eine Mitverantwortung. Der damalige Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) musste erkennen, dass die zersplitterte deutsche Zuständigkeitslandschaft und eine missbrauchte Verständniskultur für Mitglieder obskurer „Befreiungsbewegungen“ und für religiöse Extremisten, etwa die Kölner Kalifatsstaat-Bewegung, die 9/11-Gruppe begünstigt hatten. Die nach 2002 vom Bundestag verabschiedeten Gesetze waren eine unmittelbare Reaktion auf die Anschläge. Sie schärfen die Waffen des Strafgesetzbuches und förderten eine engere Kooperation der deutschen Sicherheitsbehörden. Seitdem erst können etwa Mitglieder ausländischer Terrorvereinigungen hierzulande belangt werden, dürfen Ausländerbehörden ausländischen Extremisten den Aufenthalt verweigern, genießen religiös getarnte Unterstützernetze des Terrors keinen besonderen Schutz mehr.

Von einer Hochrüstung der Sicherheitsbehörden kann kaum die Rede sein.

er sicherten ihnen ab 2002 die Mittel für den Ausbau der technischen Ausstattung. Die Etats von BKA, BfV und Bundespolizei sind seither um etwa ein Drittel gestiegen. Dabei ist ein Etat-Zuwachs um 3,3 Prozent pro Jahr beachtlich, aber gering im Vergleich zu den horrenden Anstiegen in Amerika. Mit dem Bundesamt für Bevölkerungs-



Hubschrauber der Bundespolizei

schutz und Katastrophenhilfe (BBK) wurde 2004 eine zentrale Behörde zur Katastrophenabwehr gegründet, die auch der Terrorgefahr Rechnung trägt. Auch das neu eingerichtete Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BIS) erfüllt zunehmend Aufgaben der Terrorabwehr. Zwei personalstarke Organisationen erleben besonders starke Veränderungen: Der bisherige Bundesgrenzschutz wurde zur Bundespolizei und erhielt eine grundlegend verbesserte technische und mobile Ausstattung. Und die Bundeswehr verwandelte sich in eine „Armee im Einsatz“. Der Umbau ging vollständig zu Lasten des früheren Territorialheeres. Anders als in Amerika wurden hierzulande den Streitkräften kaum zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt und die Bundeswehr seither in eine Art Dauerbaustelle verwandelt.

Nicht überstürzt Im Inland zogen Nachrichtendienst und Polizei rasch eine wichtige Konsequenz aus dem 9/11-Desaster ihrer amerikanischen Partnerbehörden. Dort hatten dramatische Arroganz und Ressortegoismus von CIA und FBI verhindert, dass die bekannten Einzelteilchen der Anschlagpläne zueinander kamen. Die Erkenntnis, dass jeder etwas weiß, was getrennt wenig, zusammgelegt aber alles bedeuten kann, führte 2004 zur Gründung des „Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums“ (GTAZ). Dabei dauerte es nach 9/11 drei Jahre, ehe es Schily gelang, Polizisten und Nachrichtendienstler aus 16 deutschen Ländern und dem Bund unter ein Dach zu bringen. Nach Anfangsschwierigkeiten gilt das GTAZ heute als klügster Einfall des Ministers und seiner Mitarbeiter. Auch das GIZ, das gemeinsame Internetzentrum, arbeitet nun mit daran, bundesweit terroristische Bedrohungen aus dem Internet – Aufrufe zu Anschlägen, radikalisierte Videos, Informationen aus Chats und Blogs beispielsweise – zu sammeln.

Andere Vorschläge wie etwa ein Luftsicherheitsgesetz mit der Genehmigung zum Abschuss von Passagierflugzeugen gingen weiter, als das Bundesverfassungsgericht dulden mochte. Ähnlich erging es der Exekutive mit Versuchen, die stetig steigenden Datenmengen nach verwertbaren Bits zu durchsuchen. Man kann aber nicht behaupten, Deutschland habe überstürzt auf 9/11 reagiert. So vergingen sechs Jahre, ehe sich die große Koalition 2007 auf eine Anti-Terror-Datei einigte, die Wissen von mehr als 35 Behörden über Gefährder und Terrorrelevante Personen sammelt. Noch länger dauerte es, bis der parlamentarische Kampf um eine Neuaufstellung des BKA beendet war: Das entsprechende Gesetz ist seit 2009 in Kraft. Von einer Hochrüstung der Sicherheitsbehörden kann kaum die Rede sein,

bedenkt man, dass die Kapazitäten nicht einmal ausreichen, um etwa 130 islamistische Top-Gefährder in Deutschland konsequent zu beobachten. 2001 arbeiteten beim BKA 4.500 Beamte, 2008 waren es 4.800. Ähnlich groß war der Zuwachs beim BfV. Der BND musste zuletzt sogar Personal abbauen. Verändert haben sich die Aufgabenverteilungen. So arbeiten beim Verfassungsschutz heute etwa die Hälfte der etwa 5.200 Mitarbeiter im Bereich „Islamistischer Terrorismus“.

Was die Ausrüstung der Polizei betrifft, kann man daran erinnern, dass der Digitalfunk für Polizei und Rettungskräfte in Europa praktisch überall eingeführt ist, bloß nicht in Deutschland. Seit Anfang des

Jahrtausends geplant, zur Fußball WM 2006 versprochen und bis heute nicht flächendeckend etabliert, ist das Milliardenprojekt ein Beispiel für Ausrüstungsdefizite im Sicherheitsbereich, nicht für Hochrüstung. Ähnlich verhält es sich mit uralten Fahndungsmitteln wie der nachrichtendienstlichen Datei „Nadis“, deren Modernisierung 2008 gestoppt wurde, weil trotz immenser Investitionen keine brauchbare Software geliefert wurde. Lückenhaft sind die Abwehrmauern etwa bei der Luftfracht, die bis 2010 unkontrolliert an Bord der Flugzeuge ging. Nicht viel besser dürfte die Lage in den Seehäfen sein.

Nach „Stasi 2.0“ klingt das nicht. Vielmehr haben Politik und Sicherheitsbehörden seit

2001 überwiegend besonnen gehandelt. Manche Vorschläge wie etwa zur präventiven Internierung von Gefährderten haben die Diskussion nicht bereichert. Auf der anderen Seite waren Verdächtigungen giftig, wie die, das Innenministerium plane eine „geheime Staatspolizei“. Die rasche und in der Regel parteiübergreifende Ablehnung solcher Initiativen und Unterstellungen bewies aber auch, dass die freiheitlich-demokratischen Koordinaten sich nicht wesentlich verschoben haben. Der deutsche Rechtsstaat hat nach 9/11 seine Prüfung bestanden.

Peter Carstens

Der Autor ist innenpolitischer Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Die Sicherheit des Parlaments

BUNDESTAG Neues Besucher- und Informationszentrum geplant

Droht tatsächlich ein Anschlag islamistischer Terroristen? Das fragten sich viele Menschen im Spätherbst vergangenen Jahres nach der Warnung von Thomas de Maizière (CDU), dem damaligen Innenminister. Plötzlich war sie wieder ganz aktuell: Die Angst vor einem terroristischen Anschlag. Es herrschte Alarmbereitschaft auf Straßen, Bahnhöfen und Flugplätzen. Polizisten mit Maschinenpistolen patrouillierten rund um die Uhr. Der Reichstag galt als besonders gefährdetes Gebäude. Mehr als 8.000 Besucher jeden Tag steigen dem Parlament „auf Dach“; rund drei Millionen Besucher sind es jedes Jahr. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtete wenige Tage nach der Warnung des Innenministers über Terroristen, die angeblich den Reichstag stürmen wollten. Ende November wurden Kuppel und Dachterrasse für Besucher schließlich komplett gesperrt. Schilder in vier Sprachen kündeten damals von diesem Schritt.

einer Lösung, die garantiert, dass die notwendigen Sicherheitskontrollen in ausreichendem Abstand zum Parlament selbst vorgenommen werden. Die Besucherkontrolle findet derzeit in provisorischen Bauten auf der Westseite des Reichstagsgebäudes statt. Ende Juni beauftragte der Ältestenrat die Bundestagsverwaltung mit den Vorplanungen für ein dauerhaftes Besucher- und Informationszentrum. Geprüft werden sollen Funktionen und Raumbedarf eines solchen Zentrums und schließlich auch die weiteren Schritte bis hin zu einem Architektenwettbewerb. Auch Berlins Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer (SPD), hat mittlerweile die Ampel auf Grün gestellt. Die Stadt ist demnach bereit, auf einen zunächst favorisierten Interimsbau zu verzichten und gemeinsam eine dauerhafte Lösung zu finden. An welchem Standort der Neubau errichtet werden könnte, steht noch

nicht fest. Ein Sprecher der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sprach sich gegen einen Bau auf der Westseite aus, um den Blick auf den Reichstag nicht zu stören. Das Land Berlin favorisierte eine „unterirdische Lösung“.

Weniger Hausausweise Eine andere sicherheitsrelevante Entscheidung wurde im Frühjahr getroffen. Der Geschäftsordnungsausschuss nahm Ende Mai die von den Sicherheitsbeauftragten der Fraktionen vorgeschlagene Verschärfung der Regeln für die Vergabe von Hausausweisen zustimmend zur Kenntnis. Hausausweise für Interessenten aus Wirtschaft und Gesellschaft müssen nunmehr von den Sicherheitsbeauftragten der Fraktionen (Parlamentarische Geschäftsführer) gewährt werden. Bisher konnte man einen solchen Ausweis erhalten, wenn fünf Abgeordnete schriftlich zustimmten.

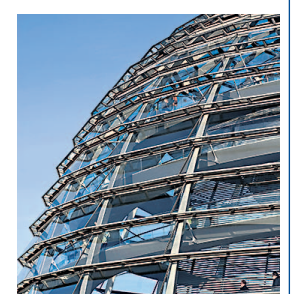
Bernard Bode

STICHWORT

REICHSTAGSKUPPEL – der Weg für die Bürger

> Anmeldung Ohne Anmeldung können Reichstagskuppel und Dachterrasse nicht besichtigt werden. Interessierte müssen sich spätestens zwei Werktagen vor dem Wunschtermin beim Besucherdienst mit Name, Vorname und Geburtsdatum anmelden – per Fax (030/22736436), im Internet unter www.bundestag.de/besuche oder per Post.

> Öffnungszeiten Die Kuppel ist täglich von 8 bis 24 Uhr geöffnet, letzter Einlass ist um 23 Uhr. Jede Viertelstunde werden bis zu 25 Besucher eingelassen.



Abgeordnete
und Integration

Werben für das Grundgesetz

INTEGRATION Eine populistische Islam-Debatte verstellt den Blick auf die Defizite

BUNDESTAG „Die Integration in Deutschland gewinnt an Fahrt.“ Das sagte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), bei der Übergabe des achten Berichts über die Lage der Ausländer in Deutschland im vergangenen Jahr. Doch die nicht verstummende Diskussion um das Buch von Thilo Sarrazin zeigt: Das Thema birgt nach wie vor Brisanz in sich. Ist „Multi-Kulti“ gescheitert? Breiten sich in deutschen Metropolen Parallelgesellschaften aus? Müssen unsere sozialen Sicherungssysteme vor einer ungebremsten Zuwanderung geschützt werden? Auch bei den Fraktionen wird das Thema Integration und Migration diskutiert. Wir haben die integrationspolitischen Sprecher im Bundestag gebeten, ihre Gedanken dazu darzustellen. *hau |*

»Sprache ist der Schlüssel«



MICHAEL FRIESER (CDU/CSU) Meine Aufgabe als Integrationsbeauftragter der Unionsfraktion sehe ich vor allem in zwei Punkten: Zum einen müssen wir unsere Integrationsbemühungen stärker an ihrer Praxistauglichkeit messen. Zum anderen möchte ich werben, dass gerade wir in der Union noch stärker auf die Migranten zugehen und Integration als genuin konservatives Thema begreifen. Es muss unsere Aufgabe in der Union sein, Migranten bei einer schnellen und nachhaltigen Integration zu fördern und zu fordern, damit sich unser Land nicht in eine Reihe von Parallelgesellschaften aufspaltet. Sprache ist hier der Schlüssel. Nur durch das Erlernen der deutschen Sprache können Migranten Zugang zu unserer Lebensweise, aber auch ganz konkret zu Behörden und Nachbarn finden. Die Integration von Migranten ist eine gesellschaftspolitische Querschnittsaufgabe, die nur von allen Menschen gemeinsam geleistet werden kann. Wir wollen Integration, ohne die Wurzeln zu kappen. Wir sagen ja zur Förderung der Integration, aber wir fordern sie auch. Wir müssen gleichberechtigt daran arbeiten, mit den Zuwanderern und ihren Organisationen grundsätzliche Fragen lösungsorientiert und ohne verschämte Verklammerungen zu diskutieren. Dazu zählt die Teilhabe von Mädchen und Frauen ebenso wie das innere Bekenntnis zu unserer Verfassung und Werteordnung. Bei den Diskussionen um Integration müssen wir davon wegkommen, immer nur über den Islam zu sprechen. Spätaussiedler wie die Russlanddeutschen sind ebenfalls eine bedeutende Gruppe, mit denen wir uns ebenso intensiv beschäftigen müssen. *|*



Bürger Deutschlands zu sein schließt eine muslimische Identität nicht aus: eine junge Muslima bei der Frauen-Fußball-Weltmeisterschaft 2011

»Integration geht uns alle an«



RÜDIGER VEIT (SPD) Wir möchten, dass alle Menschen gleiche Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft haben. Wo dies verwirklicht wird, ist Integration gelungen. Dabei halten wir uns an folgende Grundsätze: Erstens bedeutet Integration Zugehörigkeit. Migranteninnen und Migranten sollen sich ebenso wie Deutschstämmige mit einer vielfältigen Gesellschaft identifizieren können. Zweitens bestehen Hindernisse auf dem Weg zu gleichberechtigter Teilhabe oft nicht nur aufgrund der Herkunft, sondern ebenso aufgrund sozialer Benachteiligung. Deshalb gilt es, auch die soziale Situation in den Blick zu nehmen. Drittens ist Integration ein wechselseitiger Prozess. Wer hier leben möchte, soll sich einbringen. Auf der anderen Seite ist die Mehrheitsgesellschaft genauso gefordert, sich zu öffnen. Integration geht uns alle an! Viertens ist uns klar, dass gesellschaftliche Veränderungen nicht ohne Probleme vonstatten gehen. Aber wir lassen nicht zu, dass das Verhalten Einzelner als schlechtes Beispiel benutzt wird, um die Mehrheit der Migranten und Migranten zu diffamieren. Wir bekennen uns zu einer vielfältigen Gesellschaft. Wir wollen Konflikte lösen statt Vorurteile befördern. Deshalb setzen wir uns für eine weitere Verbesserung der Integrationskurse, Bleiberechtsperspektiven für langjährig Geduldete, das kommunale Ausländerwahlrecht und die Möglichkeit doppelter Staatsbürgerschaft, insbesondere für hier geborene Kinder, sowie für eine Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik ein, die allen die gleichen Chancen eröffnet. *|*

Die andauernde Debatte um muslimische Migranten beschäftigt sich kaum mit Inhalten. Sie ist vielmehr Projektionsfläche eines zutiefst ideologisierten Grabenkampfes und zelebriert das Unvermögen der politischen Elite, echte Konzepte und Visionen der Teilhabe und Beteiligung zu entwickeln. Es geht darum, Ängste und Befürchtungen, die in allen gesellschaftlichen Gruppen existieren, ernst zu nehmen und in politische Konzeptionen umzusetzen. Nur dann funktioniert die Inklusion von Menschen mit Migrationshintergrund. Wohin solche Ängste im extremsten Fall führen können, wenn sie zu politischen Wahnvorstellungen werden, zeigen zuletzt auf schreckliche Weise die Anschläge in Norwegen, mit denen der Attentäter Anders Behring Breivik explizit ein Fanal gegen die multikulturelle Gesellschaft setzen wollte.

Fehlende Debatte In der Bundesrepublik hat mittlerweile etwa jeder fünfte Einwohner ausländische Wurzeln. Aus integrationspolitischer Perspektive ist diese Verschiebung der gesellschaftlichen Zusammensetzung Herausforderung und Chance zugleich. Nach den verheerenden Folgen des nationalsozialistischen Rassensystems führte indes die damit verbundene gesellschaftliche und vor allem moralische Krise der Deutschen dazu, dass legitime deutsche Interessen in der Diskussion um Migration zurückgestellt wurden. Das Fehlen dieser Debatte sorgt dafür, dass ein wichtiger Teil der deutschen Gesellschaft den Nutzen der interkulturellen Öffnung Deutschlands nicht nachvollziehen kann. Bereitwillig liefert man auf diese Weise nationalistischen Kreisen Argumente und gibt ihnen die Möglichkeit, die Hoheit über Begriffe und Symbole der Nation zu entern.

Damit wurde der Diskurs ideologisiert und ausschließlich den politischen Eliten überlassen. Ein gesellschaftlicher Konsens damit nicht produziert werden. Migranten und Migration werden nur noch entlang ideologischer Dispute thematisiert. Populistische Thesen polarisieren diesen Diskurs und verhindern jegliche rationale Auseinandersetzung mit einem der wichtigsten Zukunftsthemen der Bundesrepublik – und begünstigen so nicht nur Abwehrreflexe der aufstrebenden Gesellschaft, sondern auch Defizite bei der Integrationsfähigkeit und -bereitschaft auf Migrantenseite. So ist jenseits der „Bauchempirie“ feststellbar, dass strukturelle integrationspolitische Problemfelder brach liegen. Insbesondere eher nicht ausschließlich – im bildungspolitischen Bereich lassen sich kolossale Lücken beobachten. Die Desintegration vieler Migranten zeigt sich am deutlichsten im schulischen Bereich der Jugend. Ein Großteil hat keinen oder einen schlechten Hauptschulabschluss und wenig Chancen für eine Berufsausbildung. Die Gründe sind vielfältig, aber die langfristigen Folgen schon heute voraussehbar. Migrantenkinder mit schlechter Schulbildung rutschen in die Arbeitslosigkeit und sind mit dem sozialen Abstieg konfrontiert. Den Betroffenen ist ihre prekäre Lage bewusst; sie wissen, dass sie die Verlierer der Gesellschaft sind. Entsprechend verhalten sie sich und entwickeln gegenkulturelle Kategorien und Konfliktlösungsmechanismen. Dabei machen viele muslimische Jugendliche die Elterngeneration für ihre Situation verantwortlich. Hinzu kommt, dass sie ihre Lebenssituation aufgrund der empfundenen Diskriminierung und Ablehnung seitens der deutschen Mehrheitsgesellschaft als perspektiv- und chancenlos bewerten. Bei diesen Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat sich ein Gefühl kollektiver

Frustration und Wut durchgesetzt. Radikale Gruppen profitieren von dieser Sinnkrise. Den Betroffenen verheißt sie die Möglichkeit, die eigene Identität zu finden und sich in eine soziale Gruppe einzuliefern, die ihnen eine feste Rolle zuordnet, in der sie sich einbringen können. Der islamische Radikalismus instrumentalisiert als Exklusivideologie in diesem Zusammenhang die fehlende soziale, kulturelle und wirtschaftliche Integration muslimischer Jugendlicher. Gleichzeitig vermittelt er ihnen innerhalb der „wahren“ muslimischen Gemeinde soziale Geborgenheit und die vermehrte Wertschätzung, die sie wieder von den Eltern noch von der Gesellschaft erhalten. Denn in beiden Bereichen werden sie eher als „Problem“ debattiert. Damit kann man die schnell wachsende Salafismusbewegung in Deutschland erklären. Salafisten verstehen sich als eine Erneuerungsbewegung mit dem Ziel, den Ur-Islam und seine damaligen Kulturzustände wiederherzustellen; sie lehnen es ab, die Aussa-

gen des Islam den zeitlichen Umständen anzupassen. Ihre dualistische Interpretation der Welt als Kampf zwischen Glaube und Unglaube verstärkt ihre Distanz zur Gesellschaft. Die Religion ist dabei die deutlichste Trennungslinie. Es herrscht ein Szenario des Rückzugs, der Identitätssuche, des Beharrens und der Angst. Auch das kann in extremistische Gewalt münden.

Entfaltungsoptionen Sowohl die staatlichen Entscheidungsträger als auch die Vertreterorganisationen der islamischen Gemeinden in Deutschland scheinen mit der Situation überfordert zu sein. Der Ausweg liegt in der Gleichzeitigkeit einer vehementen Bekämpfung antideokratischer Ideologien und der Gewinnung von Menschen für die zivilisatorischen Errungenschaften des Grundgesetzes. Muslime und Nicht-Muslime müssen erkennen können, dass die freiheitlich-liberale Grundordnung der Bundesrepublik durchaus Entfaltungsoptionen bietet – auch für religiöse Gedanken. Werden Muslime entlang verfassungsrechtlicher Prinzipien als „gleichwertige“ Bürger anerkannt und die politische Kultur des „Bürgers“ im Sinne des für das Gemeinwesen verantwortlichen Citizen gesamtgesellschaftlich durchgesetzt, so wird den Populisten der Hoheitsanspruch über Begriffe der Religion streitig gemacht; andererseits stünde ein Verfassungspatriotismus einer islamischen Identität nicht im Wege. Die Bringschuld der Muslime beinhaltet dabei die Anerkennung der Tatsache, dass eine islamische Identität, die auf bloße Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft abzielt, auf Dauer zu schwach sein wird und den folgenden Generationen eher schaden wird. Vielmehr sollten sie sich auf einen Dialog einlassen, der einen zivilisierten Rahmen für Uneinigkeit beinhalten muss und nicht durch den Geist von Toleranz allein begründet werden darf. *Marwan Abou Taam |*

> KOMPAKT

- > **Migrationshintergrund** Mehr als 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund lebten nach Angaben des Statistischen Bundesamts 2009 in Deutschland.
- > **Bevölkerungsanteil** Bei einer Gesamtbevölkerung von mehr als 82 Millionen Bürgern stellen Migranten fast 20 Prozent. Dabei machen die 7,2 Millionen Ausländer rund 9 Prozent der Bevölkerung aus und die 8,5 Millionen Deutsche mit Migrationshintergrund mehr als 10 Prozent.
- > **Herkunft** Gut drei Millionen Menschen in Deutschland haben einen türkischen Hintergrund. Der Anzahl der Menschen, die ihre Wurzeln in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion haben, liegt bei 2,9 Millionen.

»Missstände klar benennen«

SERKAN TÖREN (FDP) Politische Debatten und Programme zum Thema richten sich oftmals an zwei Polen aus. Häufig wird „der Migrant“ als potenzielle Belastung für unsere sozialen Sicherungssysteme oder gar als Gefahr für die innere Sicherheit dargestellt. Andere sehen Migranten als Förderobjekt, das stets besonderer Hilfestellungen bedarf. Ich halte beide Herangehensweisen für falsch. Wir wissen um die sehr verschiedenen Lebenslagen der Migranten. Liberalismus gründet sich nicht auf Gruppenrechte. Mitglieder von Migrantengruppen verdienen es, als Individuen gleich behandelt zu werden, nicht als Mitglieder von kulturellen Gemeinschaften. Wir müssen uns auf das konzentrieren, was einer kann und erreichen möchte, und nicht auf Herkunft oder Glaube. Die FDP hat Missstände stets klar benannt sowie Grenzen formuliert. So beim Thema Zwangsheirat oder Missbrauch von Transferleistungen, was einer kann und erreichen möchte, und nicht auf Herkunft oder Glaube. Die FDP hat Missstände stets klar benannt sowie Grenzen formuliert. So beim Thema Zwangsheirat oder Missbrauch von Transferleistungen, was einer kann und erreichen möchte, und nicht auf Herkunft oder Glaube. Die FDP hat Missstände stets klar benannt sowie Grenzen formuliert. So beim Thema Zwangsheirat oder Missbrauch von Transferleistungen, was einer kann und erreichen möchte, und nicht auf Herkunft oder Glaube. Die FDP hat Missstände stets klar benannt sowie Grenzen formuliert. *|*



»Eine soziale Frage«

SEVIM DAGDELEN (Die Linke) Die Wissenschaft ist sich weitgehend einig: Die Probleme der Mehrheit der Migranteninnen und Migranten haben soziale Ursachen und liegen nicht an deren Herkunft, Religionszugehörigkeit, Sprache oder Hautfarbe. So sieht es auch Die Linke: Integration ist eine soziale Frage. Deshalb ist beim Thema Integration die Verbesserung der Lebenssituation gefragt und keine ethnisierenden oder kulturalisierenden Vorwürfe, die nur Vorurteile bestärken und das gesellschaftliche Klima vergiften. Eine gebührenfreie Bildung von der Krippe über Ausbildung und Studium bis zur Weiterbildung und eine Gemeinschaftsschule statt des mehrgliedrigen Schulsystems, eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage, ein gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro und das Verbot der Leiharbeit statt prekäre Arbeitsverhältnisse, eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 500 Euro statt Hartz IV, die leichtere Einbürgerung, eine solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege statt Drei-Klassen-Medizin, eine solidarische Mindestrente statt Altersarmut und ein Rechtsanspruch auf die Anerkennung vom im Ausland erworbenen Abschlüssen wären Schritte, um auch für Migranten die soziale und rechtliche Teilhabe zu ermöglichen. *|*



»Interkulturelle Kompetenz«

MEMET KILIC (Bündnis 90/Die Grünen) Die Integrationsdebatte findet dauerhaft statt. Dafür brauchen wir keine Populisten wie Herrn Sarrazin. Diese Personen sollte klar sein, dass es seit dem Zweiten Weltkrieg gesellschaftlicher Konsens ist, dass physiognomische und ethnische Merkmale nicht zu Vorurteilen gemacht werden dürfen. Unter den Vernünftigen herrscht Einigkeit, dass die Integration nicht gelingt, wenn sie unter Androhung von Sanktionen befohlen wird. An ihnen fehlt es nicht – die Ausländergesetzgebung ist voll davon. Entscheidend ist die Integrationsförderung mit guten Rahmenbedingungen. Erkenntnisse, wie die Ergebnisse der Zuwanderungskommission, sind vorhanden und die entsprechenden Debatten werden und wurden geführt. Wir brauchen eine Umsetzung von effektiven Integrationsmaßnahmen, wie etwa die Einrichtung eines Ministeriums für Einwanderung und Integration, um das Thema ernsthaft in allen Dimensionen bearbeiten zu können. Wir brauchen die Stärkung der frühkindlichen Bildung, um Sprachdefizite frühzeitig begegnen zu können. Wir brauchen ein Schulsystem, welches nicht ausgrenzt; eine interkulturelle Kompetenz im öffentlichen Dienst und das Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger. *|*



Der Autor ist Islam- und Politikwissenschaftler und arbeitet beim Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz.

Und nebenan der Islam

BERLIN Vorurteile und Angst führten zu wütenden Protesten beim Bau einer Moschee. Heute hat man sich aneinander gewöhnt

Könnte die Khadija-Moschee doch reden. Vielleicht würde sie dann von den Protestplakaten berichten, die ihre wegen hochgehalten wurden. Von der Wut, die ihr begegnet ist. Und davon, wie sie einen Ortsteil zerrissen hat. In die Versöhnlichen und die Wütenden. In Muslime und Christen. In Die-sollen-weg und Die-können-bleiben. Doch die Moschee schweigt. Vor fünf Jahren war das rund 4.800 Quadratmeter große Grundstück im Berliner Stadtteil Heinersdorf Gegenstand erbitterten Streits. Der Bezirk Pankow hatte der Ahmadiyya Muslim Gemeinde erlaubt, dort ihre Moschee zu bauen. Anwohner wehrten sich mit Vehemenz. Gleichzeitig versuchten rechtsextreme Gruppierungen, die Proteste zu nutzen. Eine erste Informationsveranstaltung eskalierte derart, dass der Imam unter Polizeischutz den Saal verlassen musste.

Seitdem ist in Deutschland viel passiert: Thilo Sarrazin hat mit seinen Thesen zu Migration und Integration für einen erbitterten Streit in Politik und Gesellschaft gestört. Bundespräsident Christian Wulff erklärte, der Islam gehöre zu Deutschland.

Heute, fast drei Jahre nach ihrer Eröffnung, gehört die Moschee zu Heinersdorf – ungeachtet aller Proteste. Eher schüchtern als trotzig reckt sich das Minarett in die Höhe, mit seinen 13 Metern überträgt es die Kuppel nur knapp. Das Licht aus den Gebetsäulen erhellt am Abend den Parkplatz und strahlt bis auf die Straße. Menschen eilen in den Gebetsaal. Über die Moschee donnern Flugzeuge im Anflug auf Berlin-Tegel, drinnen ist es Zeit für das Abendgebet. Doch: Keiner ruft lautstark zum Gebet. Niemand versucht, die Anwohner zu missionieren. Der Wert der Grundstücke ist nicht gesunken. Die Befürchtungen der Anwohner haben sich nicht bewahrheitet.

Wenige Ausländer „Die meisten kannten nur das negativ besetzte Bild aus den Medien“, sagt Sandra Caspers. Die 41-Jährige lebt wenige Minuten Fußweg von der Moschee entfernt. Sie ist Gründungsmitglied der Aktionsgemeinschaft „Heinersdorf öffnet dich“ und Vorsitzende der „Zukunftswerkstatt Heinersdorf“, die sich aus der spontan gegründeten Aktionsgemeinschaft entwickelt hat. Spontan, weil sie eine Reaktion war auf den fremdenfeindlichen Unterton und den offenen Hass in der Diskussion um die Moschee. Die Gemeinde sei „frauenfeindlich, demokratiefeindlich und antisemitisch“, propa-

gierte etwa die Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger (ipahb), die sich ebenfalls als Reaktion auf die Moschee gegründet hat. Mit rechtsradikalen Gruppierungen – wie der NPD, die sich gegen den Bau der Moschee stark machte – wollen sie nichts zu tun haben. Die Absicht der Ahmadiyya, die kulturelle Nähe zu anderen zu suchen, nannten die Bürger „aggressive Missionierung und rücksichtslose Landnahme“. Auch Caspers sagt: „Ich war nicht begeistert vom Moscheebau.“ Jedoch sei es darum gegangen, einen anderen Ton anzuschlagen – einen toleranteren, gastfreundlicheren. Der Moscheebau verstoße nicht gegen deutsches Recht, heißt es auf der Homepage der Aktionsgemeinschaft. Daher dürften Vorbehalte und Befürchtungen nicht zur Grundlage politischer Entscheidungen gemacht werden. Heinersdorf ist die Vorstadt in der Großstadt. Die Einfamilienhäuser sind von Zäunen umgeben, Kletterpflanzen winden sich an den Häusern hoch. Auf den Straßen liegt Kopfsteinpflaster. Dort, wo die Stadt aufhört und die Autobahn anfängt, wo sich Fastfood-Restaurants, Textil-Discounter und Tankstellen aneinanderreihen, ist es nicht das hippe Berlin, das schillende Berlin, das Multikulti-Berlin.

»Seit dem 11. September glauben viele, alle Moslems seien Terroristen.«

Imam Tariq

Der Bezirk Pankow, zu dem Heinersdorf gehört, hat mit 6,8 Prozent einen relativ niedrigen Ausländeranteil. Zum Vergleich: Im Berliner Bezirk Mitte lag der Anteil Anfang 2011 bei 27,4 Prozent. Die Heinersdorfer dagegen hatten bis zum Mo-

scheebau wenig Berührung mit Muslimen. Etwa 250 Mitglieder umfasst die Ahmadiyya Muslim Gemeinde in Berlin, die meisten kommen aus Pakistan. Unter ihnen der Imam, Abdul Basit Tariq. Seine Ansprachen hält er zuerst auf Deutsch, bevor er sie ins Pakistanische übersetzt. Nicht alle in seiner Gemeinde sprechen fließend Deutsch. Imam Tariq ist 63 Jahre alt, seit rund 30 Jahren lebt er in Deutschland. Die Möbel in seinem Wohnzimmer sind hell, einladend. Neben dem Fernsehgerät steht die Nachbildung eines Minarets, daneben ein Modell vom Brandenburger Tor. Imam Tariq zapft von Peace TV Urdu zum Berliner Regional-sender. „Ich lebe gerne in Berlin“, sagt er. „Die Stadt ist so bunt und liberal.“ Anschließend eilt er über den Vorplatz der Moschee zum Gebet. Sein Wohnhaus liegt auf demselben Grundstück.

Imam Tariq ist ein gemütlicher Mann, der seine Stimme nicht heben muss, um sich Gehör zu verschaffen. Seine Ansprachen hält er im Gebetsaal der Männer, per Lautsprecher werden sie in den ersten Stock zu den Frauen übertragen. Diese sitzen unter



Das Licht der Moschee im Berliner Stadtteil Heinersdorf erhellt den Vorplatz. Rechts: Protestplakate gegen den Bau von Moscheen

der Kuppel, teils auf dem Boden, teils auf Stühlen. Ihr Blick ist gen Osten gerichtet. Die Kopftücher sind gelb-pink, rot-orange, hellblau-mintgrün, schwarz. Der Islam habe einen schlechten Ruf, sagt Imam Tariq. „Seit dem 11. September glauben viele, alle Moslems seien Terroristen.“ Die Folge sind diffuse Ängste. Dabei, betont er, bedeute der Islam Frieden. Terroristen seien politisch motivierte Verrückte, die mit dem Islam nichts zu tun hätten. Der Verfassungsschutz stuft die Ahmadiyya-Gemeinde als unbedenklich ein, ihr weltweites Motto lautet: „Liebe für alle, Hass für keinen.“

Kulturelle Grenzen Doch ist es so ein Problem mit der Liebe: Drei Wochen vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus hängen auffallend viele Plakate der Partei „Pro Deutschland“ in der Nähe der Moschee. Sie zeigen ein Gebäude mit Kuppel und zwei Minaretten, knallrot durchgestrichen. Die Plakate seien Symbol dafür, dass

die Muslime es noch nicht geschafft hätten, über ihre Religion aufzuklären, sagt Imam Tariq. „Wir müssen mehr dafür tun.“ Die Bemühungen sind da: Viele Nachbarn sind zur Moschee-Eröffnung im Herbst 2008 gekommen, zwischen 8.000 und 14.000 interessierte Nicht-Muslime haben sich seither das Gotteshaus angeschaut – Politiker, Studenten, Schüler, Theologen. Die Frauen der Moschee haben auf dem Heinersdorfer Dorffest Hennabemalung angeboten, zweimal haben sie mit den Frauen der „Zukunftswerkstatt Heinersdorf“ gekocht – pakistänisch und deutsch. Es waren schöne Veranstaltungen, findet Caspers. Problematisch sei jedoch, dass man sich nicht mit Männern und Frauen zusammen treffen dürfe. Gemeinsames Essen ist den Mitgliedern der Ahmadiyya-Gemeinde untersagt, Ausnahmen ausgeschlossen – zum Schutz der Frauen, wie Imam Tariq betont. Von fremden Männern könne Gefahr ausgehen. Die Ahmadiyya-Gemein-



de gilt als sehr konservativ. „Die strengen Restriktionen erschweren die Vertiefung der Beziehungen“, sagt Caspers. Der Austausch an sich sei nett, gehe jedoch nicht darüber hinaus. Auch mit Vertretern der ipahb hat sich Imam Tariq getroffen – ergebnislos. Beide Seiten sind sich fremd geblieben.

Leben und leben lassen Was also bleibt unterm Strich? Der Keil in der Nachbarschaft sitzt tief: Manch einer wechselt die Straßenseite, wenn Caspers ihm entgegen kommt. „Moscheegegner“, weiß sie dann. Die „Zukunftswerkstatt Heinersdorf“ bietet mittlerweile Sportkurse an und hat im März ein Nachbarschaftshaus eröffnet. Die Moschee hat den Ortssinn gestärkt. „Wir machen weiter“, betont auch die ipahb auf ihrer Homepage und kündigt Mitgliederversammlungen an. Jedoch: E-Mails an die Interessengemeinschaft können nicht zugestellt werden, während der Sprechstunde bleibt das Büro – in einem alten Fabrik-

gebäude, direkt neben der Moschee – geschlossen. Der bekannte ipahb-Unterstützer René Stadtkewitz, ehemaliger CDU-Abgeordneter im Berliner Abgeordnetenhaus, hat im vergangenen Oktober die islamfeindliche Partei „Die Freiheit“ gegründet. Fremdenfeindliche Ausschreitungen gab es seit Eröffnung der Moschee jedoch nicht. Imam Tariq hat nach eigener Aussage keine Drohanrufe oder Schmähhails erhalten, die Berliner Polizei verzeichnete keine fremdenfeindlichen Übergriffe auf die Moschee. Die Lage in Heinersdorf hat sich beruhigt, sagt Caspers. Viele, so glaubt sie, hätten gemerkt, dass es „so wild gar nicht ist“ mit der Moschee in der Umgebung. Die Gemeinde nehme man kaum wahr. Wohnen die Bürger noch gerne in Heinersdorf? „Natürlich“, antwortet Caspers. Und dann, nachdenklich: „Es hat sich ja nichts geändert.“ Integration, so scheint es, bedeutet leben und leben lassen. Oder aber: einfach neben einander herzulieben. *Tatjana Heid*

Auf Angst folgt Misstrauen

GESELLSCHAFT Terroranschläge haben Auswirkungen auf den Umgang mit Muslimen. Zwar sind sie nicht Ursache von Islamfeindlichkeit, doch nähren sie den Argwohn

Die 9/11-Anschläge haben Auswirkungen gehabt, die weit in die Zukunft reichen. Sie haben nicht nur Leben zerstört, sondern auch große Teile der Bevölkerung in einen Zustand von Bedrohung versetzt, der die Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen beschädigt. Das Verhältnis zwischen Muslimen und Andersgläubigen, zwischen Zuwanderern und Mitgliedern der sogenannten Mehrheitsgesellschaften wurde erschüttert und von Distanz, Misstrauen und Feindseligkeiten geprägt. Die Ergebnisse der seit 2002 jährlichen Umfrage des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Deutschland sowie einer europäischen Vergleichsstudie, die das Institut im Jahr 2008 in acht Ländern vorgenommen hat, geben darüber Aufschluss.

Angst und Furcht Die Terroranschläge erzeugten eine Furcht, die sich auf den Islam richtete. In der Europa-Studie gaben mehr als 50 Prozent der deutschen Befragten an, sie fürchteten sich davor, „dass islamistische Terroristen Deutschland angreifen“. In England, das im Juli 2005 vom Terror überrascht wurde, war die Zustimmung zu dieser Aussage um sieben Prozent höher, aber auch in anderen europäischen Ländern teilte eine Mehrheit der Befragten diese Furcht. Das gilt ebenso für die Angst, selbst Opfer islamistischer Terroristen zu werden. Immerhin 29 Prozent der Deutschen befürchteten das. Zwar liegt die Angst in England mit 41 Prozent höher, aber auch in Ländern wie Portugal, in denen kein Anschlag verübt wurde, war diese Furcht ausgeprägt. Dabei wird leicht übersehen, dass die Mehrheit der Muslime in Europa diese Angst teilt. Angst ist für die Abwehr von Gefahren sinnvoll, sozialpsychologisch kann sie sich aber zu einer kollektiven Furcht verallgemeinern, die Konflikte erzeugt, weil für diese Furcht bestimmte Gruppen verantwortlich



Wochenmarkt »Bioriental« in Berlin: Nur 17 Prozent der Deutschen finden, dass die muslimische Kultur gut nach Deutschland passt.

gemacht werden. In der Europa-Umfrage meinten 17 Prozent der Deutschen: „Die Mehrheit der Muslime findet den Terrorismus gerechtfertigt.“ Noch mehr Zustimmung, nämlich von 30 Prozent der Befragten, fand die Aussage: „Muslime finden, Terroristen sind Helden“ – obwohl Studien unter Muslimen das Gegenteil nachweisen. Diese Terrorzuschreibung hat Konsequenzen: Die kollektiven Befürchtungen gehen mit einer sozialen Distanz gegenüber Muslimen einher. Nur 17 Prozent der befragten

Deutschen meinten 2008, dass die muslimische Kultur gut nach Deutschland passt. Es ist der niedrigste Wert in Europa: In Frankreich und Portugal fanden immerhin jeweils 50 Prozent der Befragten, dass die muslimische Kultur gut in ihr Land passt. Indem Muslime von der Mehrheitsgesellschaft getrennt werden, entwickeln sich weitere Abgrenzungen und Vorurteile. Die Furcht vor dem Terror wird vor allem von Überfremdungsängsten begleitet. So meinten 2008 etwa 39 Prozent der Deutschen:

„Durch die vielen Muslime fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.“ Der Anteil von Muslimen an der Gesamtbevölkerung beträgt in Deutschland rund sieben Prozent. Die Überfremdungsängste basieren auf Vorstellungen einer homogenen Mehrheitsgesellschaft und der Abwehr kultureller Vielfalt. Es verwundert nicht, wenn die Angst vor dem Verlust der eigenen Kultur gepaart ist mit Misstrauen. 2005 glaubten mehr als 50 Prozent der Befragten der deutschen Stu-

die: „Die vielen Moscheen in Deutschland zeigen, dass der Islam auch hier seine Macht vergrößern will.“ Zugleich unterstellten 52,5 Prozent der Deutschen in der Europa-Studie des Jahres 2008, der Islam sei eine Religion der Intoleranz.

In der Mitte der Gesellschaft Die kollektive Furcht vor einer angeblich zu Terror und Unterdrückung neigenden Gruppe erzeugt Abneigung und Feindseligkeit. Diese Islamfeindlichkeit holt Bürger in ihrer Ohnmacht, ihrer Angst und ihrem Misstrauen ab, die sie selbst durch ihre Verdächtigungen erzeugt haben. Islamfeindlichkeit hat sich in der Mitte der Gesellschaft stabilisiert, wie Umfragen seit 2002 dokumentieren. Dabei zeigt sich nicht nur nach einem Rückgang zwischen den Jahren 2005 und 2008 ein Anstieg der Islamfeindlichkeit auf das Ausgangsniveau des Jahres 2002. Der Anstieg geht dabei insbesondere auf gut situierte Bürger zurück. Ebenso steigt sie in der politischen Linken und unter Menschen, die ihre politischen Ansichten in der Mitte verorten. Das Bild des ungebildeten Fremdenfeindes aus der Unterschicht stimmt nicht. Ökonomische Benachteiligung, Arbeitslosigkeit oder eine depressive Einschätzung der Wirtschaftslage beeinflussen die Islamfeindlichkeit – anders als vielfach angenommen – nicht. Als starke Ursache erweist sich vielmehr der Wunsch, Problemen mit dem Ruf nach mehr Ordnung und Strafe sowie der Orientierung an einer klaren sozialen Hierarchie zu begegnen. Zudem ist die Wahrnehmung einer Bedrohung durch Zuwanderung und die Ablehnung kultureller Vielfalt relevant. Kommen dazu Gefühle politischer Machtlosigkeit sowie mangelnde Kontakte zu jenen, die gefürchtet werden, steigert sich die Islamfeindlichkeit und drängt zur Diskriminierung. In der Umfrage zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Jahr 2003 meinten 41,5 Prozent, der Islam sei rück-

ständig, 17 Prozent votierten zudem dafür, dass Muslime, die in Deutschland für ihre Religion werben, ausgewiesen werden sollten. Im Jahr 2005 befürworteten knapp 15 Prozent, dass Muslimen in Deutschland die Religionsausübung untersagt werden sollte. Im Jahr 2010 meinten schließlich 26 Prozent der Befragten, man solle die Zuwanderung von Muslimen verbieten.

Das Erbe von 9/11 Es ist schwer, das berichtete Misstrauen und die Feindseligkeit auf Terroranschläge zurückzuführen. Die These, dass 9/11 und die nachfolgenden Terroranschläge die Islamfeindlichkeit erzeugt haben, erscheint zwar schlüssig, aber sie ist schwer zu belegen, und sie erklärt nicht die gesamte Islamfeindlichkeit. Stereotype, die Angst in Islamfeindlichkeit überführten, waren schon vorher da. Das Erbe von 9/11 besteht darin, dass sich Misstrauen und Feindseligkeit gesteigert haben und schwer loszuwerden sind. Es wurde keine hinreichend starke Hürde gegen überzogene Vorurteile etabliert. Die Bedrohung hinterlässt nun noch subtilere Signaturen: So werden derzeit viele islamfeindliche Meinungen als Islamkritik umgedeutet und durch den Verweis auf den Terror unterstrichen. Der norwegische Attentäter Brevik hat durch seine Tat und in seinem modernen Copy-and-Paste-Manifest des Hasses ein Zeichen gesetzt. Jedoch zeigt die Reaktion der norwegischen Gesellschaft, dass der Verlust von Sicherheit nicht immer zu Ohnmacht und Feindseligkeit führen muss. Die Antwort Norwegens war Stärke und Vertrauen. Vertrauen in das, was die Demokratie ausmacht. In der zehnjährigen Geschichte des Terrors nach 9/11 ist es ein hoffnungsvolles Zeichen, wenn eine Demokratie diese Stärke vorführt. *Andreas Zick*

Der Autor ist Professor für Sozialisation und Konfliktforschung an der Universität Bielefeld.

Verdachtsmomente

WOLFGANG BOSBACH UND GREGOR GYSI Der Vorsitzende des Innenausschusses und der Chef der Linksfraktion über die Tücken der Inneren Sicherheit, Afghanistan und Nummernschilder

Nach den Anschlägen von Norwegen: Droht auch in Deutschland verstärkt Gefahr von Seiten radikaler Islamhasser?

Bosbach: Unsere Sicherheitsbehörden haben nach den fürchterlichen Anschlägen sofort überprüft, ob es Verbindungen oder Kontakte des Täters mit Deutschland bezug gab. Bislang gibt es hierüber keine Erkenntnisse. Wir haben auch keine Hinweise darauf, dass Nachahmungstäter bei uns ähnliche Taten planen. Dessen ungeachtet werden die zuständigen Stellen ihre Beobachtungen in der Szene sicherlich intensivieren. **Gysi:** Die sogenannte Islamophobie hat seit den Terroranschlägen auf das World Trade Center in allen europäischen Staaten in besorgniserregendem Maße zugenommen. Ausdruck dafür ist das Anwachsen rechtspopulistischer Parteien von Dänemark bis zu den Niederlanden, die diese Ressentiments bedienen und auf zunehmende Akzeptanz stoßen. Deutschland bleibt vorerst eine Ausnahme, wengleich auch bei uns eine latente Islamfeindlichkeit in Teilen der Bevölkerung vorhanden ist. In einem solchen gesellschaftlichen Klima wird es immer wieder einzelne Personen geben, die ihren Hass in furchtbare Taten umsetzen. So schrecklich diese Taten sind – verhindern lassen sie sich letztlich nicht.

Bislang geht die Bevölkerung in Deutschland aber recht gelassen mit der Gefahr von Terroranschlägen um...

Gysi: Ja, die Leute lassen das nicht so richtig an sich ran. Das ist kein ungeschicktes Rezept gegen übersteigerte Terrorangst. Ich habe am Flughafen noch nie erlebt, dass jemand beim Sicherheits-Check Theater macht, so lange die Verhältnismäßigkeit gewahrt ist. Und ein bisschen Augenzwinkern schadet ja auch nichts. Neulich am Flughafen habe ich kurz meine Tasche stehen gelassen, um mir die Hände zu waschen. Als ich wiederkam, sagte einer: „Aber, Herr Gysi, hätten wir nicht gesehen, dass das Ihr Koffer ist, hätten wir Sie gemeldet.“ **Bosbach:** Ich glaube, wir haben das richtige Maß zwischen Aufmerksamkeit und Gelassenheit. Die Sicherheitsbehörden bekommen viele Hinweise über verdächtige Personen oder verdächtiges Verhalten. Es ist nicht leicht, darauf immer richtig zu reagieren, also den harmlosen Zeitgenossen vom mutmaßlichen Terrorhelfer zu unterscheiden. Aus Erfahrung wissen wir, dass die Gefährder nicht mit Rauschgebot und wallenden Gewändern daherkommen, sondern... **Gysi:** ... eher im Maßanzug wie der Makler von nebenan. **Bosbach:** Genau.

Herr Gysi, Ihre Partei fand nach 9/11 weder an den rot-grünen noch an den schwarz-roten Sicherheitsgesetzen Gefallen. Sie sahen also nach den Anschlägen von New York und Washington, Madrid und London keinen Handlungsbedarf? **Gysi:** Doch, aber es ist eine schwierige Frage in einem demokratischen Rechtsstaat: Wie weit schränkt du die Rechte der Bürgerinnen und Bürger ein, um Kriminalität vorzubeugen oder zu bekämpfen? Wo sind die Grenzen? Das wird immer ein Konflikt bleiben zwischen den Parteien. Das sehen wir ja auch zwischen Union und FDP. Auf der einen Seite erwarten die Menschen zu Recht Schutz, den es aber nie zu 100 Prozent geben kann. Auf der anderen Seite wollen sie nicht, dass etwa ihre Daten endlos gespeichert werden. Darüber müssen wir immer wieder diskutieren und die Wirkung der Gesetze unabhängig evaluieren lassen.

Bosbach: Richtig ist, dass es keinen hundertprozentigen Schutz gibt. Die Ermordung der beiden US-Soldaten auf dem Flughafen Frankfurt/Main hat gezeigt, dass man zum Beispiel – trotz aller Anstrengungen der Sicherheitsbehörden – nie sicher sein kann vor Einzeltätern, die bis zur Tatausführung nicht auffällig geworden sind. Wir haben nach dem 11. September zwar die Sicherheitsanstrengungen deutlich erhöht, aber immer Maß und Mitte gewahrt. Wir haben zu keinem Zeitpunkt den Weg in Richtung Überwachungsstaat oder gar Polizeistaat eingeschlagen. Wir haben vor 20 Jahren den Überwachungsstaat DDR abgeschafft und kein vernunftbegabter Mensch möchte auf deutschem Boden wieder einen solchen Staat haben. Aber die Sicherheitsgesetze wurden in einer besonderen Situation beschlossen, und wir müssen uns immer wieder fragen, ob die Sicherheitslage unverändert ist oder ob sie sich entspannt hat und wir zur alten Rechtslage zurückkehren können. Leider ist die Situation heute noch genau so kritisch wie damals.

„Einen Verrückten wie bin Laden können wir nicht verhindern. Wir können aber steuern, wie viel Zulauf er hat. Und zwar politisch, nicht mit Waffengewalt.“

Gregor Gysi

Gysi: Also mal langsam. Wenn Sie sagen, wir sind nach wie vor ein potenzielles Ziel terroristischer Anschläge, ist das ja richtig. Was Sie nicht sagen: Warum ist das denn so? Natürlich auch, und zwar ganz entscheidend, weil wir einen falschen Krieg in Afghanistan führen. Krieg bekämpft Terror nicht. Krieg fördert Terror, weil er Hass schürt. Einen Verrückten wie bin Laden können wir nicht verhindern. Wir können aber steuern, wie viel Zulauf er hat. Und zwar politisch, nicht mit Waffengewalt. **Bosbach:** Wenn man Ihnen zuhört, könnte man meinen, es hätte zuerst den Afghanistan-Einsatz gegeben und dann die Anschläge vom 11. September. **Gysi:** Nein, umgekehrt. **Bosbach:** So ist es. Und bitte nicht vergessen, dass am 11. September auch viele Deutsche ihr Leben verloren haben. Bei den Terroranschlägen der letzten Jahre sind mehr deutsche Opfer zu beklagen gewesen als durch den RAF-Terror. Unser Einsatz im Anti-Terror-Kampf dient also ganz unmittelbar eigenen Interessen. Die Hoffnung, wenn wir die Terroristen in Ruhe lassen, dann lassen sie uns auch in Ruhe, teile ich nicht. **Gysi:** Diese Hoffnung habe auch ich nicht. **Bosbach:** Dann sind wir uns wenigstens da einig. Terroristen bekämpfen uns nicht für das, was wir tun, sondern für das, wofür unser Land steht. Die terroristische Bedrohung wird nicht geringer werden, wenn wir in unseren Anstrengungen gegen den internationalen Terrorismus nachlassen. **Gysi:** Ich sage nicht: Wenn man die Terroristen in Ruhe lässt, bekommt man Frieden. Bloß: Krieg bringt nichts, weil ich einen Krieg immer auch gegen Unschuldige füh-



ZUR PERSON

Wolfgang Bosbach (59, rechts) arbeitete zunächst als Einzelhandelskaufmann, bevor er in Köln Rechtswissenschaften studierte. Er ist seit 1972 CDU-Mitglied und sitzt seit 1994 im Bundestag. Aktuell ist er Vorsitzender des Innenausschusses. **Gregor Gysi (63)** ist seit 1971 als Anwalt tätig. 1990 war er Fraktionsvorsitzender der PDS in der erstmals demokratisch gewählten DDR-Volkammer. Danach war er bis 2002 Mitglied des Bundestages, bis 2000 führte er die PDS-Gruppe beziehungsweise -Fraktion. Seit 2005 sitzt Gysi wieder im Bundestag und ist seitdem Vorsitzender der Fraktion Die Linke.

den Terroranschlägen von Madrid und London, weil sich bei der Aufklärung gezeigt hat, wie wichtig die zurückgreifende Auswertung der Telekommunikationsdaten war. Zur Zeit können wir jedes Jahr Tausende von Straftaten nicht aufklären, weil es außer den elektronischen Spuren keine Ermittlungsansätze gibt. Die Union ist der Auffassung, dass wir auf die Auswertung dieser Spuren nicht verzichten können. Unser Koalitionspartner ist anderer Meinung. **Gysi:** Ist es der richtige Ausgangspunkt, unsere Gesellschaft so zu organisieren, dass die Strafverfolgung in jeder Hinsicht erleichtert wird? Oder müssen die Rechte der Bürger vielmehr der Ausgangspunkt sein? **Bosbach:** Die Bürger haben auch ein Recht darauf, dass sie vor Straftätern geschützt werden und ihre Ansprüche als Opfer von Straftaten durchsetzen können. Das setzt Aufklärung voraus.

Gysi: Gut. Was die Bevölkerung aber verunsichert, ist die Aufbewahrung über einen längeren Zeitraum. Die Frage ist: Welchen Maßstab legen wir an? Es gibt Beispiele, wo ich auch für eine Verfolgung mit allen legalen Mitteln bin, etwa bei Kinderpornographie. Für die Vorratsdatenspeicherung sehe ich derzeit aber keinen Grund. Da verstehe ich auch die Haltung der FDP. Darf ich Sie mal was fragen, Herr Bosbach?

Bosbach: Mmh. **Gysi:** Glauben Sie, dass Sie mit der SPD da leichter hinkämen als mit der FDP? **Bosbach:** Ja... Gegenfrage: Herr Gysi, haben Sie an Ihrem Auto ein Nummernschild? **Gysi:** Ja, klar habe ich ein Nummernschild. **Bosbach:** Ist das mit Verdacht oder ohne Verdacht gespeichert worden? **Gysi:** Weiß ich nicht. Auf jeden Fall ist es gespeichert... **(Bosbach lacht.)** **Gysi:** ...bei mir wahrscheinlich mit Verdacht.

Bosbach (lacht immer noch): Jahaa! **Gysi:** Im Ernst: Klar sind die Daten gespeichert. Es geht aber doch nur um Falschparken oder zu schnelles Fahren. Es ist halt auch eine Gewöhnungsfrage. Aber ich will keine Gewöhnung. Ich will nicht, dass der Staat über jeden Bürger eine Vorratsdatenspeicherung hat. **Bosbach:** Moment, Moment, Herr Gysi, an diesem Punkt bin ich ganz sensibel! Ich wäre auch strikt dagegen, dass der Staat diese Daten hat und nach Belieben darauf zugreifen kann. Ich möchte aber, dass der Staat im Fall des Falles über den Provider zugreifen darf, nachdem zuvor ein Richter geprüft hat, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen oder nicht.

Und wie wollen Sie mit Ihrem Koalitionspartner auf einen Nenner kommen? **Bosbach:** Menschlich habe ich Verständnis dafür, dass sich die liberale Justizministerin, Frau Leutheusser-Schnarrenberger, in diesem Punkt so schwer tut, zumal sie ja aus der Opposition heraus Klägerin gegen die Vorratsdatenspeicherung in Karlsruhe war. Dann ist sie Ministerin geworden und war plötzlich Klägerin und Beklagte zugleich. **Gysi:** So schnell kann das gehen... **Bosbach:** Ja, ja. Aber: Wir sind verpflichtet, die EU-Richtlinie umzusetzen. Das ist der formale Aspekt. Inhaltlich hätte eine Verweigerung jeder Vorratsdatenspeicherung zur Folge, dass es bei dem Umstand bleibt, dass wir auch in Zukunft jedes Jahr Tausende von Straftaten nicht aufklären können. ■

Das Interview führten Jörg Biallas und Tatjana Heid.

re. Ich denke langfristig. Zuerst müssen wir uns überlegen, wie und mit welchen polizeilichen Mitteln wir operieren können, um Terroristen zu ergreifen. Zweitens müssen wir die Strukturen der Weltwirtschaft verändern. Wenn wir das soziale Gefälle zwischen den Industriestaaten und der Dritten Welt nicht abschwächen, wird sich in diesen Ländern immer wieder Hass gegen die westliche Welt aufbauen. Und dann gibt es Glaubensfanatiker, die das ausnutzen.

Bosbach: Herr Gysi, wenn wir in Afghanistan nur militärisch operieren würden, dann hätte ich für Ihre Kritik Verständnis. Aber gerade die Bundesrepublik engagiert sich erheblich bei der Ausbildung von Polizisten, damit Afghanistan möglichst bald in der Lage ist, aus eigener Kraft die Innere Sicherheit zu gewährleisten. Ohne militärische Absicherung wäre der zivile Wiederaufbau des Landes aber so nicht möglich. Würden wir uns jetzt aus Afghanistan zurückziehen, hätten wir vermutlich über kurz oder lang wieder solche Verhältnisse wie vor der Entscheidung des UN-Sicherheitsrates.

Gysi: Aber wenn das so ist: Was haben wir denn dann dort die letzten zehn Jahre gemacht? Laut UN-Statistik ist kein wirklicher ziviler Aufbau zu registrieren. Vielmehr hat die Armut zugenommen. **Bosbach:** Gibt es in Afghanistan überhaupt keine Fortschritte? Sind nicht die Menschenrechte gestärkt worden? Hat sich die Situation der Frauen nicht verbessert? Können nicht Hunderttausende Kinder wieder in die Schule gehen? Ist das nichts?

Herr Bosbach, in der Koalition war die Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze heftig umstritten. Jetzt gibt es einen Kompromiss. Zufrieden? **Bosbach:** Ja, denn im Kern bleiben die zur Gefahrenabwehr notwendigen Ermittlungsbefugnisse für die Sicherheitsbehörden erhalten, etwa für die Überwachung von Reisebewegungen und Finanztransfers. Problematisch finde ich aber, dass die akustische Wohnraumüberwachung zur Sicherung von Einsatzkräften verboten wird. Ich hoffe, dass wir dies nicht bitter bereuen werden.

Gysi: Mir geht das ein bisschen weit, wenn man sagt: Bevor ich jemanden festnehme, höre ich den mal drei Tage lang ab.

Bosbach: Die Regelung dient ausschließlich dem Schutz von Einsatzkräften vor schweren Gefahren. Wir haben etwa drei Fälle pro Jahr und bei 40 Millionen Haushalten sind wir doch wohl weit entfernt vom befürchteten Überwachungsstaat.

Wie geht es denn bei der Vorratsdatenspeicherung weiter?

Gysi: Tja... **Bosbach:** Keine Frage: Hier gibt es in der Koalition massive Meinungsunterschiede. Bei der Vorratsdatenspeicherung geht es um eine grundsätzliche Weichenstellung. Speichern wir für sechs Monate Telekommunikationsdaten, die dann abgefragt werden dürfen, wenn eine schwere Straftat verübt oder aufgeklärt werden soll? Oder speichern wir diese Daten erst dann, wenn es einen konkreten Tatverdacht gibt? Die europäische Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung ist entstanden nach den Erfahrungen bei



Kontaktaufnahme mit der Bevölkerung: Ein Isaf-Soldat der Bundeswehr geht im September 2008 nahe Kundus auf Streife.

Bröckelnde Zustimmung

AFGHANISTAN Immer mehr Parlamentarier drängen auf ein Ende des Bundeswehr-Einsatzes

Das potenzielle Einsatzgebiet ist gewaltig: Es umfasst neben den Nato-Mitgliedsländern die gesamte arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien, Nord-Ost-Afrika und die angrenzenden Seegebiete. In diesem Raum sollen bis zu 3.900 deutsche Soldaten operieren können im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Auch wenn im entsprechenden Antrag der Bundesregierung (14/7296) festgehalten ist, dass die Bundeswehr außerhalb Afghanistans nur mit Zustimmung der jeweiligen Regierungen an Einsätzen gegen Terroristen beteiligt werden soll, hat bislang noch keine deutsche Regierung dem Bundestag ein so umfassendes Mandat für einen Bundeswehreininsatz vorgelegt. Spätestens jetzt wird der Öffentlichkeit bewusst, dass die nach den Terroranschlägen vom 11. September vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) zugesagte „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA keine leere Worthülse ist. Als am 16. November 2001 im Reichstagsgebäude die Parlamentarier ihre Stimmkarten abgeben, um über die Beteiligung Deutschlands an der „Operation Enduring Freedom“ (OEF) zu entscheiden, ist die Stimmung extrem angespannt. Schröder hat die Abstimmung mit der Vertrauensfrage nach Artikel 68 des Grundgesetzes verknüpft, um eine Mehrheit in den Koalitionsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen für den OEF-Einsatz zu erzwingen. In den Tagen zuvor hatte sich ab-

gezeichnet, dass die Regierung Gefahr läuft, keine eigene parlamentarische Mehrheit für den umstrittenen Einsatz mobilisieren zu können. Zwölf Abgeordnete der Grünen und vier der SPD haben mit ihrem Nein gedroht, weitere Parlamentarier in beiden Fraktionen sind unentschieden. Die rot-grüne Koalition verfügt aber nur über eine Mehrheit von 16 Stimmen im Parlament. Wegen der angekündigten Zustimmung der CDU/CSU- und FDP-Fraktion zum OEF-Einsatz ist eine Mehrheit zwar gesichert, aber Union und Liberale setzen Schröder und Außenminister Joschka Fischer (Grüne) unter Druck: Man werde genau darauf achten, ob die Regierung eine eigene Mehrheit aufbringt und außenpolitisch handlungsfähig ist. Immerhin hatte die Nato gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages die Terroranschläge des 11. Septembers als Angriff auf das Bündnisgebiet interpretiert und den Verteidigungsfall ausgerufen. Schröder tritt die Flucht nach vorne an und verbindet die OEF-Abstimmung mit der Vertrauensfrage – ein bis zu diesem Zeitpunkt einmaliger Vorgang. Noch nie zuvor hat ein Kanzler die Vertrauensfrage formal mit einem konkreten parlamentarischen Vorhaben verknüpft. Am Ende bekommt Schröder seine Mehrheit. Die SPD-Fraktion stimmt geschlossen für den Antrag, lediglich aus den Reihen der

Grünen verweigern die Abgeordneten Annelie Buntenbach, Winfried Hermann, Christian Simmert und Hans-Christian Ströbele dem Kanzler die Gefolgschaft. Einen Tag vor der Abstimmung hatte zudem die Abgeordnete Christa Lörcher ihren Austritt aus der SPD-Fraktion erklärt. Auch sie stimmt gegen den Einsatz. Dass die PDS-Fraktion gegen den Einsatz votieren wird, stand bereits vorher fest. Die Unions- und die FDP-Fraktion hingegen sehen sich gezwungen, den Antrag nun abzulehnen, da sie dem Kanzler nicht gleichzeitig das Vertrauen aussprechen wollen. Als Bundestagspräsident



»Der Kampf gegen den Terror wird uns einen langen Atem abverlangen.«
Gerhard Schröder (SPD)

Wolfgang Thierse (SPD) am diesem 16. November 2001 nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses um 12:48 Uhr die Plenarsitzung schließt, hat die Bundesrepublik ihren ersten Schritt in den Afghanistan-Konflikt gemacht. Unter dem OEF-Mandat entsendet die Bundeswehr Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) an den Hindukusch. Dort sollen sie die Amerikaner bei der Jagd auf Al-Qaida-Terroristen unterstützen. Ein Marineverband bricht zudem zum Horn von Afrika auf, um mögliche Verbindungs- und Nachschubwege des Terrornetzwerkes über See

zu unterbinden. Zusätzlich werden deutsche ABC-Abwehrtruppen nach Kuwait verlegt. Sie sollen im Fall von Giftgas-Angriffen zum Einsatz kommen.

Langfristiges Engagement Bereits einen Monat nach dem OEF-Beschluss kommt der Bundestag am 22. Dezember erneut zusammen, um ein langfristiges Engagement Deutschlands am Hindukusch zu zementieren. Das Parlament beschließt die Beteiligung der Bundeswehr an der Nato-geführten Internationalen Schutztruppe Isaf (International Security Assistance Force). Sie soll nach dem Sturz des Taliban-Regimes die neue provisorische Regierung Afghanistans, auf die sich die Petersberger Konferenz in Bonn Ende des Jahres geeinigt hat, beim Aufbau eines funktionierenden Staatswesens unterstützen. Afghanistan soll dauerhaft als Rückzugsgebiet und Operationsbasis für islamistische Terroristen ausgeschaltet werden. Das Mandat ist zwar zunächst nur auf ein halbes Jahr begrenzt, klar ist aber bereits zu diesem Zeitpunkt, dass diese Aufgabe mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird. Diesmal sind auch die Abstimmungsverhältnisse eindeutig: Für den Antrag (14/7930) stimmen 538 Parlamentarier. Die 34 Nein-Stimmen vor allem aus der PDS-Fraktion und vereinzelt auch aus anderen Fraktionen sowie acht Enthaltungen fallen rechnerisch eindeutig in die Isaf-Mission auch im rot-grünen Koalitionslager deutlich weniger unterstützen, sie gilt nicht als

Kampfeinsatz, sondern als eine Friedensmission im Auftrag der Vereinten Nationen. Dies wird vor allem von Abgeordneten der SPD und der Grünen in der Debatte ausdrücklich betont. Dabei sieht das Isaf-Mandat ausdrücklich vor, dass die Bundeswehr zum Schutz der afghanischen Regierung und Zivilbevölkerung auch militärische Gewalt anwenden darf. Die Zweiteilung zwischen dem kriegerischen OEF-Einsatz und dem vermeintlich friedlichen Isaf-Einsatz wird sich im Verlauf der Jahre als gefährliche Interpretation erweisen.

Ausweitung des Mandats Doch zunächst scheint die Mission am Hindukusch erfolgreich: Die Öffentlichkeit erreichen aus dem fernen Land vor allem Bilder deutscher Soldaten, die offenbar ungefährdet durch die Straßen Kabuls patrouillieren und von der afghanischen Bevölkerung freundlich empfangen werden. Bereits im Juni 2002 verlängert der Bundestag das Mandat um weitere sechs Monate und im Dezember um weitere zwölf Monate. Im Oktober 2003 schließlich weitet der Bundestag das Isaf-Mandat erstmals deutlich aus: Die Zahl der Soldaten wird von 1.200 auf 2.250 erhöht und gleichzeitig soll die Bundeswehr außerhalb Kabuls zum Einsatz kommen. In Kundus und Faisabad im Norden Afghanistans werden regionale Wiederaufbauteams aufgestellt. Zusammen mit zivilen Mitarbeitern soll die Bundeswehr dort der Autorität der afghanischen Regierung Geltung verschaffen. Mit den Mandatsverlängerungen in den kom-

menden Jahren wird das Isaf-Kontingent nach und nach vergrößert. Inzwischen stehen mehr als 5.100 deutsche Soldaten am Hindukusch. Gemäß der letzten Mandatsverlängerung durch den Bundestag im Januar dieses Jahres können bis zu 5.700 Soldaten eingesetzt werden.

Wendepunkt Im Jahr 2009 ändert sich die öffentliche Wahrnehmung des Isaf-Einsatzes schlagartig. Bereits in den Jahren zuvor hatten sich die Nachrichten aus Afghanistan dramatisch verschlechtert. Immer öfter wird über schwere Kämpfe aus dem Süden zwischen amerikanischen und britischen Truppen und den wieder erstarkten Taliban berichtet, über den schleppenden Aufbau funktionierender ziviler Strukturen, über die grassierende Korruption im Regierungsapparat des afghanischen Präsidenten Hamid Karsai und über den florierenden Drogenanbau. Auch im bislang eher ruhigen Norden des Landes verschärft sich die Situation, die Bundeswehr wird häufiger in Gefechte verwickelt und durch Bombenattentate bedroht. Allein in diesem Jahr kommen sieben deutsche Soldaten ums Leben.

Im September 2009 bombardieren amerikanische Kampfflzeuge nahe Kundus zwei von Taliban entführte Tanklasten auf Befehl des deutschen Oberst Georg Klein. Bei dem Angriff sterben – je nach Quellenangabe – bis zu 142 Menschen. Der Luftangriff löst eine heftige innenpolitische Debatte über den Afghanistan-Einsatz aus. Während der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) noch versucht, die Angelegenheit herunter zu spielen, spricht sein Nachfolger Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) offen aus, was die Soldaten längst wissen und die Öffentlichkeit zumindest ahnt: Deutschland ist in Afghanistan in einen handfesten Bürgerkrieg verwickelt.

Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt hingegen endet im Sommer 2010 die deutsche Beteiligung an der „Operation Enduring Freedom“. Der Bundestag hatte bei den jährlichen Mandatsverlängerungen das Kontingent bereits schrittweise verkleinert. Auf der parlamentarischen Ebene war OEF stark in die Kritik geraten. Vor allem die Grünen kritisierten das Vorgehen amerikanischer OEF-Truppen in Afghanistan, unter deren Einsätzen zunehmend auch die Zivilbevölkerung zu leiden hatte. Die OEF-Mission konterkarieren den aufbauorientierten Isaf-Einsatz, argumentierten die Grünen und forderten einen Ausstieg.

Abzugsprospektive Doch inzwischen hat auch die Zustimmung zur Isaf-Mission im Bundestag deutlich abgenommen. Bei der Abstimmung am 28. Januar dieses Jahres über eine weitere Mandatsverlängerung (17/4402) votieren zwar noch 24 Abgeordnete für den Einsatz, aber immerhin 116 lehnen ihn ab und 43 enthalten sich der Stimme. Aus der ehemals breiten Front der Isaf-Befürworter ausgebrochen sind vor allem die Grünen. Nur noch neun Abgeordnete ihrer Fraktion tragen den Einsatz mit, den sie zehn Jahre zuvor in der Regierungsverantwortung beschlossen hatten. Auch in der SPD-Fraktion wächst das Unbehagen. »Der Kampf gegen den Terror wird uns einen langen Atem abverlangen«, hatte Bundeskanzler Schröder am 16. November 2001 vor dem Bundestag vorausschauend gemahnt. Doch die Luft ist dünn geworden am Hindukusch. Bis 2014 will die Nato die Sicherheitsverantwortung im gesamten Land an die Afghanen übergeben und schrittweise die Isaf-Truppen abziehen. Ob dies erfolgreich gelingen wird, ist derzeit jedoch völlig offen. *Alexander Weinlein*

FÜNF FRAGEN AN: TOM KOENIGS

Abzug aus Afghanistan bis 2014 – ist das realistisch?
In drei Ländern ist der Abzug aus innenpolitischen Gründen eine Notwendigkeit: in den USA, in Afghanistan und in Deutschland. Und deswegen ist ein Abzug in 2014 realistisch.

Wird die afghanische Regierung bis 2014 die Sicherheitsverantwortung für das Land so übernehmen können, dass sich der Abzug der internationalen Truppen verantworten lässt?
Die afghanische Regierung glaubt das und wird es auch glauben, wenn es soweit ist. Und der amerikanischen Regierung wird das passen, weil Obama den Abzug versprochen hat. Die deutsche Regierung wird sich aus keinem Grunde anders verhalten als die amerikanische. Von daher: Selbst wenn Afghanistan 2014 nicht so sicher ist, wie es sich die Afghanen, die Amerikaner oder die Deutschen vorstellen, wird man die Kampftruppen abziehen. Denn der Einsatz ist inzwischen unpopulär geworden – hier und in Afghanistan.

Welche Konsequenzen hätte ein Abzug bei wackliger Sicherheitslage?
Man kann nicht sagen, was das Jahr 2014 bringt, aber dennoch müssen wir unsere Politik darauf einstellen, dass sich der Einfluss Deutschlands infolge des militärischen Abzugs verändern wird. Wir müssen beispielsweise mehr auf die afghanische Zivilgesellschaft zugehen. Leider mangelt es im Moment an der Vorbereitung. Doch selbst ein Heerlager wie Masar-i-Scharif zu demontieren, ist eine schwierige Sache.

In ihrer Fraktion bekommt der Afghanistan-Einsatz derzeit wenig Unterstützung, bei der Verabschiedung des Mandats im Dezember 2001 haben die Grünen jedoch bis auf vier Enthaltungen dafür gestimmt. Hat sich die Fraktion verschätzt?
Da hat sich ja die ganze Welt verschätzt. Ich glaube aber, ohne den Irak-Krieg wäre es etwas vollkommen anderes. Gerade die Begründung für den Afghanistan-Einsatz, der

ja sehr ethisch und an demokratischen Werten orientiert ist, wurde zunehmend hohl durch den amerikanischen Einsatz im Irak. Der hat das moralische Prestige der USA und deren Operationen einschließlich der Bündnisoperationen gestört oder zerstört. Entsprechend hat sich erst in der Bevölkerung und dann in den Parteien die Meinungslage geändert.

Vom damaligen Standpunkt aus war der Afghanistan-Einsatz also richtig?
Ich habe ihn damals für richtig gehalten und halte ihn bis heute für richtig. Das zivile Engagement Deutschlands in Afghanistan wird von den Grünen ja auch heute grundsätzlich unterstützt. Ich glaube zudem, dass auch der militärische Einsatz in Afghanistan notwendig und friedenserhaltend war. Man hat in einem anderen Friedenseinsatz – im Kosovo – gesehen, dass in Krisensituationen die Präsenz der Nato friedenserhaltend sein kann.

Die Fragen stellte Tatjana Heid.

Die Opfer des Krieges

BUNDESWEHR 52 deutsche Soldaten sind seit 2002 in Afghanistan ums Leben gekommen

Es ist kein Attentat wie jedes andere: Am 18. Februar 2011 eröffnet ein Afghane in einem Außenposten der Bundeswehr in der Provinz Baglan das Feuer und erschießt drei deutsche Soldaten. Es sind nicht die ersten Toten, die die deutschen Streitkräfte seit Beginn ihres Engagements in Afghanistan zu beklagen haben. Aber die drei toten Bundeswehrsoldaten symbolisieren in besonderer Weise, wie gefährlich und tückisch der Isaf-Einsatz ist – denn der Attentäter trug die Uniform der Afghanischen Nationalarmee (ANA), an deren Ausbildung und Aufstockung sich die Bundeswehr im so genannten „Partnering“ seit Anfang 2010 verstärkt beteiligt.

Der Anschlag traf die Deutschen an einem wunden Punkt: Denn gerade durch das „Partnering“ soll die afghanische Armee in die Lage versetzt werden, bis 2014 die Sicherheit im gesamten Land selbst zu tragen, und damit den schrittweisen Abzug der Isaf-Truppen vom Hindukusch ermöglichen. Es war nicht das erste Mal, dass von einem Augenblick auf den anderen aus einem vermeintlich Verbündeten der Feind wurde. Auch die Isaf-Kontingente anderer Nationen hatten in den Monaten zuvor bereits mehrfach diese böse Erfahrung machen müssen. Seit Beginn des Einsatzes in Afghanistan Ende 2001 hat die deutsche Isaf-Truppe 52 Tote zu beklagen, 34 von ihnen fielen bei Gefechten oder wurden durch Bombenattentate und Minen getötet. Die übrigen starben bei Unfällen oder begingen Selbstmord. Die Zahl der Verwundeten beziffert die Bun-

deswehr seit Einsatzbeginn auf insgesamt 200 Soldaten. Sorgen bereitet den Deutschen auch die steigende Zahl traumatisierter Soldaten. Allein im vergangenen Jahr wurden mehr als 500 Soldaten wegen posttraumatischer Belastungsstörungen behandelt, seit Einsatzbeginn mehr als 1.800.

Steigende Verluste Einen deutlich höheren Blutzoll mussten allerdings die amerikanischen Truppen in Afghanistan hinnehmen. Bereits im Sommer 2010 beklagten die USA 1.000 tote Soldaten. Seit Jahresbeginn sind bereits 390 Isaf-Soldaten ums Leben gekommen, 290 von ihnen waren Angehörige

des amerikanischen Kontingentes. Die steigende Zahl gefallener Isaf-Soldaten ist auch eine Folge der massiven Truppenerhöhung im vergangenen Jahr und der verstärkten Bemühungen, die Taliban doch noch niederzuringen. Nach Nato-Angaben verfügt die Isaf derzeit über rund 132.000 Soldaten, rund 90.000 werden allein von den USA gestellt. Über die Zahl der getöteten Zivilisten existieren nur Schätzungen. Nach Angaben der Vereinten Nationen starben allein im ersten Halbjahr 2011 mehr als 1.400 Zivilisten, 30 Prozent von ihnen durch Bombenattentate und Sprengfallen der Taliban. *aw*



Trauerfeier für den 26-jährigen Fallschirmjäger Florian Pauli im Oktober 2010

KURZ REZENSIIERT



Ulrich Schäfer: Der Angriff. Wie der islamistische Terror unseren Wohlstand sprengt. Campus Verlag, Frankfurt/M. 2011; 312 S., 19,99 €

Ulrich Schäfer, Wirtschaftsjournalist und Ressortleiter bei der „Süddeutschen Zeitung“, glaubt, zehn Jahre nach den Anschlägen des 11. Septembers die wahren Motive und Ziele des islamistischen Terrorismus zu enthüllen: Die „Gotteskrieger“ wollen unter dem Deckmantel ihrer religiösen Rhetorik den Wohlstand der westlichen Industriegesellschaften zerstören. Der von Al-Qaida und Osama bin Laden ausgerichtete „Heilige Krieg“ sei in Wahrheit ein bedingungslos geführter Wirtschaftskrieg. Vor allem Deutschland und sein Wohlstand seien durch den Terrorismus gefährdet, denn als ausgewiesene Exportnation hänge kaum eine andere westliche Gesellschaft so stark von der Globalisierung und offenen Märkten ab. Schäfer will „wachrütteln und zeigen, worum es den Terroristen tatsächlich geht“. Sein Buch sei „schonungslos“, meint er betonen zu müssen. Den Medien und der Politik in Deutschland wirft er vor, den Ernst der Lage zu verschleiern und zu vertuschen: „Sie wiegen uns in Sicherheit, sie reden die Gefahren klein.“ Und sie seien nicht bereit, hinter den islamistischen Terroristen die Wirtschaftskrieger zu sehen, die gezielt den Kapitalismus, „die moderne Religion des Westens“, angreifen. Besonders kontrovers dürften die Thesen des Autors in Bezug auf die Hintergründe der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise vom Herbst 2008 diskutiert werden. Schäfer macht den islamistischen Terror als Auslöser der US-Bankenkrise aus. Dieser habe die Industrienationen genötigt, sich massiv zu verschulden. Der Terror von Al-Qaida sei letztlich verantwortlich für die US-Politik des „billigen Geldes“, der „hemmungslosen Verschuldung“ des Landes sowie die Kriege im Irak und in Afghanistan. Nach seiner Lesart spielen die „fahrlässigen Banker“, „sorglosen Aufseher“, „blauäugigen Politiker“ und „gierigen Anleger“ dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Die Anschläge vom 11. September seien der Auftakt zur Wirtschafts- und Finanzkrise gewesen. Um es deutlich zu sagen: Dieses Buch muss man nicht gelesen haben. manu



Michael Jürgs: BKA. Europol. Scotland Yard. Die Jäger des Bösen. C. Bertelsmann, München 2011; 351 S., 19,99 €

Der Journalist Michael Jürgs hat ein informatives und empfehlenswertes Sachbuch über das Bundeskriminalamt (BKA), seine Geschichte, seine Struktur und seine Ermittler vorgelegt. Besonders spannend sind jedoch weniger jene Kapitel, in denen er über den aktuellen Stand der Kriminalistik, den Kampf gegen digitale Bankräuber oder über die Verfolgung von Waffenhändlern und Kinderschändern berichtet. Vielmehr wecken vor allem die Geschichten rund um den RAF-Terrorismus die Aufmerksamkeit. Über die linksextremistischen Terroristen gebe es bereits viele Bücher und Filme, schreibt Jürgs. Weniger hingegen wisse man über die Opfer, wie etwa den Treuhänder Detlev Rohwedder und seine Frau Hergard. Mit ihr sprach Jürgs über die Pannen des BKA bei der Fahndung nach den Mördern ihres Mannes. Auch der 22-jährige Kommissar Michael Newrzella, das letzte Opfer der RAF, sei „genauso vergessen wie viele andere Beamte, die in Zeiten des deutschen Herbstes im Dienst von Mitgliedern der RAF erschossen wurden“. Ausführlich beschreibt Jürgs die BKA-Legende Horst Herold: Er war von 1971 bis 1981 Präsident des BKA und in dieser Zeit der „Mann, den die RAF hasste“. Aus Sicherheitsgründen musste er sein Haus auf dem Gelände einer Bundeswehrkaserne errichten. Dort lebt er seit seiner Pensionierung. Dank der von ihm gegen heftige Widerstände eingeführten Rasterfahndung konnte vielen Terroristen das Handwerk gelegt werden. Er weigerte sich, die RAF-Terroristen als „politische Kämpfer“ und folglich als „politische Gefangene“ zu betrachten. Für den BKA-Chef waren sie „schlichte Kriminelle“. Die Triebkraft für ihren „Entschluss, in den Untergrund zu gehen, um zu morden, war ihr unbändiger, alles ausfüllender Hass auf das Bestehende“, erzählt Herold. Das Motiv der selbsternannten Revolutionäre sei es gewesen, das Volk von der „kapitalistischen Unterdrückung“ zu befreien. Herold hält entgegen: „Doch das wollte schon deshalb nicht befreit werden, weil es gar nichts von der ihm angeblich widerfahrenen Unterdrückung spürte.“ manu

Ob Mohammed Naim ein wichtiger Taliban-Kämpfer ist oder nur ein Mitläufer, dürfte die Öffentlichkeit so schnell nicht erfahren. Am 6. März stellten ihn Bundeswehrosoldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) wenige Kilometer westlich der nordafghanischen Stadt Kundus, afghanische Polizisten nahmen ihn fest: Mohammed Naim soll am Karfreitag 2010 an dem Gefecht beteiligt gewesen sein, bei dem in dem Dorf Isa Khel drei deutsche Soldaten ums Leben kamen. Doch der zuständige afghanische Staatsanwalt ließ den Mann aus Mangel an Beweisen wieder laufen. Der Verdacht gegen ihn, teilte das Auswärtige Amt in Berlin später mit, habe sich nicht erhärtet.

Kein herkömmlicher Konflikt Die Festnahme war eine der Aktionen, die Isaf-Spezialkräfte zusammen mit Soldaten oder Polizisten Afghanistans jeden Monat gleich dutzendfach planen und durchführen. Die Nachricht schaffte es nicht mal in die tägliche öffentliche Lagemeldung des Isaf-Hauptquartiers. In Deutschland schlug der Fall jedoch bei Bekanntwerden, Monate später, hohe Wellen: Ein Afghane auf Seiten der Aufständischen, geschleppt und dann von afghanischen Amtsträgern wieder freigelassen – es schien wie ein Bilderbuchbeispiel, was am Hindukusch schiefläuft. Doch die Festnahme beleuchtet vor allem das komplizierte juristische Geflecht des Isaf-Einsatzes. Denn auch wenn die deutsche Politik mittlerweile mehrheitlich die Ansicht teilt, dass am Hindukusch „kriegsähnliche Zustände“ herrschen: Ein Krieg im herkömmlichen Sinne ist es nicht. Damit greifen auch nicht die internationalen Abkommen, die den „internationalen bewaffneten Konflikt“ regeln. Eine der Folge ist, dass auch nicht nach traditionellem Verständnis „Gefangene gemacht“ werden können. „Kriegsgefangene nach dem III. Genfer Abkommen gibt es in dem aktuellen Konflikt in Afghanistan nicht – die gibt es nur in einem internationalen bewaffneten Konflikt“, erläutert Gerhard Stöhr, leitender Rechtsdozent an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

Der Umgang der internationalen Truppen mit Taliban und anderen Aufständischen wird deshalb von rechtlichen Konstruktionen bestimmt, die zum Teil nicht endgültig definiert sind, zum Teil sich nach den Gesetzen Afghanistans richten. Die herkömmlichen Begriffe, die aus den traditionellen Vorstellungen von Krieg als einem Konflikt zwischen Staaten stammen, lassen sich kaum anwenden. Entscheidend für den Einsatz der internationalen Truppen ist dabei: Die „International Security Assistance Force“ (Isaf) der Nato hat formal eine Unterstützungsfunktion für die afghanische Regierung. Das ist vor allem dann bedeutend, wenn die internationalen Truppen einen der Aufständischen festsetzen: Festnehmen dürfen sie ihn nicht, weil sie keine Polizeigewalt haben, und ein Kriegsgefangener kann er per Definition nicht sein. Die Bundeswehr hat deshalb – wie alle Isaf-Truppen – die klare Weisung: Innerhalb von 96 Stunden nach einer sogenannten Inge-wahrsamnahme ist eine Person an die afghanischen Behörden zu übergeben. Faktisch stellt sich allerdings dieses Problem immer in Begleitung ihrer afghanischen Kameraden von Armee oder Polizei. Selbst wenn deutsche Spezialkräfte den Zugriff auf



Kämpfer der Taliban verstecken im November 2001 ihr Gesicht vor ausländischen Truppen.

Heikle Situationen

ISAF Harmloser Zivilist oder mörderischer Feind? Von der richtigen Einschätzung hängt das Überleben deutscher Soldaten ab

eine gesuchte Person organisieren, wird die eigentliche Festnahme von den Afghanen vorgenommen. Deren Institutionen haben dann auch die volle Verantwortung – bis hin zu einer Verurteilung oder eben auch möglichen Freilassung.

Schwierige Definition Die Verfolgung eines Taliban als Straftäter gehört jedoch nicht zu den Hauptaufgaben der Soldaten. Doch schwierig ist die Situation allemal. Im Afghanistan-Einsatz sehen sie sich einem Gegner gegenüber, der praktisch und rechtlich oft nur schwer einzuordnen ist: ein Aufständischer, der eine tödliche Gefahr darstellt,

ein Zivilist, der als Feierabend-Taliban den Aufständischen hilft, oder tatsächlich eine harmlose Zivilperson? Von der richtigen Zuordnung und der richtigen Reaktion hängt das Überleben deutscher Soldaten ab.

Wie im Oktober vergangenen Jahres, als sich an einer Brücke in der Provinz Baglan ein scheinbar harmloser Bauer der Bundeswehr-Wache näherte. Plötzlich zündete der Mann seine am Körper getragene Sprengstoffweste, der Oberfeldwebel Florian Pauli wurde dabei getötet. Die Einordnung des Täters war – wenn auch zu spät – klar. Der Angreifer wäre ein „legitimes militärisches Ziel“ gewesen und hätte auch mit „tödlicher

Gewalt“ bekämpft werden dürfen. Doch wenige Minuten vor dem Anschlag schien er den Soldaten noch als unbeteiligter Zivilist – sonst hätten sie ihn nicht so nahe herankommen lassen.

Für die Bekämpfung eines – auch nur vermuteten – Gegners hat die Bundeswehr allerdings mittlerweile deutlich mehr Handlungsfreiheit. Als Folge der rechtlichen Bewertung des Luftangriffs bei Kundus am 4. September 2009, bei dem auch unbeteiligte Zivilisten ums Leben kamen, hat sich in Deutschland die Ansicht der Bundesanwaltschaft durchgesetzt: In Afghanistan sind deutsche Soldaten an einem „nicht-interna-

tionalen bewaffneten Konflikt“ beteiligt und können deshalb in den Grenzen agieren, die ihnen das Völkerrecht auferlegt.

Völkerrechtliche Grenzen Das hat weitreichende Folgen: „Das im nicht-internationalen Konflikt anwendbare humanitäre Völkerrecht differenziert zwischen Streitkräften, bewaffneten Gruppen und Zivilisten“, heißt es der Untersuchung der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik „Rechtssicherheit im Auslandseinsatz“. Während die Bundeswehr und die Isaf-Truppen auf Seiten des Staates Afghanistans als Streitkräfte handeln, werden die Aufständischen als Mitglieder „organisierter bewaffneter Gruppen“ angesehen „und dürfen als militärische Ziele jederzeit unter Beachtung der sonstigen Regeln des humanitären Völkerrechts angegriffen werden, auch wenn sie vorübergehend keine Waffen führen“. Was den Einsatz zusätzlich kompliziert gestaltet, sind die Feierabend-Taliban-Zivilisten, die keine „dauerhafte Kampffunktion“ ausüben, sondern nur vorübergehend zu Hilfe eilen. „Das Beispiel Afghanistan mit seinen vielfältigen Erscheinungsformen an ‚Aufständischen‘ zeigt, dass eine eindeutige rechtliche Zuordnung enorm schwierig ist“, klagt Rechtslehrer Stöhr. „Für die vor Ort kämpfenden Soldaten ist die alles entscheidende Frage, ob es sich um ein legitimes militärisches Ziel handelt. Tragisch ist, dass es sich bei den Angreifern oft um Angehörige aus der Zivilbevölkerung handelt, die Tags zuvor noch das Erscheinungsbild eines unbeteiligten Zivilisten abgeben haben.“ Der Schutz für unbeteiligte Zivilisten ist sehr weitreichend. Er gilt sogar dann, wenn sie die Aufständischen unterstützen – wie Anwerber, Ausbilder oder Finanziers. „Sie sind aber nicht Mitglieder einer organisierten bewaffneten Gruppe, so lange ihre Funktion nicht zusätzlich die direkte Beteiligung an Feindseligkeiten einschließt“, warnt das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in einem Grundsatzpapier. Vor der Anwendung militärischer Gewalt sind sie daher auch bei Anwesenheit im Gefecht geschützt – so lange sie nicht aktiv teilnehmen.

Regeln für Soldaten Ein kompliziertes juristisches Geflecht, das irgendwie in der Truppe ankommen muss. Allerdings, so sagen Rechtsberatern der Bundeswehr, kommt der entsprechende Unterricht oft zu kurz. Immerhin hat das Verteidigungsministerium im Juli 2009 die „Taschenkarte“ mit den „Regeln für die Anwendung militärischer Gewalt“ im Isaf-Einsatz überarbeitet, die jeder Soldat bekommt. Damals wurde eine wichtige Neuerung eingeführt: Angriffe auf Isaf oder Afghanen dürfen seitdem auch dann mit militärischer Gewalt abgewendet werden, „wenn bei Personen, die Isaf angegriffen haben, nicht ausgeschlossen werden kann, dass diese ihren Angriff in engem zeitlichem und räumlichen Zusammenhang fortsetzen oder wieder aufnehmen“. Im Klartext: Der gegnerische Scharfschütze darf auch dann getötet werden, wenn er sein Gewehr einmal beiseite legt. In Deutschland tun sich Politik und Öffentlichkeit unverändert schwer mit der Kriegsrealität in Afghanistan. Stöhr beschreibt die Haltung so: „Bei der Ratifizierung des Völkerstrafgesetzbuches im Jahr 2002 hat in Deutschland sicher niemand daran gedacht, dass davon deutsche Soldaten betroffen sein würden.“ Thomas Wiegold

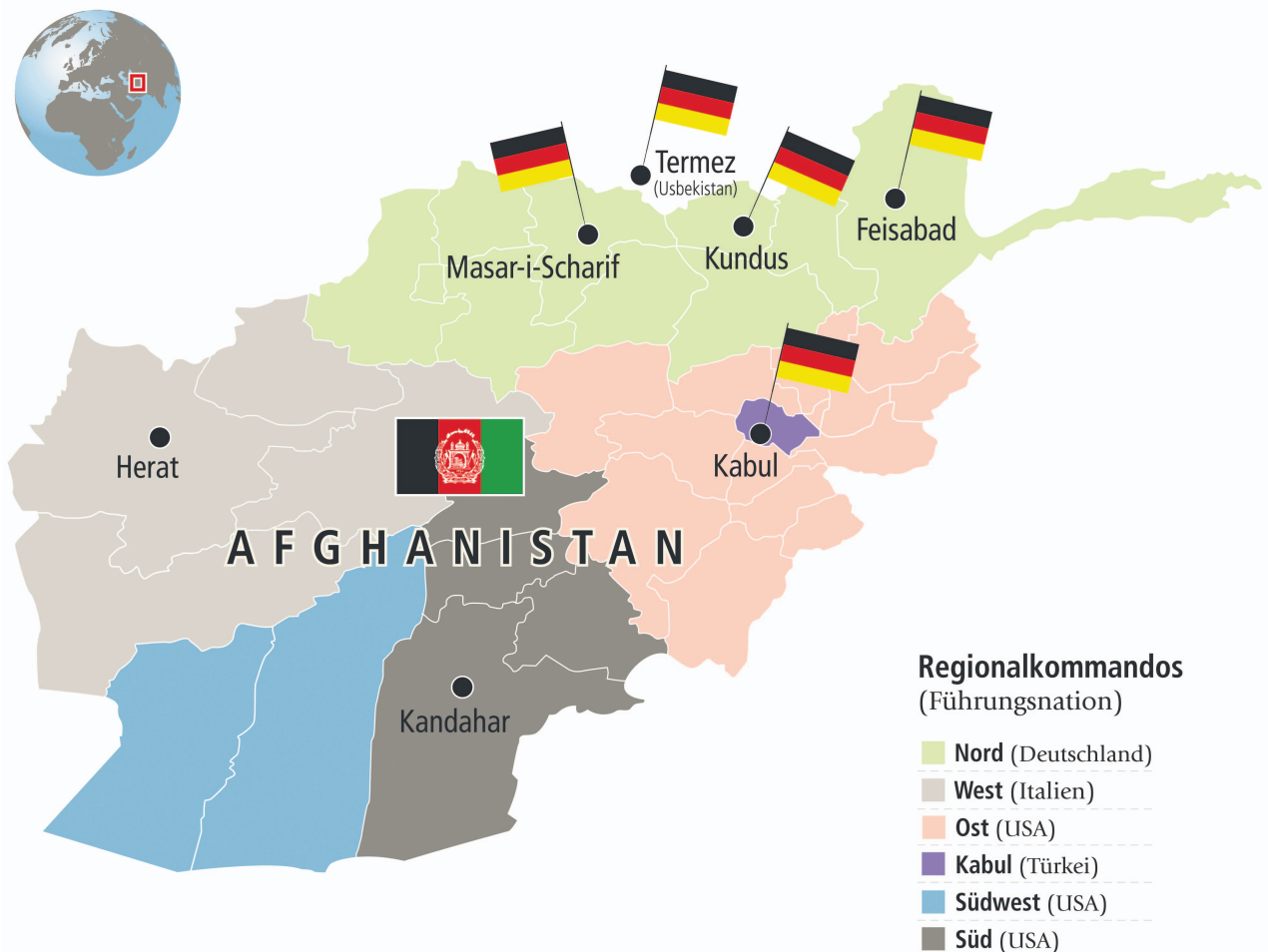
Der Autor ist Experte für Bundeswehr, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik und arbeitet als freier Journalist in Berlin.

Isaf-Truppenkontingente

Nation	Anzahl Soldaten	Nation	Anzahl Soldaten
Albanien	260	Malaysia	31
Armenien	40	Mongolei	74
Aserbeidschan	94	Montenegro	36
Australien	1.550	Neuseeland	191
Belgien	507	Niederlande	192
Bosnien & Herzegovina	55	Norwegen	406
Bulgarien	602	Österreich	3
Dänemark	750	Polen	2.560
Deutschland	4.812	Portugal	133
Estland	163	Republik Mazedonien	163
Finnland	156	Rumänien	1.938
Frankreich	3.935	Schweden	500
Georgien	937	Singapur	21
Griechenland	162	Slovakei	308
Großbritannien	9.500	Slowenien	80
Irland	7	Spanien	1.552
Island	4	Südkorea	350
Italien	3.880	Tonga	55
Jordanien	0	Tschechische Republik	519
Kanada	2.922	Türkei	1.786
Kroatien	320	Ukraine	22
Lettland	139	Ungarn	383
Litauen	237	USA	90.000
Luxemburg	11	Vereinigte Arabische Emirate	35
Total	132.381		

Quelle: Nato Stand: 6. Juni 2011

Standorte der Bundeswehr im Rahmen der Isaf-Mission



Quelle: Isaf, dpa Stand: Juni 2011

Eiszeit unter Freunden

BÜNDNIS Wie aus Deutschlands uneingeschränkter Solidarität mit den USA ein Nein zum Irak-Krieg wurde, das transatlantische Verhältnis sich abkühlte und ein Bundestagswahlkampf in Vorderasien entschieden wurde

Noch am Tag der Terroranschläge in New York und Washington sicherte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) den USA die „uneingeschränkte Solidarität“ Deutschlands zu; drei Tage später versammelten sich 200.000 Menschen in Berlin am Brandenburger Tor zur Solidaritätskundgebung, zu der alle im Bundestag vertretenen Parteien aufgerufen hatten. Der neue amerikanische Botschafter Dan Coats dankte den Deutschen für ihre Anteilnahme und sprach davon, dass die USA sich keinen loyalen Freund wünschen könnten. „Amerika wird dies nicht vergessen“, fügte Coats hinzu.

Tiefer Riss Damit hatte er zwei Monate vor dem Ausbruch des Irak-Krieges am 20. März 2003 ausgesprochen, was sich in den Monaten und Wochen zuvor bereits abgezeichnet hatte: Im Bunde mit Frankreich und Russland entfernte sich Deutschland mit Riesenschritten von jener „uneingeschränkten Solidarität“ der Tage nach dem 11. September

2001. Es war das erste Mal, dass sich die Bundesrepublik als Nato-Partner vom „großen Bruder“ USA in aller Form distanzierte. Eine Entfremdung, die am 8. Februar 2003, beim Auftritt von Außenminister Joschka Fischer (Grüne) und US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld auf der Münchener Sicherheitskonferenz offen zu Tage trat: „I am not convinced“ (ich bin nicht überzeugt), sagte Fischer vor laufender Kamera an den Amerikaner gewandt. Es folgte ein tiefer Riss nicht nur durch das „alte“ und „neue“ Europa, wie Rumsfeld anmerkte, sondern auch durch die Nato als Ganzes. Einer „Koalition der Willigen“ standen unwillige Bündnispartner von Rang gegenüber. Die diplomatische Eiszeit hielt für den Rest der Legislaturperiode an. Erst Schröders Besuch bei Bush im Februar 2004 zeigte wieder so etwas wie einen freundlich-geschäftsmäßigen Umgang, freilich ohne die Qualität der früheren Zusammenarbeit. Seitens des US-Präsidenten hielt diese Entfremdung über seine Amtszeit hinaus an. In seinen Memoiren „Decision Points“ (Entscheidungspunkte) schrieb er 2010, das Zerwürfnis über den Irak-Krieg habe sein Verhältnis zu Schröder zerrüttet. „Ich schätze persönliche Diplomatie und lege viel Wert auf Vertrauen“, schreibt Bush – und fährt mit Blick auf Schröder fort: „Als dieses Vertrauen verletzt wurde, war es schwierig, noch einmal eine konstruktive Beziehung zu haben.“

Bei der Weigerung, am Irak-Krieg teilzunehmen, hatte Schröder ein sicheres Gespür für die Stimmung in der deutschen Bevölkerung. Meinungsumfragen zufolge lehnten etwa 85 Prozent der Deutschen einen Militärschlag gegen den Irak ab. So hatte Schröders Nein zum Irak-Krieg ihm – neben der Elbe-Flut – die knappe Wiederwahl von Rot-Grün 2002 im Bund gesichert. Der Erfolg hielt jedoch nicht lange an: Anfang 2003 gingen mit Hessen und Niedersachsen zwei wichtige Landtagswahlen für die Regierungskoalition verloren und reformpoli-



Fröstlicher Empfang: Bush (r.) zu Besuch bei Schröder im Februar 2005

tisch stand die zweite rot-grüne Regierungskoalition alles andere als gut da. Es war deshalb auch alles andere als zufällig, dass Schröders Rede im Bundestagsplenum den bezeichnenden Titel „Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung“ trug, als der Kanzler am 14. März, also eine Woche vor dem Einmarsch amerikanischer Soldaten in den Irak, im Bundestag die noch heute heiß diskutierte „Agenda 2010“ vorstellte.

Zerrissenes Land Deutschland selbst war zutiefst gespalten. Im Wahlkampf hatte die damalige Parteivorsitzende der CDU, Angela Merkel, von Schröder verlangt, nur gemeinsam mit den Bündnispartnern über ein Vorgehen gegen den Irak zu entscheiden. „Es kann nicht sein, dass sich Deutschland einseitig festlegt“, sagte sie mit Blick auf das Ultimatum, das die Amerikaner dem irakischen Diktator Saddam Hussein zuletzt gestellt hatten. Die Drohung müsse glaubhaft sein, monierte Merkel und kritisierte, dass die Bundesregierung schon vor dem Auftritt von US-Außenminister Colin Powell vor dem UN-Sicherheitsrat eine deutsche Unterstützung des Militärschlags ausgeschlossen habe. Es gehöre aber zur deutschen „Staatsräson“, Sonderwege jeder Art zu vermeiden. Der „politische Eiertanz“ der Regierung habe nicht dazu beigetragen, das Vertrauen in Deutschland zu stärken. Viele Beobachter werteten dies als Kriegsbe-

reitschaft. In Anspielung darauf warf Schröder der Union vor: „Es gibt auch in unserem Land eine Koalition der Willigen für den Krieg. Die CDU/CSU gehört dazu.“ Rund 10.000 Menschen marschierten am 12. April von der Parteizentrale der CDU in Berlin zu einer Abschlusskundgebung am zentral gelegenen Brandenburger Tor, um gegen den Irak-Krieg zu demonstrieren. Bis dahin hatte Merkel – in Übereinstimmung mit der Fraktionsmehrheit und der Parteiführung – stets erklärt, die Union stehe an der Seite Washingtons, weil Deutschland und die Vereinigten Staaten in einer Wertegemeinschaft stünden. Merkel betonte, selbstverständlich seien die militärischen Auseinandersetzungen und die Folgen für die Zivilbevölkerung „extrem bedauerlich. Ich hätte mir gewünscht, dass es eine friedliche Lösung gegeben hätte“, sagte sie. Nun sei der Krieg aber eine Realität, und sie unterstütze die Vereinigten Staaten und ihre Soldaten. Die CDU-Chefin räumte dabei allerdings ein, dass diese Haltung an der eigenen Basis Unruhe schaffe. Denn die schnelle Festlegung blieb auch in der Partei nicht unumstritten. Im CDU-Präsidium wurde Merkel zwar von einer deutlichen Mehrheit der Mitglieder in ihrer Haltung unterstützt, aber der saarländische Ministerpräsident Peter Müller blieb bei seiner Ansicht, dass der Krieg einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstelle. Uni-

seiner Haltung gegenüber dem Irak unterstützte, sehe er es als problematisch an, dass die amerikanische Regierung im Alleingang handle. Auch die CSU unterstützte nur mit Zögern die Position Merkels. „Wir sind betroffen über den Krieg. Wir haben ihn nicht gewollt. Wir haben ihn nicht zu verantworten“, sagte CSU-Chef Edmund Stoiber.

Noch immer aktuell Eine juristische Folge des Irak-Krieges entwickelt noch in diesen Tagen Brisanz: Die FDP sah 2003 in der fehlenden Zustimmung des Bundestages zu einem Einsatz von Awacs-Frühwarnflugzeugen zur Luftsicherung über der Türkei eine Missachtung des Parlaments. Der Einsatz sei ein „bewaffneter Beistand“, argumentierten die Liberalen. Mit einem in Karlsruhe eingereichte Eilantrag waren sie jedoch zunächst erfolglos. Kanzler Schröder argumentierte damals, es handle sich um Routineeinsätze der Nato. Da die eingesetzten Flugzeuge nicht bewaffnet seien, müsse der Bundestag nicht zustimmen. 2008 entschied Deutschlands höchstes Gericht anders: Der Einsatz war verfassungswidrig, die Parlamentarier hätten vorher gehört werden müssen. Heute steht genau dieses Urteil wieder im Fokus der Debatte. Nur geht es diesmal nicht um den Irak, sondern um Libyen und den Einsatz deutscher Soldaten in Nato-Stäben. **Christoph Birnbaum**

Der Autor ist freier Journalist in Bonn.



Gegen den Krieg: Rund 50.000 Menschen nahmen im März 2003 vor dem Brandenburger Tor in Berlin an einer Demonstration gegen die US-Invasion im Irak teil.

Schlüsselrolle für die arabische Welt

ÄGYPTEN Noch ist der Traum von Demokratie nicht ausgeträumt. Setzt sie sich durch, werden sich andere arabische Staaten diesem Sog nicht entziehen können

Als die Ägypter am 11. Februar dieses Jahres den Diktator Husni Mubarak nach 30 Jahren an der Macht aus dem Präsidentenpalast verjagten, schien am Nil der Weg Richtung Demokratie frei zu sein. Und mehr noch: Als Regionalmacht im Nahen Osten sollte Ägypten nach Tunesien ein weiterer Dominostein sein, der die Theorie stützt, wonach in der arabischen Welt nun eine Diktatur nach der anderen ihr Ende erleben könnte. Doch davon kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Anders als Mubarak und sein tunesischer Kompagnon Zine el-Abidine Ben Ali klammern sich Despoten wie Syriens Bashar al-Assad oder – bis in die vergangene Woche – Muammar al Gaddafi in Libyen an die Macht und schrecken auch vor Gewalt nicht zurück. Wenige Monate nach dem Jubel über die „Arabellion“ ist es um die Demokratie in der Region noch lange nicht gut bestellt.

Im Griff der Armee Zugleich drängt sich vielen in der westlichen Welt die Frage auf, ob islamistische Kräfte die größten Nutznießer des Aufstands sein könnten. Dabei sitzt ihnen auch der Schockmoment vom 11. September 2001 im Nacken und die Erinnerung an die Taliban-Herrschaft in Afghanistan, die dem Terror gegen den Westen in Gestalt von Al-Qaida-Chef Osama bin Laden damals eine Heimstatt gab. Die Gefahr eines solchen „Gottesstaates“ ist zwar in keinem der arabischen Länder zu erkennen.

Doch die Muslimbrüder in Ägypten oder die islamistische An-Nahda-Partei in Tunesien haben gute Aussichten auf Erfolge bei freien Wahlen. In Ägypten, als bevölkerungsreichstes Land der arabischen Welt eine Schlüsselrolle der Region, machen sich zudem noch radikalere Kräfte bemerkbar. Ende Juli etwa strömten in Kairo Tausende Anhänger der ultra-frommen Salafiten mit Rufen nach der Scharia auf den Tahrir-Platz. Während der Westen vor allem islamistische Kräfte als Gefahr für die Demokratiebewegung sieht, sollte er jedoch zunächst die Armee Ägyptens im Auge behalten – sie hat das Land seit dem Abgang Mubaraks fest im Griff. An der Spitze steht der Oberste Rat der Streitkräfte, geleitet von Feldmarschall Mohammed Hussein Tantawi. Der 75-Jährige ist – wie fast alle Offiziere – ein Mann des alten Systems. Bereits 1991 übernahm er das Amt des Verteidigungsministers, weshalb er früher als „Mubaraks Pudel“ verspottet wurde.

Die Rolle des Militärs ist schwer zu deuten. Einerseits gibt es sich als Hüter der Revolution und verspricht, die Macht nach freien Wahlen an eine zivile Regierung abzugeben. Auch deshalb ist sein Ansehen bei vielen Ägyptern hoch. Andererseits geht es gegen

kritische Journalisten vor, noch immer müssen sich Zivilisten vor Militärgerichten verantworten – die Rede ist von mehr als 10.000 Fällen. Für Aufsehen sorgt gerade der Fall der Bloggerin Asmaa Mahfouz. Die 26-Jährige muss sich vor einem Militärgericht verantworten, weil sie den Obersten Militärrat beleidigt haben soll. So viel dürfte feststehen: Die ägyptische Armee wird die Macht nur dann an eine zivile Regierung abgeben, wenn ihre eigenen Pfründe unangetastet bleiben. Es waren Offiziere, die 1952 unter dem Jubel des Volkes Ägyptens König Faruk stürzten. Seitdem genoss die Armee einen halb-autonomen Status. Ihre Unabhängigkeit von der Politik wollen die Offiziere auch nach freien Wahlen behalten, wie hohe Generäle öffentlich kundgetan haben. Die Offiziere besitzen zudem ein großes Wirtschaftsimperium, das einen erheblichen Teil der ägyptischen Volkswirtschaft ausmacht. Wer danach greift, muss mit Widerstand der Militärs rechnen.

Die junge Generation hat durch den Sturz des Despoten ein ganz neues Selbstvertrauen gewonnen.

Wütend sind viele Ägypter auch, weil die Armee die Hand über Strukturen des alten Systems hält. Die Demonstranten konnten zwar, die erste Reihe des Unrechtsregimes stürzen – in der zweiten und dritten Reihe



Demonstranten und Soldaten im Januar in Kairo

sitzen aber weiter alte Kader, nicht zuletzt in Ägyptens gefürchteter Staatssicherheit. Ist der Traum von Demokratie in Ägypten schon ausgeträumt? Trotz der bedenkenlichen Entwicklungen lautet die Antwort: Nein, keineswegs. Die junge Generation, die die

Proteste bis heute trägt, hat durch den gelungenen Sturz des Despoten ein ganz neues Selbstvertrauen gewonnen. Sie weiß jetzt, wie stark sie ist, wenn sie vereint auf die Straße geht. Längst hat sie sich die Ideen von Freiheit und Demokratie zu eigen ge-

macht. Ihre Angst vor einer gewaltsamen Reaktion der Regierenden hatte sie schon vor Mubaraks Sturz abgelegt. Sollte ein neuer Diktator nach der Macht greifen, egal ob in Junge oder religiösem Gewand, wird die junge Generation wieder auf die Straße ziehen und ihre Rechte einfordern.

Türkisches Modell Vieles spricht dafür, dass in Ägypten ein System ähnlich dem bisherigen türkischen Modell entsteht: eine Demokratie mit ziviler Regierung, die stets die starke Hand des Militärs im Nacken spürt. Ob und wie sich die Politik mittel- oder langfristig aus diesem Griff befreien kann, ist kaum vorzuzusagen. Wer immer nach den Wahlen an die Macht kommt, muss zunächst die soziale und wirtschaftlich Not bekämpfen. Nur wenn das den kommenden Regierenden gelingt, dürfen sie im Volk so populär werden, dass sie den Generälen nach und nach ihre Macht nehmen könnten. Sollte am Nil tatsächlich etwas entstehen, was den Namen Demokratie verdient, werden sich auch andere arabische Staaten diesem Sog über kurz oder lang nicht entziehen können. Sollte die Demokratiebewegung in Ägypten jedoch scheitern, wird sie auch in anderen Ländern unterliegen. Dann jubeln die Diktatoren. **Jan Kuhlmann**

Der Autor ist Islamwissenschaftler und arbeitet als freier Journalist in Berlin.



Wider die Würde

GUANTANAMO Die deutschen Reaktionen auf das US-Camp schwankten zwischen Empörung und Zurückhaltung. Dass Obama das Lager nicht zügig schließen kann, sorgt für Ratlosigkeit

Die Veröffentlichung von Bildern der Gefangenen sorgte 2002 auch in Deutschland für deutliche Kritik an Washington.

Will man ermes- sen, was Guantanamo heute in Deutsch- land bedeutet, an- nähernd zehn Jahre nach dem erste mutmaßliche islamistische Terrorist von den US-Streitkräften dort inhaftiert wurde, so ist ein Blick auf die künstlerische Rezep- tion womöglich ergiebiger als das Studium von Bundestagsdrucksachen. Da werden Aufführungen klassischer Theaterstücke mit Bildern aus dem Gefangenenlager auf dem US-Stützpunkt auf Kuba illustriert. Oder die Foltermethode des simulierten Ertrinkens, das sogenannte Waterboarding. In der Politik ist Guantanamo indes schon seit einiger Zeit nicht mehr Gegenstand der Debatte. Guantanamo ist vom Streitfall zur Chiffre geworden.

Versprechen nicht eingelöst Das vorläufige Ende des politischen Streits hängt mit dem Amtsantritt von US-Präsident Barack Obama im Januar 2009 zusammen und mit dem Dekret, mit dem er drei Tage später vorgeben wollte, das Gefangenenlager binnen eines Jahres zu schließen. Das traf hierzulande auf breiteste Zustimmung. Seit Obama aber eingestehen musste, dass er sein Versprechen nicht einlösen kann, Guantanamo zügig aufzulösen, ist die Ratlosigkeit auch in Deutschland angekommen. In deutschen Zeitungsmeldungen tauchte im Dezember 2001 erstmals Guantanamo als Standort für ein Lager für gefangene „Terroristen“ auf. Schon bald wurde in Presse- kommentaren Kritik daran laut, dass hier Menschen ohne Verfahren und ohne einen

rechtlich gesicherten Status festgehalten würden. Eine politische Debatte kam erst verzögert ins Rollen. Mitte Januar 2002 forderte Außenminister Joschka Fischer (Grüne), die Inhaftierten „unabhängig von einer späteren Statusdefinition“ wie Kriegsgefangene nach den Genfer Konventionen zu behandeln. Gleichzeitig protestierte FDP-Chef Guido Westerwelle beim US-Botschafter in Berlin gegen die Haftbedingungen. Die Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses des Bundestages, Christa Nickels (Grüne), kritisierte, es sei mit der Menschenwürde nicht vereinbar, dass Gefangene „gefesselt, maskiert und in Drahtkäfigen gehalten werden“. Die politischen Reaktionen waren auch ein Reflex auf die Veröffentlichung von Bildern aus Guantanamo. Vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) war hingegen zu dem Thema nicht nur in den Anfangsjahren kaum etwas zu hören. In parlamentarische Initiativen mündete die Kritik zwei Jahre später. Die damals oppositionelle FDP brachte einen Antrag „für die Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte und Grundfreiheiten in Guantanamo“ ein. Es dürfe nicht in einem Kampf für die Rechte und Sicherheit der Menschen „dieser Schutz von seinen Verfechtern selbst ausgehebelt“ werden, argumentierte sie. Die Bundesregierung sollte, forderte der Antrag, gegenüber Washington darauf dringen, dass Mindeststandards eingehalten, die Häftlinge als Kriegsgefangene behandelt werden und die „rechtliche Grauzone“ baldmöglichst beseitigt wird. Der Oppositionsantrag wurde abgelehnt. Ein Vierteljahr später brachten einige der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen einen eigenen Antrag ein und auch durch, der weite Teile des vor-

her abgelehnten Textes und den Kern der politischen Forderungen übernahm. Ähnlich wie Schröder hielt sich auch CDU-Chefin Angela Merkel lange zurück. Das änderte sich allerdings mit ihrer Wahl zur Bundeskanzlerin. Ohne dass es ihr gutes Verhältnis zu Obamas Amtsvorgänger George W. Bush trübte, sprach sie das Thema Guantanamo deutlich an: Die Einrichtung könne „auf Dauer“ keine Lösung sein. Im Bundestag brachte daraufhin die Opposition – Die Linke, Grüne und FDP je für sich – Anträge ein, Deutschland solle von den USA die Schließung des Lagers fordern. Die Große Koalition ließ sich darauf allerdings nicht ein und setzte einen eigenen Antrag durch, der die Regierung in knappen Worten für ihre Haltung lobte. Zu mehr reichte die Ge-

KOMPAKT

> Das Gefangenenlager wurde Anfang 2002 auf dem US-Marinestützpunkt Guantanamo Bay auf Kuba eingerichtet.

> 779 Gefangene waren seither nach offiziellen Angaben in Guantanamo inhaftiert.

> Mehr als 500 von ihnen sind noch unter US-Präsident George W. Bush frei gekommen. Beim Amtsantritt seines Nachfolgers Barack Obama im Januar 2009 waren noch 240 Insassen in Guantanamo.

> Heute werden noch ungefähr 170 Menschen in dem Gefangenenlager in Haft gehalten.

meinsamkeit von Union und SPD nicht. Allerdings hatte die neue politische Konstellation eine konkrete Folge: Der Bremer Türke Murat Kurnaz konnte in Guantanamo entlassen werden und wieder nach Deutschland kommen. Das veränderte auch die Debatte, die sich fortan mehr um Kurnaz als um Guantanamo drehte (siehe Text unten). Als dann Obama das Gefangenenlager schließen wollte, nahm der Diskurs eine neue Wendung. Nun ging es darum, ob Deutschland seine früheren Forderungen untermauern will, indem es weitere Entlassene aufnimmt. So forderten es die Grünen (in einem Antrag) und auch die SPD (wegen der Koalition nur in Interviews). Die Position der Union machte deren menschenrechtspolitische Sprecherin Erika Steinbach (CDU) in der Bundestagsdebatte im Januar 2009 deutlich: Wenn das Lager nun begriffswertweise aufgelöst werden sollte, sei das Sache der USA. „Dazu brauchen sie nicht die Unterstützung eines Landes auf dem Erdball. Das schaffen sie alleine.“

Nach dem Regierungswechsel zu Schwarz-Gelb im September 2009 erhielt der Streit eine neue Facette: Der neue Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) war dafür, den USA durch Aufnahme von erwiesenermaßen unschuldigen Gefangenen unter die Arme zu greifen, doch die Bundesländer – in jeder Regierungskonstellation – leisteten erbitterten Widerstand. So blieb es bislang bei der Aufnahme von zwei Männern, einem Syrer und einem staatenlosen Palästinenser, nach fast zehn Jahren Guantanamo. *Stephan Löwenstein*

Der Autor ist Berlin-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Kurzen Prozess gemacht

VÖLKERRECHT Debatte um Ermordung von Osama bin Laden

Die Nachricht vom Tode Osama bin Ladens, der von einer US-amerikanischen Spezialeinheit im Mai dieses Jahres in der pakistanischen Stadt Abbottabad erschossen wurde, beherrschte über Tage hinweg die öffentliche Diskussion. In die allgemeine Erleichterung mischte sich bald die Frage, ob die Kommandoaktion mit den Regeln des Völkerrechts vereinbar ist.

In der Tat gelten völkerrechtliche Maßstäbe auch – und gerade – für die Anwendung militärischer Gewalt. Nach der UN-Charta gilt im zwischenstaatlichen Verhältnis ein allgemeines Gewaltverbot. Im Übrigen halten sowohl das humanitäre Recht – also das Kriegsrecht – wie auch die vertraglich normierten Menschenrechte Regeln bereit, die bestimmen, unter welchen Voraussetzungen einem Menschen das Leben genommen werden darf.

Pakistanische Gebietshoheit Zwei rechtliche Aspekte sind zu unterscheiden. An erster Stelle steht die Frage, ob die USA die Gebietshoheit Pakistans verletzt haben. Jeder Staat hat die alleinige Befugnis, innerhalb seiner Grenzen physische Macht, insbesondere militärische Gewalt, auszuüben. Von diesem Grundsatz gibt es nur enge Ausnahmen. Es liegt auf der Hand, dass jeder Staat die Anwesenheit fremder Truppen auf seinem Territorium und auch bestimmte Operationen dieser Truppen gestatten kann. So wäre etwa das Nato-Bündnis ohne solche Gestattungen gar nicht denkbar. Mittlerweile scheint jedoch festzustehen, dass Pakistan keine Erlaubnis für die Kommandoaktion erteilt hatte. Absprachen der beiderseitigen Geheimdienste im Verborgenen vermögen eine Rechtfertigung nicht zu liefern. Auch eine Rechtfertigung durch Artikel 51 der UN-Charta, der jedem Staat Maßnahmen der Selbstverteidigung gegen einen gegnerischen Angriff gestattet, ist nach der üblichen Sinnbedeutung der Vorschrift auszuschließen. Die USA befanden und befinden sich nicht im Krieg mit Pakistan. Im Gegenteil zählen sie zu den engsten Verbündeten des Landes. Pakistan hat keine Gewalt gegen die USA verübt. Allenfalls könnte dem Land vorzuwerfen sein, dass es die Präsenz bin Ladens auf seinem Staatsgebiet geduldet hat.

Kein Kriegszustand Pakistan ist auch kein Land, in dem Recht und Ordnung völlig zusammengebrochen sind, so dass es möglicherweise den Schutz seiner Territorialhoheit verweigert hätte. Es trifft zu, dass Verwaltung und Justiz weithin im Argen liegen. Die Verfolgung eines Massenmörders wie bin Laden vor pakistanischen Gerichten wäre wohl angesichts der extremistischen und gewalttätigen Strömungen in dem Land fast unmöglich. Immerhin gibt es aber eine Regierung, die innerhalb gewisser Grenzen für Recht und Ordnung zu sorgen vermag und an die etwa ein Auslieferungersuchen gestellt werden könnte. Generell ist das Völkerrecht außerordentlich zurückhaltend in der Einschätzung, dass ein Land aufgrund seiner inneren Unordnung den Schutz des Gewaltverbots verweigert hat. Insgesamt muss

der Schluss gezogen werden, dass die USA die Gebietshoheit Pakistans verletzt haben. Der Schutz des Lebens von bin Laden ist nach den einschlägigen Regeln des humanitären Rechts und der internationalen Menschenrechtsgarantien zu beurteilen. Im bewaffneten Konflikt zwischen Staaten ist es zulässig, Angehörige der feindlichen Streitkräfte zu töten. Aber zwischen den USA und Pakistan herrscht kein Kriegszustand.

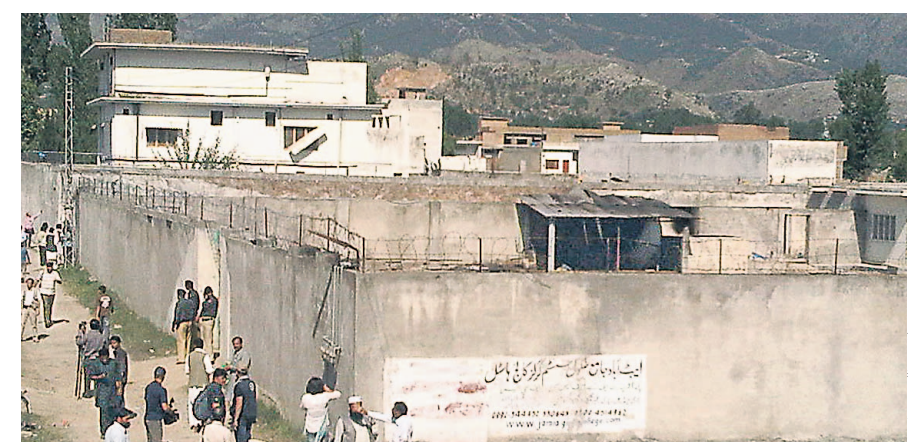
Fall Bürgerkrieg Die Regeln über den nicht-internationalen bewaffneten Konflikt, insbesondere den Bürgerkrieg, sind dagegen weniger klar gefasst. Fest steht, dass die militärischen Auseinandersetzungen in Afghanistan angesichts ihrer Intensität einen Konflikt darstellen, der über die Grenzen hinausreichen kann. Wenn in einem Bürgerkrieg eine Rebellenorganisation sich in das Gebiet eines benachbarten Landes – in diesem Fall Pakistan – zurückzieht und von dort seine Operationen fortführt, ohne von der zuständigen Regierung daran gehindert zu werden, kann es dem von den Angriffen betroffenen Staat nicht zugemutet werden, diese reaktionslos hinzunehmen. Allerdings sind nach den Genfer Abkommen lediglich die Personen legitimes Angriffsziel, die sich unmittelbar an den Kampfhandlungen beteiligen. Im Falle bin Ladens war nur bekannt, dass er in der Vergangenheit als Anführer der Taliban schwere Verbrechen angeordnet und organisiert hat.

Hand des Rechts Die USA sprechen seit dem Angriff auf die Twin Towers in New York im Jahre 2001 von einem „Krieg gegen den Terror“. Davon leiten sie ab, dass nach kriegsrechtlichen Maßstäben jeder gegnerische Teilnehmer an diesem Krieg getötet werden darf. Als völkerrechtlicher Begriff hat sich diese neue Formel noch nicht gefestigt. Zu Recht sträubt sich die internationale Gemeinschaft, den Schutz des menschlichen Lebens für ganze Gruppen von Personen ohne nähere Präzisierung aufzugeben. Niemand fällt aus der Hand des Rechts.

Grundsätzlich sollen außerhalb eines Kampfesgeschehens die allgemeinen Menschenrechte Anwendung finden, die jedem mutmaßlichen Verbrecher bestimmte prozessuale Mindestgarantien sichern. So genannte „targeted killings“ von Terrorverdächtigen scheren sich um solche Gewährleistungen nicht. Sie machen kurzen Prozess. Meist kommt es dabei zu weiteren Verlusten von Menschenleben in der Nähe des Getöteten. Das Dilemma ist nicht zu übersehen: In manchen Ländern mit schwachen Regierungsstrukturen ist effektive Strafverfolgung kaum denkbar. Aber eine Weltordnung, in der die Geheimdienste der Großmächte nach ihrem Ermessen über Tod oder Leben eines Menschen entscheiden, wäre eine besorgniserregende Vorstellung. *Christian Tomuschat*

»Targeted killings« scheren sich nicht um die Gewährleistung prozessualer Garantien.

Der Autor ist emeritierter Professor für öffentliches Recht. Er war Mitglied des UN-Menschenrechtsausschusses und Vorsitzender der UN-Völkerrechtskommission.



Das Versteck Osama bin Ladens im pakistanischen Abbottabad

Dünne Verdachtsmomente mit dramatischen Folgen

DER FALL KURNAZ Das Schicksal des Bremer Türken und Guantanamo-Häftlings beschäftigte zwei Untersuchungsausschüsse des Bundestages. Nicht alle Vorwürfe konnten geklärt werden

Max Stadler, als FDP-Abgeordneter bis 2009 in der Opposition, blickt zurück: „Der Bundestag hat im Fall Murat Kurnaz erfolgreiche Aufklärungsarbeit geleistet.“ So sieht es auch Michael Hartmann (SPD), damals als ein Vertreter der Großen Koalition Gegenspieler Stadlers: „Wir sind im Untersuchungsausschuss unserer Aufgabe gerecht geworden.“ Als Beleg für den Erfolg gelten beiden Politikern die nach den Erfahrungen rund um die Guantanamo-Inhaftierung des in Bremen aufgewachsenen Türken Murat Kurnaz ausgeweiteten Kontrollrechte des Parlaments gegenüber den Geheimdiensten. Und der CDU-Abgeordnete Bernd Siebert zeigt sich zufrieden, weil der Verteidigungsausschuss, ein zweites Untersuchungsgremium im Fall Kurnaz, eine bessere Unterrichtung der Fraktionen über Einsätze des Bundeswehr-Spezialkommandos KSK erreicht habe.

Kurnaz' Fall zählte zu den zentralen Themen des BND-Untersuchungsausschusses des Bundestages, der zwischen 2006 und 2009 tagte. Viele Prominente marschierten als Zeugen auf, frühere und aktuelle Spitzen von Geheimdiensten und Bundeskriminalamt, Ex-Minister wie Joschka Fischer (Grüne) und Otto Schily; Frank-Walter Steinmeier, unter Kanzler Gerhard Schröder (alle SPD) Chef der Regierungszentrale und dann bis 2009 Außenminister, Thomas de Maizière (CDU), während der Großen Koalition Steinmeiers Nachfolger als Kanzleramtschef und heute Verteidigungsminister.

Jahrelang inhaftiert Kurnaz war Ende 2001 in Pakistan von US-Soldaten verhaftet und über Afghanistan nach Guantanamo verschleppt worden; nach seinen Schilderungen wurde er schon am Hindukusch und dann im Lager auf Kuba auch gefoltert.

Ohne strafrechtlich festgestellte Schuld blieb er dort inhaftiert, bis er 2006 nach einer Intervention von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in Washington entlassen wurde. Strittig im Ausschuss war vor allem das Ende 2002 von den Geheimdienstspitzen und Steinmeier gegen Kurnaz wegen dessen Einstufung als eines „Gefährders“ verhängte Einreiseverbot im Falle einer damals im Raum stehenden Freilassung.

Rot-grüne Rolle umstritten Gegensätzlich bewerten Hartmann und Stadler die Ergebnisse der Aufklärungsarbeit. Für den SPD-Obmann im Ausschuss liegt die Verantwortung bei den USA, die im Anti-Terror-Kampf „übers Ziel hinausgeschossen“ seien und Menschenrechte verletzt hätten – auch bei Kurnaz. Die rot-grüne Regierung sei jedoch „kein Mittäter“ gewesen. Ende 2002 habe „kein leidenschaftliches Interesse“ an Kur-

naz' Rückkehr bestanden, sagt Hartmann, weil er auch hierzulande als „verdächtig“ gegolten habe – auch wenn sein Gefährdungspotenzial innerhalb der Geheimdienste unterschiedlich eingeschätzt worden sei. Als Türke hätte die Regierung sich zumindest „aus moralischen Gründen“ für eine Aufnahme von Kurnaz engagieren müssen. Die „Hauptkenntnis“ für den FDP-Obmann: Dieser Fall zeige, wie „aufgrund dünner Verdachtsmomente“ gegen einen einzelnen vor-

gegangen werde – mit dramatischen Folgen für den Betroffenen. Als Konsequenz sei jüngst bei der Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze die Hürde für solche Eingriffe in die

Rechte der Bürger erhöht worden: Künftig seien „konkrete Tatsachen“ und nicht mehr bloß „tatsächliche Anhaltspunkte“ zur Begründung eines Verdachts erforderlich.

Offene Frage Nicht klären konnte der Verteidigungsausschuss, ob Kurnaz in Afghanistan von KSK-Soldaten misshandelt wurde. Bei der Schilderung seiner Erlebnisse habe Kurnaz einen „glaubwürdigen Eindruck“ hinterlassen, erinnert sich Siebert. Allerdings habe es für seinen Vorwurf bei der Befragung anderer Zeugen keine konkreten Belege gegeben. Die Einschätzung, dass diese Frage offenbleibt, teilen im Abschlussbericht neben Union und SPD auch FDP und Grüne. Für Die Linke indes sprach „alles dafür“, dass Kurnaz misshandelt wurde. Ohne den Ausschuss, sagt Siebert, hätte allein die mediale Darstellung dieses Falls die öffentliche Debatte geprägt. *Karl-Otto Sattler*



Murat Kurnaz 2007 vor dem BND-Untersuchungsausschuss

Bundestag öffnet Türen

EINBLICKE Am 4. September ist es wieder soweit. An diesem Tag lädt der Bundestag zu seinem jährlichen Tag der offenen Tür ein. Von 9 bis 20 Uhr können die Besucher das Reichstagsgebäude, das Paul-Löbe-Haus und das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus besichtigen. Letzter Einlass ist um 19 Uhr.

Im Reichstagsgebäude präsentieren sich auf der Fraktionsebene die fünf Bundestagsfraktionen. Auf der Besuchertribüne im Plenarsaal gibt es ab 9 Uhr Vorträge über die Arbeit des Parlaments. Von 13 bis 19 Uhr kann man hier mit den Vizepräsidenten des Bundestages sprechen: 13 Uhr – Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen); 15 Uhr – Petra Pau (Die Linke); 16 Uhr – Wolfgang Thierse (SPD); 17 Uhr – Eduard Oswald (CDU/CSU) und 18 Uhr – Hermann Otto Solms (FDP).

Im Paul-Löbe-Haus informieren die Bundestagsausschüsse über ihre Arbeit. Abgeordnete diskutieren auf der Bühne in der Halle über aktuelle Themen. Gesondert präsentieren sich der Petitionsausschuss und die Kinderkommission.

Auch die Bundestagsverwaltung stellt sich im Paul-Löbe-Haus vor. So kann man sich über die Arbeit der Wissenschaftlichen Dienste und der Bundestagspolizei oder über die internationalen Beziehungen des Parlaments informieren. Jugendliche können sich nach den Möglichkeiten erkundigen, beim Bundestag eine Berufsausbildung zu absolvieren. In der Halle des Paul-Löbe-Hauses ist auch ein Kinderbereich geplant. Zur Besichtigung offen steht auch das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Bei Gruppenführungen kann man die Bibliothek, die eine der größten Parlamentsbibliotheken der Welt ist, das Parlamentsarchiv und die Pressedokumentation besichtigen. Zum Besuch laden auch der Kunst-Raum und das Mauer-Mahmal des Bundestages ein. Ein detailliertes Programm ist unter www.bundestag.de/besuche zu finden. **che**



Klaus Wowereit freut sich angesichts guter Umfragewerte. Bei Renate Künast dagegen sanken zuletzt die Zustimmungswerte.

KURZ NOTIERT

Regierung gegen Änderungen bei Visa-Warndatei

Die Bundesregierung will den Straftatenkatalog der geplanten Visa-Warndatei nicht wie vom Bundesrat vorgeschlagen ergänzen. Das geht aus der Gegenäußerung der Regierung zur Stellungnahme des Bundesrates zu ihrem Gesetzentwurf über die Errichtung der Visa-Warndatei (17/6643) hervor. Danach hatte der Bundesrat darauf verwiesen, dass bei den aufgeführten Straftaten der Punkt „unerlaubte Einreise und Aufenthalt entgegen einer vorübergehenden Abschiebung, Zurückweisung etc.“ fehle. In ihrer Gegenäußerung betont die Regierung, aus ihrer Sicht sei die Ergänzung des Straftatenkatalogs um entsprechende Verurteilungen nicht erforderlich. Die Visa-Warndatei solle in erster Linie der Vermeidung von Visummissbrauch dienen. In ihr sollen Daten zu Personen gespeichert werden, die wegen „einer der für das Visumverfahren relevanten Katalogstrafataten nach dem Aufenthaltsgesetz und dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder im Zusammenhang mit Schleusung, Menschen- und Kinderhandel oder schwersten Betäubungsmitteldelikten“ verurteilt worden sind. **sto**

Versicherungspflicht soll vereinheitlicht werden

Die Versicherungspflicht von Teilnehmern an dualen Studiengängen soll einheitlich in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung und der Arbeitsförderung geregelt werden. Wie aus einem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Vierten Sozialgesetzbuches und anderer Gesetze (17/6764) hervorgeht, sollen die Teilnehmer den zur Berufsausbildung Beschäftigten gleichgestellt werden. Zu dem umfangreichen Maßnahmenpaket gehört zudem der Verzicht auf das Versenden einer Rentenanspruchsmittelteilung, wenn sich bei der jährlichen Rentenanspruchsmittelteilung nicht erhöht hat. Im Sechsten Sozialgesetzbuch soll klargestellt werden, dass eine Erstattungsfrist des Bundes für Rentenversicherungsbeiträge an die Träger der Einrichtungen nur für die im Arbeitsbereich einer anerkannten Werkstatt tätigen behinderten Menschen besteht. **che**

Parlament muss Ausnahme genehmigen

Die Bundesregierung hat die Entsendung von Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) in den Aufsichtsrat der Russisch-Deutschen Energie-Agentur beschlossen. Dies geht aus ihrem Antrag „Ausnahme von dem Verbot der Zugehörigkeit zu einem Aufsichtsrat für Mitglieder der Bundesregierung“ (17/6670) hervor. Danach soll der für die Entsendung erforderliche Bundestagsbeschluss über die Ausnahme in der nächsten Sitzung des Parlaments herbeigeführt werden. **sto**

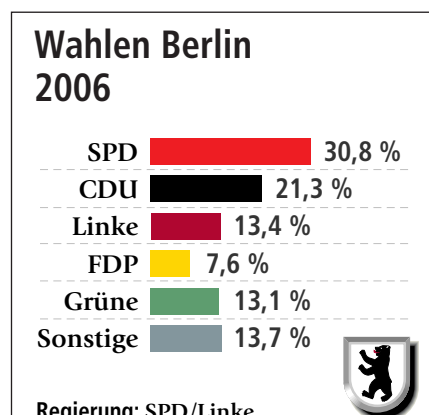
Duell ohne scharfe Waffen

BERLIN Vor der Abgeordnetenhauswahl dominiert die SPD in Umfragen. Rot-Grün könnte Rot-Rot ersetzen

Ihre Hoffnung setzen sie jetzt auf den grünen Balken. Am 18. September um 18 Uhr, wenn die Fernsehanstalten die erste Prognose zur Berlin-Wahl präsentieren und die klassische Grafik mit Gewinnen und Verlusten auf den Bildschirmen flimmert, dann soll alles gut werden: „Wenn dann der grüne Balken nach oben geht“, sagt einer der wichtigen Wahlkämpfer der Berliner Grünen, „dann wird das bejubelt, ist doch klar.“ Ganz egal, was vorher war. Der Grünen-Landesverband steckt in einer seltsamen Lage. Fünf Jahre zuvor, bei der Berlin-Wahl 2006, wurden die Hauptstadt-Grünen nur viertstärkste Partei mit 13,1 Prozent. Sie blieben in der Opposition, Rot-Rot unter dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) regierte weiter. Im vergangenen Jahr erreichten die Grünen in Umfragen dann monatlang Rekordwerte bis zu 30 Prozent. Renate Künast, die Fraktionschefin im Bundestag und bekannteste Grüne der Republik, ließ sich in einer Jubiläumsinterview zur Spitzenkandidatin küren und forderte Wowereit heraus. Ein Duell um Platz Eins sollte es werden, um die „Hegemonie im linken Lager“ der Hauptstadt, heißt es bei den Grünen-Strategen.

Das Thema fehlt Tatsächlich ist Künast die erste Grüne, die vor der Wahl den Anspruch auf Regierungsführung erhebt. Doch seit Künasts Kandidatur sinken die Werte der Partei (mit einem Zwischenhoch im Fukushima-Frühjahr). In der aktuellen Umfrage des ZDF-Politbarometers vom 26. August liegen die Grünen bei 20,5 Prozent, gleichauf mit der CDU. Verglichen mit 13 ist das zwar viel. Doch alle vergleichen es mit 30. Künast, so scheint es drei Wochen vor der Wahl, kommt in Berlin, wo sie seit 35 Jahren lebt, nicht an. Zumindest nicht wie gedacht – und nicht gegen Klaus Wowereit. Der Regierungschef, geboren im West-Berliner Ortsteil Tempelhof, läuft zur persönlichen Höchstform auf. Er gibt sich entspannt und volksnah. Auf den Wahlplakaten steht keine politische Botschaft, nicht einmal mehr sein Name, statt dessen sieht man einen Senatsschiff zum Anfasseln. „Berlin verstehen“ lau-

depart, es gab eine Schulstrukturreform, die schwache Wirtschaft holt allmählich auf, trotz der höchsten Arbeitslosenquote im Bund. Im Linken-Landesverband geben die Reformer den Ton an, allen voran der Spitzenkandidat und Wirtschaftssenator Harald Wolf, ein pragmatischer Westler mit allerdings droger Ausstrahlung. Die Linke Berlin schwächelt (derzeit 10,5 Prozent) wegen immer neuer negativer Debatten auf Bundesebene über Kommunismus, Mauerbau oder, zuletzt, den schwärmerischen Glückwunschbrief der Bundeschefs Gesine Löttsch und Klaus Ernst an den greisen kubanischen Revolutionär Castro. Dennoch könnte es mit einer starken SPD knapp reichen für eine dritte Auflage von Rot-Rot.



CDU gegen FDP Das bürgerliche Lager der Hauptstadt ist indes offen zerstritten. Niemand brauche die „Yuppie-Boygroup“ von der FDP, ließ der Spitzenkandidat der Union, Frank Henkel, die Liberalen jüngst wissen. Henkel, der mit seinem Vize-Landeschef Thomas Heilmann – einst Werbeprof – eine Modernisierung der Hauptstadt-Union in Gang brachte, setzt jetzt vor der Wahl aber wieder auf das Thema Sicherheit. In Berlin brennen Nacht für Nacht Autos, die CDU plakatiert in Anspielung auf den SPD-Slogan Tatortfotos mit der Frage: „Muss Berlin das verstehen?“ Die Chance der CDU ist, dass weder SPD noch Grüne eine Koalition mit der Union (als kleinerem Partner) ausgeschlossen haben. Die FDP liegt dagegen seit mehr als einem Jahr in allen Umfragen unter der Fünf-Prozent-Hürde. Laut jüngster ZDF-Statistik liegt sie derzeit bei 3,5 Prozent und wird damit sogar von ihrer Klein-Konkurrenz, den „Piraten“, überholt, die auf 4,5 Prozent kommen. FDP-Frontmann Christoph Meyer weiß aber auch: Schafft die FDP doch noch die fünf Prozent, ist Rot-Rot am Ende. **Jan Thomsen**

Der Autor ist Redakteur der „Berliner Zeitung“

Mehr zum Thema der Woche unter: www.wahlen-berlin.de

Kapitän Selling steuert Sieg an der Küste an

MECKLENBURG-VORPOMMERN Wahl am 4. September

Die Umfragen zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern scheinen seit Monaten wie in Stein gehauen. Die SPD liegt darin bei mindestens 34 Prozent. Auch nach dem 4. September wird ihr Spitzenkandidat Erwin Selling aller Voraussicht nach Ministerpräsident sein und das Ergebnis der Wahl von 2006 – die Sozialdemokraten führen 30,2 Prozent der Stimmen ein – verbessern. Kommt es so, wie die Wahlforscher voraussagen, kann sich der 61-Jährige als Koalitionspartner zwischen dem bisherigen Junior CDU und dessen Vorgängerin Die Linke entscheiden. In den Umfragen liegen die Christdemokraten mit 26 bis 28 Prozent knapp unter ihrem Ergebnis von 2006 (28,8 Prozent). Die Linke steht mit 17 bis 19 Prozent in den Umfragen etwas besser da als beim jüngsten Urnengang (16,8 Prozent). Selling, Nachfolger des unumstrittenen Landesvaters Harald Ringstorff (SPD), Ministerpräsident von 1998 bis 2008, liegt auch in der persönlichen Zustimmung einsam weit vor seinen Mitbewerbern Lorenz Caffier (CDU) und Helmut Holter (Linke): Der gebürtige Westfale Selling kommt auf einen Wert von 45 Prozent bei allen Wählern, Caffier liegt bei elf, Holter bei sechs Prozent. Der eigentliche Wahlkampf wird hinter den Kulissen geführt, für Emotionen sorgen insbesondere die zeitgleich stattfindenden Kreistags- und Landratswahlen.

Ärger mit Altkadern Für Aufsehen sorgte Linke-Spitzenkandidat Holter, als er gemeinsam mit Landesparteichef Steffen Bockhahn die schärfsten Kritiker einer Regierungsbeteiligung und zum Netzwerk „antikapitalistische Linke“ zählenden Birgit Schwebes, Gerd Walther und Barbara Borchert beim Wahlparteitag Anfang April 2011 von den vorderen Listenplätzen wegtaktierte. Bundesweit sorgte die frühere Sozialministerin des Landes, Marianne Linke, für Aufregung, als sie auf dem Landesparteitag der Linkspartei Mecklenburg-Vorpommern am 13. August, dem 50. Jahrestag des Mauerbaus, bei einer Gedenkminute für die Opfer sitzen blieb und später erklärte, sie ziehe es vor, des 140. Geburtstags von Karl Liebknecht an diesem Tag zu gedenken. In der sich anschließenden innerparteilichen Diskussion gab Holter den Ausgleichenden. Mit fatalen Folgen in seiner immer noch von Altkadern geprägten Landespartei: Nur 27 Prozent der eigenen Anhänger wollen den ehemaligen rot-roten Arbeitsminister als Ministerpräsidenten.

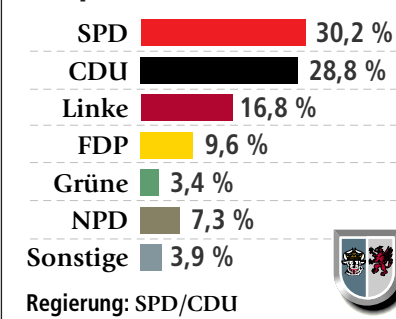
Auch CDU-Spitzenkandidat Lorenz Caffier machte bislang keinen Boden auf Selling gut. Weder mit seinem Ost-Bonus noch mit seiner viel diskutierten Kampagne „C wie Zukunft“ kann der 56-Jährige punkten. Zudem fehlen den Christdemokraten neben dem Innenminister zugkräftige Kandidaten, wie sie die SPD in Aufsteigerin Manuela Schwesig und dem Wahlkampfproben Till Backhaus hat. Das größte Plus für eine erneute Regierungsbeteiligung der CDU ist – so paradox es klingen mag – gerade der Grund für die schlechten Umfragewerte der Partei: die eben erst mit der knappst möglichen Mehrheit von vier zu drei Richterstimmen vom Landesverfassungsgericht bestä-

tigte Kreisgebietsreform. 73 Prozent der Wähler lehnen die neuen, mit der Wahl am 4. September in Kraft tretenden Verwaltungsstrukturen ab. Diese bescheren dem Land die größten Flächenkreise der Bundesrepublik – fünf der sechs neuen Kreise sind größer als das Saarland. Das bis zuletzt auf der Kippe stehende rot-schwarze Projekt geht zu Lasten von Innenminister Caffier. Da Die Linke allerdings in puncto Kreisgebietsreform massive Nachbesserungen fordert, spricht das eher gegen einen Regierungswechsel. Möglich ist im Schweriner Schloss dagegen ein Parteienwechsel. Die Grünen, in Umfragen seit sechs Monaten zwischen sieben und acht Prozent, stehen vor dem erstmaligen Einzug in den Landtag. Zittern müssen die Liberalen: Bei Umfragewerten von maximal fünf Prozent muss die Landes-FDP auf die Mobilisierung ihres gesamten Anhangs und eine niedrige Wahlbeteiligung hoffen. Bei der jüngsten Landtagswahl 2006 hatte die FDP mit einem Stimmenanteil von 8,6 Prozent die Fünf-Prozent-Hürde noch souverän genommen.

Wechselstimmung fehlt Die Zeichen für eine hohe Wahlbeteiligung im Nordosten stehen schlecht, eine Wechselstimmung wie auf Bundesebene gibt es nicht. Im Gegenteil, die gegenwärtige große Koalition unter Führung der Sozialdemokraten wird in Umfragen beständig deutlich als Wunschkonstellation genannt. Und da sich weder CDU noch Linke durch übermäßige Attacken auf die SPD eine erstrebte Regierungsbeteiligung verbauen wollen, fehlt es dem Wahlkampf zudem an polarisierenden Themen. Logische Konsequenz: Großveranstaltungen wie Auftritte von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in Parchim und Güstrow sind die Ausnahme, dafür setzen die Parteien auf den persönlichen Kontakt der Kandidaten zum Wähler. Einig sind sich die Parteien in einem weiteren Punkt: Gemeinsam unterstützen sie das von der Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ für den 2. September organisierte Festival „Laut gegen Rechts“ in Schwerin. Ziel ist es zu verhindern, dass die rechtsextreme NPD den erneuten Sprung ins Parlament schafft. 2006 erreichte sie 7,3 Prozent der Stimmen und liegt in den Umfragen bei vier bis fünf Prozent. **Dieter Schulz**

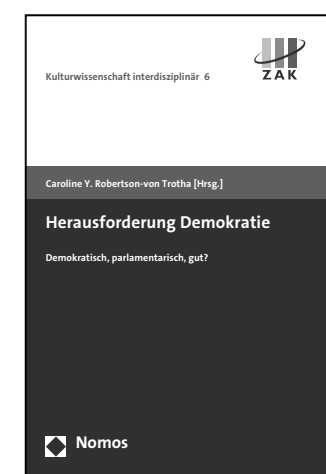
Der Autor ist Chefredakteur der „Schweriner Volkszeitung“.

Wahlen Mecklenburg-Vorpommern 2006



Anzeige

Demokratisch, parlamentarisch, gut?



Herausforderung Demokratie
Demokratisch, parlamentarisch, gut?
Herausgegeben von Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha
Unter Mitarbeit von Janina Hecht
2011, 188 S., brosch., 26,- €
ISBN 978-3-8329-5816-9
(Kulturwissenschaft interdisziplinär, Bd. 6)

Wie „demokratisch“ ist unsere Demokratie? Ausgehend von dieser Frage beschäftigt sich der Band mit der aktuellen politischen Situation in Deutschland. Konkrete Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger werden anhand historischer Ereignisse untersucht, während gegenwärtige Herausforderungen und Entwicklungen mit Blick auf die EU thematisiert und reflektiert werden.

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter www.nomos-shop.de

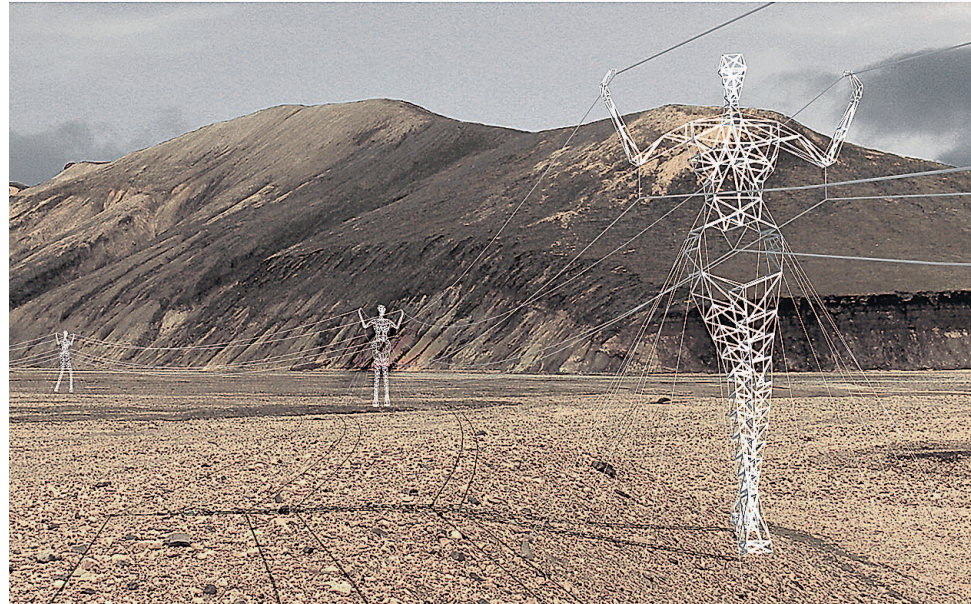


Bundesausgaben bleiben stabil

HAUSHALT I Die Bundesregierung will im kommenden Jahr 306 Milliarden Euro und damit nur unwesentlich mehr als in diesem Jahr geplant ausgeben. Der von der Bundesregierung als Gesetzentwurf (17/6600) vorgelegte Etatentwurf sieht eine Steigerung der Ausgaben von 200 Millionen Euro vor. Die Nettokreditaufnahme soll 27,2 Milliarden Euro betragen und damit erheblich niedriger als die im laufenden Jahr geplanten 48,4 Milliarden Euro ausfallen. Wie es in der Begründung des Gesetzentwurfs ergänzend heißt, wäre nach der Schuldenbremse eine Nettokreditaufnahme von maximal 37,8 Milliarden Euro zulässig gewesen. Die jetzt geplante Neuverschuldung unterschreite diese Grenze deutlich. Der Bundestag wird im September erstmals über den Haushaltsentwurf beraten. Größter Einzelposten bei den Ausgaben im Haushaltsplan für 2012 bleibt der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales mit 126,6 Milliarden Euro. Das sind allerdings 4,7 Milliarden Euro weniger als im laufenden Jahr. Zweitgrößter Posten ist die Bundesschuld mit 40 Milliarden Euro und einem Anstieg von rund 2,9 Milliarden. Das Bundesverteidigungsministerium soll 31,7 Milliarden Euro ausgeben können. Damit wird der Verteidigungsetat leicht um rund 133 Millionen Euro erhöht. Die Ausgaben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bleiben mit 25,3 Milliarden Euro fast unverändert. *hle*

Zinsen kosten 50 Milliarden

HAUSHALT II Die Ausgaben des Bundes sollen bis 2015 nur moderat steigen. Betragen die Ausgaben 2010 noch 303,7 Milliarden Euro, so sollen sie im nächsten Jahr auf 306 Milliarden und 2015 auf 315 Milliarden Euro steigen. Dies geht aus dem von der Bundesregierung als Unterrichtung (17/6601) vorgelegten Finanzplan 2011 bis 2015 vor. Stark steigen danach die Ausgaben für Rentenversicherungsleistungen, die 2010 noch bei 80,7 Milliarden Euro lagen und bis 2015 auf 85,5 Milliarden Euro erhöht werden sollen. Anstiegen werden auch die Zinsausgaben für die Staatsverschuldung. Sie lagen 2010 bei 33,15 Milliarden Euro und sollen bis 2015 auf rund 49,1 Milliarden Euro anwachsen, obwohl eine Reduzierung der Nettokreditaufnahme von 44 Milliarden Euro (2010) auf 14,7 Milliarden Euro im Jahr 2015 vorgesehen ist. Nach den grundgesetzlichen Regeln der Schuldenbremse wäre 2015 eine Nettokreditaufnahme bis zu 23,4 Milliarden Euro zulässig. Zum Anstieg der Zinsausgaben schreibt die Bundesregierung, dies sei vor allem auf die zwar gedämpfte, aber immer noch weiter ansteigende Verschuldung des Bundes sowie auf das steigende Zinsniveau zurückzuführen. Der Schuldenstand des Bundes stieg seit 1989 von 254 Milliarden bis auf 1,071 Billionen Euro in diesem Jahr und soll 2012 1,098 Billionen Euro betragen. Der Schuldenstand sei im letzten Jahr, insbesondere durch die Zuordnung der neu errichteten Abwicklungsanstalten für Banken zum staatlichen Sektor, von 73,5 auf 83,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen. „Jedoch gibt es bei der Entwicklung schon in diesem Jahr eine Trendumkehr“, stellt die Regierung fest. Bis zum Jahr 2015 soll die Schuldenquote trotz der Maßnahmen zur Euro-Stabilisierung auf rund 71 Prozent sinken. *hle*



Futuristisches Energie-Design: In Talbrücken integrierte Windräder, Hochspannungsmasten in organischer und menschlicher Gestalt, Gebäudefassaden mit Windturbinen

Energie mit Geschmack

WIRTSCHAFT Designer entdecken Strommasten und Windräder und wollen das Land optisch verändern

Rund 3000 Kilometer Höchstspannungsleitungen müssen infolge der Energiewende in Deutschland gebaut werden. Das ergeben Berechnungen der Bundesnetzagentur. Die neuen Stromtrassen sollen vor allem aus Kostengründen überirdisch verlegt werden. Die Leitungen und ihre Masten werden das Landschaftsbild vielerorts prägen. Oftmals zum Unmut der Bürger. Aber, so hält Philipp Vohrer, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien fest, „Energieerzeugung ist in den seltensten Fällen unsichtbar“: Ein Atomkraftwerk mit all den Leitungen, die von ihm weg führen, sei schließlich auch kein „ästhetischer Höhepunkt“ gewesen. „Auch in Zukunft ist es nach derzeitigen Stand der Technik kaum möglich, nennenswerte Stromerzeugung unsichtbar zu machen“, so Vohrer.

Ästhetik Unsichtbar sollen und können Energieerzeugung und -transport nicht werden, aber ästhetischer und dem Zeitgeist entsprechend. Dies befinden immer mehr Architekten und Designer, die die Energiewende zum Mittelpunkt ihrer Arbeit erklärt haben. Ob Atomausstieg und Energiewende mittel- und langfristig mehr Arbeitsplätze schaffen, wie Befürworter meinen, oder vielmehr Jobs vernichten, wie die Gegner prognostizieren, das wird die Zukunft zeigen. Sicher ist jetzt schon, dass die Energiewende andere, neue Berufs- und Forschungsfelder schafft. Ganze Studiengänge namens „Zu-

kunfts-“ oder „Erneuerbare Energien“ sprießen landesweit aus dem Boden. Die Energiewende verändert Deutschland - auch optisch. Der Architekt Dietmar Koering sieht das als Chance.

Zeitenwende Er ist sich sicher: Die Vorreiterrolle, die Deutschland weltweit eingenommen hat, indem es als erste große Industrienation den Atomausstieg beschloss, verpflichtet auch Design und Architektur. Die Energiewende befreit die Architektur als Zeitenwende, als den Aufbruch in ein neues, umweltfreundlicheres Zeitalter. Das Atomzeitalter soll sichtbar vorbei sein. Auch den bekannten stählernen Hochspannungsmasten, erklärt Koering, liegt ein Design zugrunde. Modell habe einst der Eiffelturm gestanden. Dieser stehe, genauso wie die traditionellen Masten, für das alte Industriezeitalter. „Durch die Energiewende bricht ein neues Zeitalter an, daher können wir nicht weiter die alten Symbole nutzen“, argumentiert Koering. Deshalb hat er Strommasten in „organischen Formen“ entworfen. Sie muten futuristisch an und haben, darauf ist Koering stolz, drei statt vier Standbeine, brauchen daher weniger Stellfläche. Eine „Harmonie zwischen Bauten und Landschaft“ will Koering herstellen, „organische Architektur“ nennt sich

diese Richtung. In seinen Masten sieht Koering Skulpturen, die in der Landschaft stehen, an die beispielsweise noch Brutkästen montiert werden können, „zur Verhübschung“, wie er sagt. Portugal und Venezuela hätten sogar schon ihr Interesse bekundet. Allerdings wird es eine Zeit dauern, bis diese Strommasten überhaupt seriell gefertigt werden können. Zuerst einmal will Koering drei Prototypen bauen an der Technischen Universität München. Forschung und Lehre stellt er unter den Leitsatz „Wachstum nach innen“: Die bewohnten und bewirtschafteten Flächen sollen nicht weiter wachsen. Vielmehr soll die Flächennutzung optimiert werden. Diese Idee kommt nicht von ungefähr. Die Stadt München hat Fink mit einer entsprechenden Studie beauftragt, denn ihr Wachstum liegt derzeit bei 25.000 Einwohnern pro Jahr. Damit ist sie die am schnellsten wachsende Stadt Deutschlands.

»Wir können nicht weiter die alten Symbole benutzen.«
Dietmar Koering

Stahlriesen Aber nicht nur die Anhänger der organischen Architektur haben ihre Visionen von Strommasten, auch für den traditionellen Hochspannungsmast könnte es einen zweiten Frühling geben, meint das Architekturbüro Choi and Shine mit Sitz in den USA und in Großbritannien. Ihre Architekten wollen keinesfalls mit den Traditionen und Symbolen des Industrie- und Atomzeitalters brechen. Sie geben den herkömmlichen Masten lediglich ein neues Design: ein menschliches Antlitz. Stählerne Giganten mit der Silhouette von Titanen sollen, wenn es nach diesen Architekten geht, die Hochspannungsleitungen tragen.

In Deutschland sind die Stahlriesen noch nicht im Gespräch. Das Architekturbüro hat sie im Auftrag eines isländischen Stromnetzbetreibers entworfen. Falls dieser sich

tatsächlich für das neue Design entscheidet, muss es allerdings letztendlich von Erla Stefánssdóttir, „Elfenbeauftragte“ im Baumt von Reykjavik, final geprüft werden. Die Energiewende bringt nicht nur neues Design für Althergebrachtes. Einige Architekten versuchen sich an funktionellen Bauten mit Mehrwert. Der Münchener Dietrich Fink ist Architekt und zugleich Inhaber des Lehrstuhls für integriertes Bauen an der Technischen Universität München. Forschung und Lehre stellt er unter den Leitsatz „Wachstum nach innen“: Die bewohnten und bewirtschafteten Flächen sollen nicht weiter wachsen. Vielmehr soll die Flächennutzung optimiert werden. Diese Idee kommt nicht von ungefähr. Die Stadt München hat Fink mit einer entsprechenden Studie beauftragt, denn ihr Wachstum liegt derzeit bei 25.000 Einwohnern pro Jahr. Damit ist sie die am schnellsten wachsende Stadt Deutschlands.

Power Tower Architekt Fink beschäftigt sich deshalb mit der Frage, mit Hilfe welcher stadtplanerischen, regionalplanerischen und architektonischen Mittel man diesem Expansionsprozess entgegenwirken kann. Für ihn ist „die Stadt das wichtigste Artefakt, das die Menschheit geschaffen hat“. Gemeinsam mit seinen Studenten hat er unterschiedlichste Entwürfe des sogenannten Power-Tower konzipiert. Es handelt sich um ein „visionäres Gebäude, das selbst Energie produziert“, denn Energieknappheit und Klimawandel „fordern insbeson-

dere von der Architektur neue Lösungen“. Herkömmliche Gebäude erzeugen durch den eigenen Energieverbrauch 30 Prozent des insgesamt produzierten Kohlendioxids. Die futuristischen „Power Tower“ hingegen können ihren Energiebedarf decken. Die Entwürfe sehen unter anderem Wärmekollektoren, Miniaturwindräder und Sonnenkollektoren in den Fassaden vor. Dietmar Koering spricht da von Energie-Design, dem sich immer mehr Architekten weltweit widmen. Allen Entwürfen ist gemein, dass vorhandene Flächen zur Energiegewinnung genutzt werden, seien es nun Gebäudefassaden oder Freiflächen unterhalb von Talbrücken.

Durchschnittshimmelgrau Schon heute gibt es, wenn auch unauffällige, Ansätze des Energie-Designs in Deutschland zu bewundern. Einige Windräder haben grün schattierte Sockel. Der Rest der Anlage ist grau. Aber dabei handelt es sich keinesfalls um irgendein Grau, sondern um das Unikate „Durchschnittshimmelgrau“, erläutert Philipp Vohrer: „Dieses Grau ist, ob man es glaubt oder nicht, der Durchschnittsfarnton des deutschen Himmels. Und deshalb haben die dieses Grau gewählt, damit sich die Anlage im Durchschnitt nicht so stark abhebt von der Umgebung.“ Das Grün des Sockels soll die Farbe der grünen Wiesen, auf denen die meisten Windräder stehen, aufgreifen. „Ein guter Ansatz, um Akzeptanz zu schaffen.“ Schade nur, dass man in Deutschland so selten einen Anlass hat, blaue Windräder aufzustellen. *Verena Renneberg*

Anzeige

Peter-Alexis Albrecht
Der Weg in die
Sicherheitsgesellschaft
Auf der Suche nach staatskritischen Absolutheitsregeln

Der Autor rekonstruiert einen Paradigmenwechsel anhand des Strafrechts und des Kriminaljustizsystems. Über einen Zeitraum von 40 Jahren wird die Entwicklung vom sozial-integrativen Strafrecht des Wohlfahrtsstaates über den Präventionsstaat zur Sicherheitsgesellschaft aus dem Blickwinkel des Strafrechtswissenschaftlers und Kriminologen verfolgt. Der Reiz liegt in der Perspektive des teilnehmenden Beobachters, der das Kriminaljustizsystem nicht vom Katheder aus kommentiert, sondern sich mitten hinein begibt und aus der Erfahrung bewertet. Sei es ganz am Ende des Strafverfolgungsprozesses im Gespräch mit „Lebenslänglichen“, sei es an dessen Anfang beim Aufspüren polizeilicher Präventionsstrategien, sei es im kriminalpolitischen Raum durch die Beteiligung an parlamentarischen Sachverständigenkommissionen oder Gesetzgebungsprozessen.

2010, 1062 S., 49 s/w Abb., geb. mit SU, 79,- €, 978-3-8305-1725-2

BWV • BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG
Markgrafenstraße 12-14 • 10969 Berlin
Tel. 030 / 841770-0 • Fax 030 / 841770-21
bww@bww-verlag.de • http://www.bww-verlag.de

Rettungsschirm, »Eurobonds« und das Gold des Südens

HAUSHALT Am 23. September steht die Entscheidung über erweiterte Hilfsmaßnahmen für die Währung an – Spannung vor Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Für den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder geht es um die „Ertüchtigung des Rettungsschirms“. Trotz der Auseinandersetzung um die Ausgestaltung der Euro-Stabilisierung zog Kauder am Abend des 23. August nach einer Sondersitzung der Unionsfraktion das Fazit: „Ich sehe, dass wir die dafür notwendigen Mehrheiten in der Bundestagsfraktion erreichen können.“

Fahrplan Der bisher bekannte parlamentarische Fahrplan sieht so aus: Am 7. September soll die Erste Lesung im Bundestag stattfinden, der den Gesetzentwurf zur Ausweitung des Rettungsschirms an den Haushaltsausschuss überweisen dürfte. Dort könnte am 19. September eine öffentliche Anhörung stattfinden. Die abschließenden Beratungen könnten im Haushaltsausschuss am 19. September und im Bundestag am 23. September stattfinden. Der Bundesrat würde ebenfalls am 23. September über das Thema abstimmen.

Begriffe Die Institutionen, um die es geht, haben verwirrend klingende Bezeichnungen. Da ist zuerst die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität zu nennen (EFFSF), eine von den Mitgliedsländern der Eurozone gegründete Zweckgesellschaft. Sie steuert 440 Milliarden Euro zum Volumen des Ret-

tungsschirms bei. An dem Schirm beteiligen sich außerdem der Internationale Währungsfonds (IWF) mit bis zu 250 Milliarden Euro und die Europäische Union mit dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), der bis zu 60 Milliarden Euro ausgeben kann. EFSM und EFFSF sollen ab Juli 2013 entfallen, wenn der temporäre Rettungsschirm von einem permanenten sogenannten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgelöst wird.

Die Bürgschaften Um die von den Staats- und Regierungschefs der Eurozone am 21. Juli beschlossene Ausweitung der EFFSF gab es Streit vor allem in der Unionsfraktion. Zwar liegt der Gesetzentwurf noch nicht vor, aber es ist davon auszugehen, dass die Euroländer über 700 Milliarden Euro an Bürgschaften bereitstellen sollen. Der deutsche Anteil wird auf über 200 Milliarden Euro beziffert. Ein Teil davon soll ab 2013 als Bareinlage (deutscher Anteil: über 20 Milliarden) hinterlegt werden. Der EFFSF soll in Not geratene Euroländer unterstützen, indem er nicht nur Kredite vergibt, sondern auch deren Staatsanleihen aufkauft. Als Voraussetzung werden Risiken für die finanzielle Stabilität der Eurozone verlangt. Staatsanleihen waren in Vergan-

heit bereits von der Europäischen Zentralbank (Volumen über 100 Milliarden Euro) aufgekauft worden. Bundespräsident Christian Wulff hatte kritisiert: „Das kann auf Dauer nicht gutgehen.“ Die Kritik konzentriert sich vor allem auf zwei Bereiche: Einer ganzen Reihe von Abgeordneten in Union und FDP geht der Rettungsschirm zu weit oder sie lehnen ihn ganz ab, weil sie die Insolvenz eines Staates wie Griechenland als saubere Lösung ansehen. Der andere Bereich ist der enge Zeitplan und die generelle Frage, ob der Deutsche Bundestag an den Beschlüssen ausreichend beteiligt wird. Nachdem in der Union besonders „Eurobonds“ (eine gemeinsame Schuldenaufnahme aller Länder der Eurozone) wegen der dann gemeinschaftlichen Haftung und steigender Zinsen auf Kritik gestoßen waren, versicherte Kanzlerin Angela Merkel in der Sondersitzung der Unionsfraktion, Eurobonds seien derzeit kein Thema. Ein Vorschlag von Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU), wonach südliche Krisenländer Goldreserven als Sicherheit geben könnten, wurde von Merkel abgelehnt. Die Oppositionsfaktionen stehen den „Eurobonds“ allerdings offen gegenüber. Zum Zeitplan und zu den Parlamentsrechten bezog Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) in einem Gastbeitrag für

das Handelsblatt klar Stellung: „Das Haushaltsrecht, also die Entscheidung über Einnahmen und Ausgaben, ist das Königsrecht des Parlaments. Es steht nicht zur Disposition der Regierung.“ Es gelte allerdings einen sinnvollen Mittelweg zu finden, präzisierte Lammert in einem Gespräch mit dem Deutschlandfunk am vergangenen Freitag: Bei Grundsatzentscheidungen über neue



Wie steht das Grundgesetz zum Euro?

Milliardenhilfen muss der Bundestag zwingend befragt werden, bei weniger wichtigen Entscheidungen im Tagesgeschäft des Euro-Rettungsschirms könne die Mitwirkung des Haushaltsausschusses ausreichen. Einverstanden mit dem Zeitplan zeigte sich der Koalitionspartner FDP, deren parlamentarischer Geschäftsführer Jörg van Essen „eine vernünftige parlamentarische Beratung“ sichergestellt sieht. Er sprach von einem Kompromiss zwischen den beiden Zielen, auf der einen Seite eine vernünftige parlamentarische Beratung sicherzustellen und auf der anderen Seite die Nervosität der Finanzmärkte nicht zu verstärken. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann sagte, die Bereitschaft seiner Fraktion zu den Beratungen setze voraus, „dass die Kanzlerin den Bundestag über alle Schritte in Brüssel umfassend und zügig informiert“. Für Die Linke zeigte sich Dagmar Enkelmann überzeugt, dass es „aus heutiger Sicht kein Hau-Ruck-Verfahren“ geben werde. Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin kritisierte das „katastrophale Krisenmanagement“ der Kanzlerin. Für Bewegung in der Sache könnte noch das Bundesverfassungsgericht sorgen. Es will am 7. September sein Urteil zur Griechenland-Hilfe und zum Euro-Rettungsschirm verkünden. *Hans-Jürgen Leersch*



Nach der Erstürmung des Hauptquartiers des libyschen Diktators Muammar al-Gaddafi in Tripolis feiern Rebellen und Bürger gemeinsam ihren Triumph auf den Straßen. Die Zukunft des Landes bleibt hingegen völlig ungewiss.

»Anwalt der Überlebenden«

GEDENKEN Bundestagspräsident Norbert Lammert hat den Angehörigen des verstorbenen Präsidenten des Internationalen Auschwitz Komitees, Noach Flug, sein Beileid ausgesprochen. Der 86-Jährige war am 11. August in Jerusalem gestorben. Noach Flug wurde 1925 im polnischen Łódź geboren und mit seiner jüdischen Familie durch die deutschen Nazis ins Ghetto von Łódź und später nach Auschwitz deportiert. Befreit wurde er als 20-Jähriger am 6. Mai 1945 im Lager Ebensee in Österreich. Er wog 32 Kilo. Nach seiner Befreiung studierte Flug in Warschau Ökonomie, siedelte 1958 mit seiner Familie nach Jerusalem über und war bis zu seinem Ruhestand im diplomatischen Dienst des Staates Israel tätig. 2002 wurde Flug von den Überlebenden des Lagers Auschwitz-Birkenau zum Präsidenten des Internationalen Auschwitz Komitees gewählt. In seiner rastlosen Tätigkeit auch als Präsident der Holocaust-Überlebenden in Israel ging es ihm vor allem um die Erinnerung an die Ermordeten und die Lebensumstände der Überlebenden. »Ich bin dankbar, dass ich Ihren Mann bei Ihrem Besuch am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2009 noch persönlich kennengelernt habe«, heißt es im Kondolenzschreiben Lammerts an die Witwe Dorota Flug. Flug habe sein zweites Leben, wie er es nannte, der dauerhaften Erinnerung an dieses Menschheitsverbrechen verschrieben. Zeit seines Lebens habe er sich für die Rechte der Holocaust-Überlebenden eingesetzt, für die Anerkennung ihres erfahrenen Leids. Als Präsident des Internationalen Auschwitz Komitees habe er den Toten wie den Überlebenden Gesicht und Stimme in der Öffentlichkeit gegeben. Im Kuratorium der Stiftung »Erinnerung Verantwortung und Zukunft« habe Flug wesentlichen Anteil an der Durchsetzung längst überfälliger Entschädigungsleistungen an ehemalige Zwangsarbeiter gehabt und sich als »Anwalt der Überlebenden« zugleich für die Verständigung zwischen Juden und Nichtjuden sowie zwischen Israel und Deutschland engagiert, heißt es im Schreiben des Bundestagspräsidenten.

© picture-alliance/epa

Stunde Null im Wüstenreich

Libyen Nach Gaddafis Niederlage steht die entscheidende Aufgabe noch an: Der Wiederaufbau des Landes

Die wirklich große Schlacht hat noch nicht begonnen“, sagt Mahmoud Jibril, die Nummer zwei im Übergangsrat der libyschen Opposition. »Und zwar der Wiederaufbau Libyens.« Nach dem Jubel über die symbolträchtige Eroberung des Hauptquartiers des libyschen Diktators Muammar al-Gaddafi in Tripolis macht sich nun Ernüchterung breit. Auch weil der Wunsch nicht in Erfüllung ging, dass mit dem Fall der Machtzentrale auch die Kämpfe schlagartig zu Ende gehen würden. Selbst wenn der Gefechtslärm demnächst verstummen sollte, droht eine lange Durststrecke in dem Wüstenstaat. Ein Riesenreich, gut fünf Mal größer als Deutschland, in dem Gaddafi neben seinem unbarmherzigen Unterdrückungsapparat keine anderen Organe duldet: keine Parteien, keine effiziente Verwaltung, keine Gewerkschaften.

und nun von immer mehr Staaten als legitime Vertretung des libyschen Volkes angesehen wird, sicherlich auch nicht. Jene provisorische Revolutionsregierung, die schon kurz nach Beginn des Bürgerkrieges in Ostlibyen gegründet wurde, um für den »Traum der Freiheit und Unabhängigkeit« zu arbeiten. Und die sich zum wichtigsten Ansprechpartner des Westens entwickelte. An der Spitze stehen zwei Männer, die sich mit ihrem Anspruch, »ein demokratisches Libyen« mit »freien sowie fairen Wahlen« zu schaffen, erhebliches Ansehen erworben haben: Mustafa Abdul Jalil (59), der



»Es gibt keinen Unterschied mehr zwischen Libyen.«

Mahmud Jibril

Ratsvorsitzende, diente Gaddafi von 2007 an als Justizminister. Gleich zu Beginn der Revolution wandte sich der studierte Jurist von Gaddafi ab. Er war gleichzeitig der erste prominente Überläufer des Regimes. Die Nummer zwei im Übergangsrat ist der weltgewandte Mahmoud Jibril (59). Er studierte in den USA Politikwissenschaften, diente Gaddafi ebenfalls von 2007 an als Wirtschaftsberater, zog sich 2010 aus dem Regime zurück. Nun fungiert er als eine Art Rebellen-Regierungschef. In ihren Übergangsrat haben die beiden politischen Führer bisher gut drei Dutzend Männer und auch einige Frauen berufen: Exil-Oppositionelle und Regime-Überläufer, säkulare und islamistische Mitglieder, Bürgerrechtler, Anwälte, Geschäftsleute, Stammesfürsten. Jalil und Jibril, dieses Tandem der Hoffnung, ha-

ben eine Herkulesaufgabe vor sich: Alle gesellschaftlichen Strömungen einzubinden, für Vergebung statt für Rache zu werben. Auch gilt es, die bisherigen Feinde im Bürgerkrieg, die auf Seiten Gaddafis kämpften, nicht auszuschließen. Denn ohne Versöhnung und Großzügigkeit kann es keinen Frieden geben. Deswegen appellierte Jibril an das Volk: »Es gibt keinen Unterschied mehr zwischen Libyen. Wir werden alle zusammen Geschichte machen. Weil wir in gleicher Weise unter 42 Jahren Diktatur gelitten haben.« Auch die Revolutionsarmee, ein bunter Haufen kampflustiger junger Männer, denen sich auch frühere Gaddafi-Soldaten und Islamisten angeschlossen, war vor allem durch das Ziel vereint, Gaddafi in die Wüste zu schicken. Die bewaffneten Revolutionäre zu bändigen, in einen disziplinierten Sicherheitsapparat überzuführen, dürfte entscheidend sein, um neue Gewalt zu verhindern. Libyen ist zwar reich an Öl, aber auch reich an Waffen.

Ambitionierter Reformplan Von all dem wird es abhängen, ob die beiden derzeitigen Chef-Revolutionäre Jalil und Jibril die schwierige Übergangszeit überstehen werden. Und ob der Übergangsrat, der jetzt seinen Sitz von der Revolutionshauptstadt Benghazi in die Landeshauptstadt Tripolis verlegen will, seinen ambitionierten Reformplan einhalten kann: Baldige Erweiterung des Übergangsrates, Ausarbeitung einer Verfassung, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vielleicht schon binnen acht Monaten. Ohne weitere westliche Hilfe und ohne Geld wird es allerdings keine Stabilität geben. Die Nato, ohne deren Eingreifen die Rebellen kaum bis nach Tripolis gekommen wären, wird noch eine Weile aus der

Luft die Sicherheit garantieren müssen. Und der Westen ist gut beraten, das auf 100 Milliarden Dollar geschätzte eingefrorene libysche Auslandsvermögen schrittweise freizugeben. »Die größte Destabilisierung wäre das Versagen, die Versorgung nicht sicherzu-

stellen und die Löhne nicht bezahlen zu können«, warnt Jibril. Das Land liegt in Ruinen. Um auf die Beine zu kommen, muss zunächst die Infrastruktur aufgebaut werden. Ohne Hilfe aus dem Ausland wird dies kaum gelingen.

Ralph Schulze

Volker Müller

Anzeige



Deutscher Bundestag

Einladung zum Tag der Ein- und Ausblicke
4. September 2011, 9 bis 20 Uhr

Reichstagsgebäude, Paul-Löbe-Haus, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus
www.bundestag.de

Deutscher Bundestag

Tag der Ein- und Ausblicke

4. September 2011

Ein Luftangriff, zwei Wahrheiten

UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS Koalition und Opposition ziehen Bilanz der Kundus-Affäre

Er hat 55 Sitzungen hinter sich gebracht und 41 Zeugen befragt, darunter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Ex-Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD): Anderthalb Jahre lang hat der Kundus-Untersuchungsausschuss versucht, die Hintergründe des verheerenden Luftschlags auf zwei Tanklaster in Afghanistan im September 2009 aufzuklären. Die Bilanz der Fraktionen könnte unterschiedlicher nicht sein. Die Koalition nimmt die politische Verantwortung in Schutz, besonders die Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) und Franz-Josef Jung (CDU): Deren Ressort wie auch das Kanzleramt hätten »größtmögliche Transparenz hergestellt, um Parlament und Öffentlichkeit über diesen militärischen Vorfall voll umfassend zu informieren«. Von Fehlern und Versäumnissen auf allen Ebenen spricht die Opposition. Für die SPD-Fraktion ging es dem zum Zeitpunkt des Luftangriffs amtierenden Minister Jung und dessen Sprecher Thomas Raabe um »Verschleiern und Abwimmeln«, aus Sicht des Abgeordneten Paul Schäfer von der Linksfraktion hat sich die Regierung in »Manipulation, Vertuschung und Grauzonenlavieren« geflüchtet, Omid Nouripour von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht eine »lange Liste von Fehlern«.

In der Nacht zum 4. September 2009 hatte der Bundeswehr-Oberst Georg Klein zwei von Taliban gekidnappte Tanklaster durch US-Piloten bombardieren lassen. Bis zu 140 Personen wurden getötet und verletzt, unter ihnen viele Zivilisten. Anfangs hatte das Verteidigungsressort die Existenz ziviler Opfer bestritten, später heruntergespielt. Wegen dieser Informationspolitik trat Jung, nach der Bundestagswahl 2009 ins Arbeitsministerium gewechselt war, zurück. Guttenberg, Nachfolger Jungs im Bendlerblock, bezeichnete den Luftschlag zunächst als »militärisch angemessen«, später als »militärisch unangemessen«. Für sein anfängliches Fehlurteil macht er den Generalinspekteur der Bundeswehr Wolfgang Schneiderhan und seinen Staatssekretär Peter Wichert verantwortlich, die ihm wesentliche Informationen vorenthalten hätten. Beide wurden von Guttenberg ihrer Aufgaben entbunden. Ernst-Reinhard Beck und Joachim Spatz, die Berichterstatter von Unions- und FDP-Fraktion, konstatieren zwar die Verletzung von Nato-Einsatzregeln durch Klein. Das Bombardement wäre aus heutiger Sicht besser unterblieben. Indes habe der Oberst »nach bestem Wissen und Gewissen sowie zum Schutz seiner Soldaten gehandelt«, seine Entscheidung sei »nachvollziehbar«. Die Koalition bescheinigt Jung, Guttenberg und

Merkel ein fehlerfreies Verhalten, die Schuld für Informationspannen trügen Schneiderhan und Wichert, sie hätten die Ressortspitze »lückenhaft« und »einseitig« unterrichtet. Die SPD-Fraktion hingegen kritisiert es als »unanständige Verleumdung«, dass Guttenberg Schneiderhan und Wichert zu »Sündenböcken« mache. Der SPD-Abgeordnete Rainer Arnold schreibt die »desaströse Kommunikation« nach der Bombennacht Jung und Raabe zu. Den Luftschlag selbst werten die Sozialdemokraten als »schweren militärischen Fehler«. Klein sei es nicht vorrangig um die Abwehr einer Bedrohung des Bundeswehr-Feldlagers, sondern vordringlich um die Liquidierung von Talibanführern gegangen. Schäfer stuft den Angriff als »völkerrechtswidrig« ein. Nouripour meint, Kleins Befehl habe auf Falschinformationen beruht, die eventuell von afghanischer Seite gesteuert worden seien. Der Bundestag will im Oktober über die Kundus-Affäre abschließend debattieren. Die SPD erwägt, für Soldaten im Auslandseinsatz eigene Rechtsgrundlagen zu schaffen. Auch müsse das militärische Nachrichtenwesen parlamentarisch effektiver überwacht werden. Klein hatte sich auf nur einen Informanten gestützt, nach dessen Angaben sich bei den Tanklastern keine Zivilisten aufhielten.

Karl-Otto Sattler

AUFGEKEHRT

Socialismo o muerte

Querida companera Gesine, querido Ernesto Klaus, mit revolutionärer Freude habe ich Eure Glückwünsche zu meinem Geburtstag empfangen. Im Namen des gesamten kubanischen Volkes und seiner glorreichen kommunistischen Partei danke ich Euch. Besonders gefreut hat mich Eure ehrliche Begeisterung für die Errungenschaften des sozialistischen Kubas unter meiner Führung, die – wie Ihr treffend formuliert – Beispielwirkung für so viele Völker der Welt haben. Solch offene Worte sind selten geworden. Liebe Genossen, wie ich höre, steht Ihr in der börsartigen Kritik konterrevolutionärer Elemente. Lasst mich Euch in diesen schweren Stunden Mut zusprechen und Euch an meine Worte von 1959 erinnern: Eine Revolution ist kein Rosenbett. Seid aber gewiss: Die Geschichte wird Euch wie mich freisprechen. Denn, wie schon Euer Máximo Líder Erich Honecker wusste, den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf. Lasst mich Euch in unverbrüchlicher Freundschaft und Solidarität einen Rat geben: Euer Ziel kann nur heißen, die Machtverhältnisse in Euren Parlamenten so zu gestalten wie in unseren Versammlungen der Volksmacht – unter uns gesagt, regiert es sich so einfach besser und lästige gusanos, politische Gegner in- und außerhalb der Partei, lassen sich leicht eliminieren. Falls entsprechende Kenntnisse seit dem Rückschlag von 1989 für unsere gemeinsame Sache verblasst sein sollten, kann ich Euch Spezialisten unserer Policía Política entsenden. Im Gegenzug könntet Ihr mir eine Unterschriftenmaschine schicken, mit der Ihr den Brief an mich unterschrieben habt; denn, Genossen, im Vertrauen: Das eigenhändige Schreiben fällt mir inzwischen schwer. So, nun muss ich Schluss machen, denn unser gemeinsamer sozialistischer Bruder Hugo Chávez möchte mit sprechen. Socialismo o muerte! Hasta la victoria siempre! Euer Fidel Castro

VOR 40 JAHREN ...

Neue Hoffnung für Berlin

03.09.1971: Viermächteabkommen
Zehn Jahre nach dem Mauerbau sahen die West-Berliner wieder positiver in die Zukunft. Eine im September 1971 vom Magazin „Der Spiegel“ in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage ergab, dass die Menschen im Westteil der geteilten Stadt der Entwicklung Berlins „zuversichtlich“ entgegensehen. Ein Grund war die neue Ostpolitik von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und dabei insbesondere das am 3. September 1971 unterzeichnete Viermächteabkommen.



West-Berliner demonstrieren im Mai 1970 vor dem Verhandlungsgebäude.

Schon seit März 1970 tagten Vertreter Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion, aber die Verhandlungen waren kompliziert. Die Westmächte forderten freie Transitwege zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin, Besuchsmöglichkeiten für West-Berliner im Ostteil der Stadt und die Anbindung des Westteils an das Rechts- und Wirtschaftssystem der Bundesrepublik. Die Sowjets wollten unterdessen den Viermächte-Status Berlins auf die Westsektoren beschränken. Im September 1971 dann die Einigung: Berlin blieb Viermächte-Stadt. Die Kommunikation zwischen Ost- und West-Berlin sollte erleichtert, die „Bindungen“ zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik weiterentwickelt werden. Erstmals seit 1945 garantierte die Sowjetunion den freien Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin. Moskau akzeptierte die faktische Zugehörigkeit West-Berlins zur Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtsordnung der Bundesrepublik. Gleichzeitig hielt man aber fest, dass West-Berlin kein Teil von ihr sei. Das Abkommen entspannte die Lage im geteilten Berlin, auch wenn es nicht alle Probleme lösen konnte. Benjamin Stahl

SERIE ÜBER ABGEORDNETENBÜROS: ZU BESUCH BEI ILSE AIGNER



Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner vergisst auch in Berlin ihre Wurzeln nicht.

»Immer ein Stück Heimat parat«

„Wenn die Schleife der Schürze rechts gebunden ist, ist das Mädchen verheiratet. Links gebunden bedeutet, sie ist unverheiratet.“ Ilse Aigner steht vor einem Foto in ihrem Arbeitszimmer. Es zeigt drei junge Frauen, lachend, in der traditionellen Tracht von Westerham. Ortsteil der Gemeinde Feldkirchen-Westerham in Oberbayern. In dem Mieder der Dirndl stecken rosafarbene Blüten. Aigner erklärt, auch für den Nicht-Bayer verständlich: „Den Blumenschmuck nennt man Balkon. Er ist Teil der Westerhamer Tracht.“ Das Büro der Landwirtschaftsministerin und CSU-Abgeordneten ist eine Fundgrube bayerischer Landeskunde und gibt gleichzeitig Auskunft über Aigner selbst. Die drei Frauen auf dem Foto sind Aigners Nichten, sie selbst ist in Westerham-Feldkirchen geboren und aufgewachsen. Von dort aus ist sie in die „große weite Welt gezogen“, wie sie sagt. Da sei es wichtig zu wissen, wo die eigenen Wurzeln sind. „Deswegen habe ich immer ein Stück Heimat parat.“ Es ist mehr als nur ein Stück. In einer Ecke steht die Flagge Bayerns mit den weiß-blauen Rauten, auf den Regalen

drängen sich Fotos der Familie, an der Wand hängen – angeordnet wie eine Borte – Wappen aus dem Wahlkreis. Es sind Gemeindevappen, Wappen von Polizeidirektionen, Vereinen und Schulen. Auch eine Plakette des Schützenvereins Wall ist zu sehen. Rund fünf Jahre lang hat Aigner hier in ihrer Eigenschaft als Schirmherrin des Veteranen- und Reservistenschießens den traditionellen Wettbewerb mit dem ersten Schuss eröffnet – „mit maßigem Erfolg“, gibt sie zu und lacht. Bei Ereignissen wie dem Reservistenschießen bekommt Aigner regelmäßig Wahlkreis-Andenken. Auch die Fotos in ihrem Büro erzählen vom Leben im Wahlkreis: Inmitten der Familienbilder steht eine Fotografie der Feierlichkeiten zum 20-jährigen Bestehen der Blaskapelle Ascholding. Sie zeigt eine strahlende Ilse Aigner im Dirndl und mit Hut auf dem Kopf, die vor den Blasmusikern steht und den Takt angibt. Wahlkreisleben in seiner munteren Form. Ilse Aigner sitzt seit 1998 als direktgewählte Abgeordnete für Starnberg im Deutschen Bundestag. Ihr Wahlkreis um-

fasst die Kreise Miesbach, Starnberg und Bad Tölz-Wolfratshausen. Eines der Wappen in ihrem Büro ist das des Landkreises Miesbach. Es zeigt einen roten Falken mit ausgebreiteten Schwingen, der über zwei gekreuzten Stäben schwebt. Darunter finden sich mit den Stängeln gekreuzte Seebblätter über blauen Wellen. Der Falke und die Stäbe verweisen auf das Herrschaftsgeschlecht der Waldecker – der Markt Miesbach war vom 12. Jahrhundert bis zu Beginn des 18. Jahrhunderts Teil der eigenständigen Grafschaft Waldeck –, die Seebblätter sind das älteste bekannte Stützwappen des Tegerensees. Hinweise auf den Tegerensee finden sich häufig im Büro der Abgeordneten Aigner: auf einem Wappen der Gebirgsjägerkameradschaft Tegernseer Tal, auf dem Wappen von Kreuth, auf einer Fotografie gegenüber dem Schreibtisch. Sitzt Ilse Aigner am Computer, muss sie nur den Kopf heben und schaut auf eine Luftaufnahme des Sees. Idylle, Frieden und Harmonie – und das mitten im hektischen Berliner Regierungsviertel. Tatjana Heid

LESERPOST

Zur Ausgabe 31-34, „50 Jahre Mauerbau“ vom 01.08.2011, Seite 1-14

Am 01.08.11 veröffentlichten Sie den Beitrag „Chronik der Teilung“. Die Chronographie der Veröffentlichung ist untadelig, der Informationsgehalt gut – allerdings wird der Beitrag dem Titel „...Teilung“ nur bedingt gerecht. Es fehlen Angaben über Ereignisse, die das angestrebte Ziel der Teilung deutlich machen. Es ist unabdingbar zu wissen, dass: – der deutsche Staat (das „Dritte Reich“) am 8. Mai 1945 aufhörte zu bestehen, – am 5. Juni 1945 die Deklaration über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der obersten Gewalt durch die vier Besatzungsmächte verkündet wurde, – zwischen dem 8. Mai 1945 und dem 23. Mai 1949 alle Gewalt vom Alliierten Kontrollrat ausging.

Alles, was an Entscheidungen, Festlegungen und die Einheit des besiegten Landes gefährdenden Aktivitäten während dieser vier Jahre geschah, war der Wille der Alliierten! Es ist erschreckend, dass wir Deutschen nach mehr als 60 Jahren nicht das Selbstbewusstsein aufbringen, die Wahrheit laut auszusprechen. Die Historie ist keiner Partei, keiner Regierung und auch keiner Ideologie anzupassen – und wer sie bemüht muss deshalb akzeptieren: Historie = Geschichte = Wahrheit. Werner Rockstroh, Chemnitz

Die politische und wirtschaftliche „Wende“ in der DDR wurde, bis heute, für etliche Millionen Ostdeutsche ein Übergang vom Regen in die Traufe. Die angebliche „Freiheit“ und „Demokratie“ in der BRD hat Millionen Deutsche von ihrer Erwerbsarbeit, von ihrem bescheidenen Wohl-

stand und sogar von ihrer Wohnung (durch Hartz IV) „befreit“. Die „Wende“ in der DDR war allgemein ein menschlich-gesellschaftlicher Rückschritt. Helmut Raetzer, Leipzig

Zur Ausgabe 31-34, Seite 16, „Big Brother im Stromzähler“

Die Skepsis gegenüber den neuen intelligenten Stromzählern halte ich in hohem Maße für unangebracht. Wir haben einen solchen Zähler bereits seit März 2008 in unserem Ferienhaus im schwedischen Värmland vom Netzbetreiber installiert bekommen. Fakt ist folgendes: Die Stromrechnungen werden jetzt beruhend auf dem tat-

sächlichen – und eben nicht dem mathematisch ermittelten (geschätzten!) Verbrauch entsprechend erstellt. Tatsache ist auch, dass bei Veränderungen des Strompreises (d.h. in der Regel doch Erhöhung!) der tatsächliche Zählerstand am Stichtag zu Grunde gelegt wird und nicht ein fiktiver Zählerstand. Das empfinde ich als eine realitätsnahe Abrechnung. Da haben die hiesigen Energieerferanten noch ein gehöriges „Ehrlichkeitspotenzial“ zu erarbeiten. Andererseits kann der Kunde durch die intelligenten Stromzähler angehalten werden, die Spitzenlast im Netz nicht weiter nach oben zu treiben, wenn der Strom zu Spitzenlastzeiten besonders teuer würde. Dies würde zu einer gleichmäßigeren Netzbelastung führen. Spitzenlastkapazitäten müssen

in geringerem Maße vorgehalten werden. Dies kann doch energiepolitisch nur erwünscht sein! Warum also bis 2020, bis kurz vor dem Atomausstieg, zur Erzielung der 80-Prozent-Quote warten? Dr. Ronald Huth, Mainz

Zur Zeitung „Das Parlament“ allgemein

Ich möchte Ihnen für Ihre redaktionelle Arbeit sehr danken. Ihre Texte sind in jeder Beziehung lobenswert. Dies gilt auch für die APuZ-Beilage. Ich kann nur sagen: Chapeau!

Als kleine Anregung: Ich bin davon überzeugt, dass sich Ihre Leserschaft erheblich vergrößert, wenn Sie eine Formatumstellung auf DIN-A3 vornehmen würden. Das bequemere, lesbarere Format schafft eine sympathischere Handhabung, was vor allen Dingen für die jüngere Leserschaft wichtig wäre. Ich denke, das würde der Attraktivität der in Schulen und Ämtern ausliegenden Exemplare gut tun. Vielleicht wäre es auch von Vorteil auf der Titelseite jeweils ein spezielles Jugendthema zu bringen, beziehungsweise das Generalthema auch für die Jugend zugänglicher zu machen. Uwe Brauer, Singen

SEITENBLICKE



PANNENMELDER

Zur Ausgabe 31-34 vom 01.08.2011

Der Text von Peter Pragal „Das Ende des Todeswalls“ auf der Seite 11 enthält leider einen sinnentstellenden Tippfehler. Im letzten Absatz muss es natürlich „Bürgerrechtler“ statt „Bürgerrechtler“ heißen. Korrekt lautet der betroffene Satz deshalb: „Und wer ist in der Gauck-schen Definition ein Bürgerrechtler?“

PERSONALIA

>Manfred Schlager † Bundestagsabgeordneter 1965-1969, CSU

Wie erst jetzt bekannt wurde, starb Manfred Schlager bereits am 10. April im Alter von 81 Jahren. Der aus Hof stammende Jurist, zuletzt Ministerialbeamter im bayerischen Staatsdienst, darunter viele Jahre im Finanzministerium, war von 1970 bis 1972 Landrat des Kreises Rehau in Oberfranken. Schlager, Mitbegründer der Jungen Union in Hof, zog über die CSU-Landesliste in den Bundestag ein. Er war Mitglied des Innenausschusses.

>Hans Hörmann † Bundestagsabgeordneter 1961-1972, SPD

Am 29. Juli, eine Woche vor seinem 85. Geburtstag, an den noch in der letzten Ausgabe des Parlaments erinnert wurde, starb Hans Hörmann. Der gelernte Bergmann trat 1952 in die SPD ein und war von 1958 bis 1972 Kreisvorsitzender seiner Partei in Freiburg/Breisgau. Im Bundestag arbeitete er zuletzt im Haushaltsausschuss mit. Von 1974 bis 1985 war er beim Hauptverband der IG Bergbau und Energie in Bochum tätig. Von 1989 bis 2001 amtierte er als ehrenamtlicher Landessozialrichter in Baden-Württemberg.

>Christel Deichmann Bundestagsabgeordnete 1994-2002, SPD

Am 29. August feiert Christel Deichmann ihren 70. Geburtstag. Die aus dem mecklenburgischen Holthusen stammende Diplom-Ingenieurin für Chemie trat 1990 der SPD bei. Seither ist sie Mitglied des Gemeinderats und seit 1997 Bürgermeisterin von Holthusen. Außerdem engagierte sie sich in Gremien ihrer Partei in Mecklenburg-Vorpommern, darunter in der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen. Im Bundestag arbeitete Deichmann im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit.

>Hanns Theis Bundestagsabgeordneter 1957-1965, SPD

Hanns Theis wird am 29. August 90 Jahre alt. Der aus Hamm stammende Diplomvolkswirt trat 1946 der SPD bei und war von 1964 bis 1986 Vorstandsvorsitzender der Stadtwerke Duisburg AG. Theis, der in der Nachkriegszeit auch der Ratsversammlung in Duisburg angehörte, arbeitete im Bundestag in beiden Legislaturperioden im Außenwirtschaftsausschuss mit. Von 1985 bis 2003 war er ehrenamtlicher Vorsitzender des Gesamtverbandes der Krankenanstalten in Duisburg.

>Otto Reschke Bundestagsabgeordneter 1980-1998, SPD

Am 9. September wird Otto Reschke 70 Jahre alt. Der aus Gladbeck stammende Grubensteiger und spätere Diplomingenieur, SPD-Mitglied seit 1967, war von 1975 bis 1980 Ratsherr in Essen. Von 1970 bis 1980 amtierte er als Geschäftsführer der SPD im Unterbezirk Essen und war darüber hinaus gewerkschaftlich tätig. Reschke, stets Direktkandidat des Wahlkreises Essen I, engagierte sich im Bundestag im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, dessen stellvertretenden Vorsitz er von 1990 bis 1998 inne hatte.

>Franziska Eichstädt-Bohligh Bundestagsabgeordnete 1994-2005, Bündnis 90/Die Grünen

Franziska Eichstädt-Bohligh wird am 10. September 70 Jahre alt. Die Berliner Architektin und Stadtplanerin, 1989/90 parteilose Stadtbaurätin in Berlin-Kreuzberg, schloss sich 1993 dem Bündnis 90/Die Grünen. Seit 2006 gehört sie dem Berliner Abgeordnetenhaus an und war bis 2009 Fraktionsvorsitzende der Grünen. Im Bundestag engagierte sich Eichstädt-Bohligh im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie im Haushaltsausschuss, dessen stellvertretende Vorsitzende sie von 2002 bis 2005 war. bmh

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 12.09.2011.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 05.-09.09.2011
Debatte über den Bundeshaushalt 2012 (Beginn: Dienstag, 06.09.).

Phoenix überträgt ab 9 bzw. 10 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream